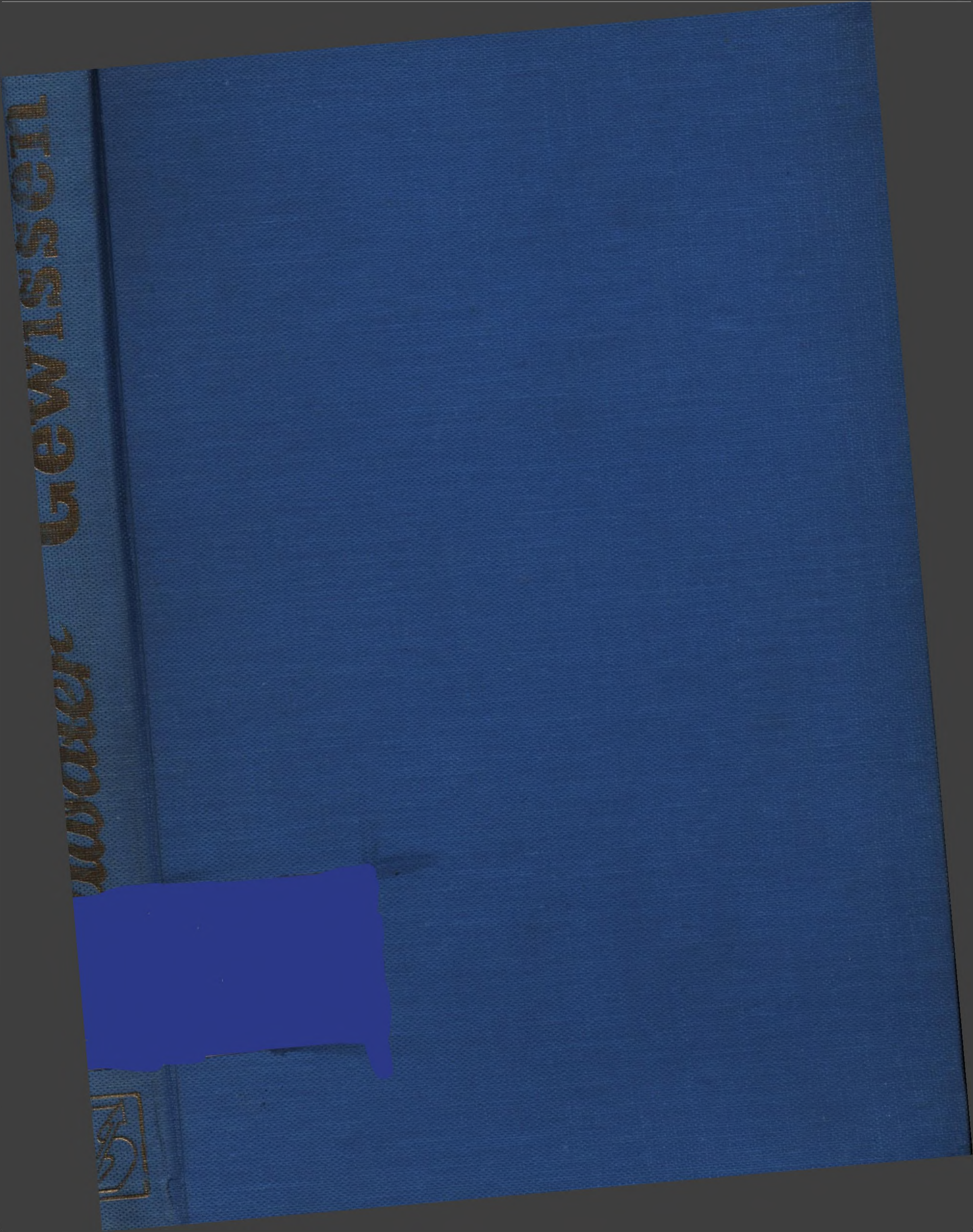
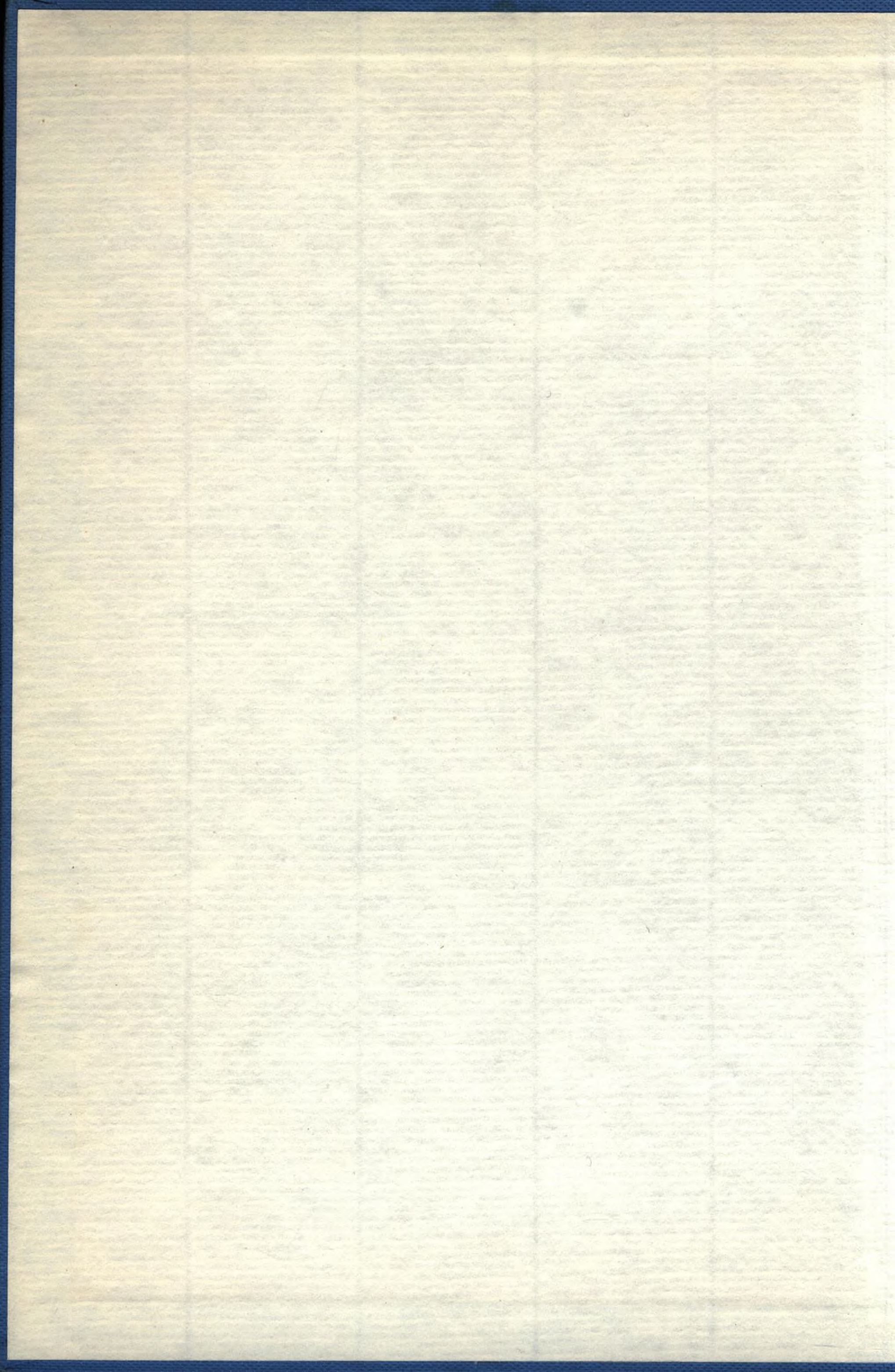

Gewissen

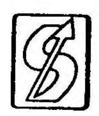






**Barry Goldwater**

# Das Gewissen eines Konservativen



Barry Goldwater

# Das Gewissen eines Konservativen

Verlag K. W. Schütz · Göttingen

Erste deutsche Ausgabe
des amerikanischen Originals
The Conscience of a Conservative
Erschienen bei Victor Publishing Co., Inc
South Bend 1 / Indiana
1964

Ein weiteres Buch von Barry M. Goldwater: „Warum nicht Sieg? Neuer Ausblick auf die amerikanische Politik" ist in deutscher Übersetzung im Druffel-Verlag (Leoni am Starnberger See) erschienen.

Deutsche Rechte: Verlag K. W. Schütz · Göttingen
Gesamtherstellung: Erich Goltze KG · Göttingen

# INHALT



## *Einführung des Herausgebers zur deutschen Ausgabe*

Zwei Dinge sind an diesem Buch des Senators aus Arizona bemerkenswert:

Das eine ist die Tatsache, daß es in den USA mit zweieinhalb Millionen Exemplaren zu dem erstaunlichsten Bestseller unter den politischen Publikationen geworden ist, ein Bestseller, der nicht *gemacht* wurde, sondern seinen Weg ohne Nachhilfe ging, – und daß dennoch die europäische Öffentlichkeit fast gar nichts von diesem Werk und seinem Autor erfuhr.

Das andere: Nach der Wahl des Senators zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei ging ein Brausen durch den internationalen Blätterwald, ein Rauschen, das man einmal die großartigste Rufmord-Kampagne unseres Jahrzehnts nennen wird. Barry Goldwater wurde in der »Prawda« und der »Izvestija« als ein Neandertaler, als ein Erzfaschist, als eine kriegswütige Bestie dargestellt, und dieses Bildnis ging dann – mehr oder weniger abgetönt und abgemildert – rund um die ganze Welt, durch die Zeitungen Münchens und Hamburgs, Stockholms, Londons und New Yorks, bis es in Pekings »Volkszeitung« unter der Überschrift »Goldwater ist der Krieg« am östlichen Horizont wieder auftauchte.

Die Erregung, die Bestürzung über das Erscheinen Goldwaters im Brennpunkt der amerikanischen Innenpolitik hätte man uns ersparen können, wenn unsere großen Nachrichten-Medien mit der erforderlichen Sorgfalt schon damals über dieses Buch berichtet hätten, als es seinen sensationellen Erfolg hatte, und wenn wir über seinen Inhalt wahrheitsgemäß in Kenntnis gesetzt worden wären.

Dann wären nämlich rechtzeitig zwei Dinge klargestellt worden: Das Vorhandensein eines tiefen Unbehagens in der amerikanischen Bevölkerung über den Kurs ihrer Zentralregierung in den letzten Jahrzehnten, und ein richtiges Bild des Mannes, dem sich viele Amerikaner in ihrer Hoffnung auf eine Änderung dieses Kurses zuwenden.

Wenn jetzt Barry Goldwaters Buch endlich in einer deutschen Übersetzung erscheint, so legt der Verlag Wert auf die Feststellung, daß hier die Originalfassung vorliegt, die die Ansichten des Präsidentschaftskandidaten ohne jene Auffrischungen oder Abmilderungen erscheinen läßt, die die Rücksicht auf den Wahlkampf vom November 1964 erfordern mag.

Die zehn Kapitel des kleinen Werkes sind gewissermaßen knappe, ja, formelhafte Grundsatzerklärungen zu den wesentlichen Problemen der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, die sich auf jede Erscheinung der Politik unserer Tage anwenden lassen.

Dabei wird es eine Enttäuschung für beide Seiten geben, für jene, die in Goldwater aufgrund ihrer Presselektüre den reaktionären Staatsvergötterer, im Sowjet-Jargon den Faschisten fürchten, und für jene, die aus dem gleichen Grunde seinen Wahlsieg erhoffen.

Denn dieses Bekenntnis eines Konservativen enthält, bei Lichte besehen, die Glaubenssätze eines Erzliberalen.

Seine Sorge gilt nicht der Erhöhung der Autorität und der Allgewalt des Staates, sondern dem Schutz des Bürgers vor ständig anwachsender Macht des Staates – auch in den Demokratien unserer Tage. Ob es sich um Wirtschaft und Landwirtschaft, um Gewerkschaften oder Steuern, um Wohlfahrt oder Erziehung handelt, überall geht es um die Verteidigung der Freiheit des Individuums gegenüber Ansprüchen von Organisationen, die den immanenten Trieb zum Ansammeln unbeschränkter Machtbefugnisse haben und die darum einer ständigen Kontrolle bedürfen, um Würde und Freiheit des Bürgers nicht verkommen zu lassen.

So wendet sich Goldwater nicht gegen die Gewerkschaften, die er als nützliche Instrumente einer Industriegesellschaft ansieht, sondern gegen die Anhäufung von Macht in Zwangsgewerkschaften, die dem einzelnen Arbeiter das Recht freier Assoziierung und freier Wahl des Arbeitsplatzes rauben.

Er wendet sich heute nicht gegen die Gleichberechtigung des amerikanischen Negers, für die er in vielen Debatten und Abstimmungen eintrat, sondern gegen ein Gesetz, das die freie Entscheidung des Individuums ausschließt, mit wem es Handel treiben, mit wem es sich in Vereinigungen zusammenschließen, mit wem es gemeinsam wohnen und wirken will.

Auf diesem Grunde des unabdingbaren Freiheitsstrebens ruht auch die entschiedene Haltung des Senators in Fragen der Außenpolitik.

Goldwater spricht nicht für einen Austritt Amerikas aus der UNO. Er wünscht eine Revision der Weltorganisation,

die sich im Gegensatz zu ihrer Charta zu einem Instrument der Einmischung in die Freiheit der Völker hat machen lassen.

Unbeirrbar ist allerdings die Ablehnung des Autors gegenüber dem Weltherrschaftsanspruch des Kommunismus, den er neben dem Drange demokratischer Regierungen nach unbegrenzter Herrschaftsgewalt als den Hauptfeind der Freiheit bekämpft.

Man wirft ihm vor, daß er damit zum atomaren Weltkrieg aufrufe. Die Antwort aber lautet: Wer den Kalten Krieg, den die Sowjets erklärt haben und den sie auf vielen Fronten aggressiv vorwärtstreiben, nicht führen will, muß ihn verlieren. Wer ihn verliert, wird eines Tages unweigerlich vor der Alternative stehen, seine Freiheit preiszugeben und zu kapitulieren oder in letzter Stunde, unter Bedingungen, die der Gegner diktiert, zum nuklearen Verzweiflungsakt zu greifen.

Darum Goldwaters Forderung: Den aufgezwungenen Kalten Krieg ohne Kompromiß wagen und mit den besseren Argumenten des Westens den Sieg erringen, weil jede nur defensive und ausweichende Haltung zur Katastrophe führe.

Darum auch Ablehnung jeder ko-existentiellen Selbstzufriedenheit und jeder Hilfe für kommunistische Regierungen, die nur auf trügerische Hoffnungen gegründet sei.

Manche Gedanken dieses Buches sind an jedes freie Volk gerichtet, das seine Freiheit wahren, und an jedes unterworfene Volk, das seine Freiheit wiedergewinnen will. Manche Gedanken sind nur aus der spezifischen amerikanischen Umwelt verständlich und nur für sie gültig.

So beispielsweise die erbitterte Fehde Goldwaters gegen die Einmischung der Zentralverwaltung in Zuständigkeiten,

die nach der Verfassung den Bundesstaaten vorbehalten sind. Das gilt vor allem für das Gebiet der Erziehung, das zu diesen Vorbehaltsrechten gehört und das in Sachen der rassischen Integration der Schulen am heftigsten umkämpft wird. Goldwater ist für gemeinsame Schulen für die Kinder der Weißen und der Farbigen. Er stellt aber fest, daß die Bundesregierung eine solche Lösung nicht erzwingen darf, weil sie sich damit Machtbefugnisse anmaßt, die ihr die Verfassung ausdrücklich vorenthält.

Ähnlich steht es mit den Ausführungen über die Landwirtschaft, in denen die typische amerikanische Situation ebenso deutlich wird wie Goldwaters liberaler Standpunkt, wenn er verlangt, das Gesetz von Angebot und Nachfrage mitleidlos darüber entscheiden zu lassen, wieviele Farmer in den USA notwendig seien, den Bedarf des Landes und des Weltmarktes zu decken. Ein Farmer in USA kann nicht mit einem Bauern in der Bretagne oder in Westfalen verglichen werden. Und Goldwater kandidiert für die Präsidentschaft in den USA. Er sucht nach Lösungen für die Probleme Amerikas, nicht für die Sorgen Europas.

Das scheint man vielerorten vergessen zu haben. Die Wahlpropaganda für Präsident Johnson und gegen Goldwater, in die sich die genannten Staats- und Partei-offiziellen Moskauer Blätter gestürzt haben, dürfte ein Bärendienst für die Demokratische Partei der USA sein. Ebenso wie Goldwater die Begeisterung bestimmter Kreise in Europa für seine Kandidatur nicht sehr begeistert aufgenommen hat. Ein Wahlsieg Goldwaters würde freilich für Europa tiefgreifende Konsequenzen bringen. Betroffen davon aber würden vor allem jene

Politiker und ihre Politik sein, die die Abhängigkeit unseres Kontinents vom Willen Washingtons zum Leitsatz ihres Handelns erhoben haben.

Warum aber nennt sich Barry Goldwater dennoch mit Recht einen Konservativen? Weil er die Würde des Menschen verteidigt gegen den Anspruch des Marxismus der ihn zum Objekt eines mechanischen ökonomischen Ablaufs erniedrigt, und gegen den Anspruch der zeitgenössischen amerikanischen Liberalen, die die Freiheit des Menschen bis in seine Freizeit zu verwalten trachten.

Goldwater ist ein Konservativer, weil er den Menschen nicht an die Experimente von Theoretikern ausliefern will, sondern es als seine Aufgabe sieht, die Erfahrungen der Vergangenheit und die unwandelbaren Gesetze seiner Natur auf die sich stets wandelnde Umwelt von heute und morgen anzuwenden.

Und schließlich ist Goldwater ein amerikanischer Konservativer, weil er die Grundsätze der amerikanischen Verfassung aufrechterhalten will und sie gegen die Aushöhlung durch die Expansion der Zentral-Bürokratie ebenso wie gegen die Anmaßung gesetzgeberischer Gewalt durch den Obersten Gerichtshof verteidigt.

Damit stellt er sein Buch mitten in den Streit unserer Zeit. Die Heftigkeit von Zustimmung und Ablehnung, auf die es in Amerika traf, ist ihm auch in Deutschland gewiß.

Dieses Buch ist nicht geschrieben, um der konservativen Philosophie irgend etwas hinzuzufügen, sie zu verbessern oder sie gar »up to date« zu bringen. Die alten und erprobten Wahrheiten, die unsere Republik in ihren frühesten Tagen leiteten, sind auch heute noch recht für uns.

Die heutigen Konservativen sind aufgerufen, eine erprobte Philosophie auch auf die Probleme unserer heutigen Zeit anzuwenden. Ich will die Betrachtungen erklären, die mich veranlaßten, dieses Buch zu schreiben.

Ich bin ein Politiker, ein Senator. Als solcher hatte ich die Möglichkeit, über den politischen Instinkt meiner Landsleute manches zu lernen. Ich durchreiste dieses große Land hunderte Male und sprach mit Zehntausenden von Menschen, mit Demokraten und Republikanern, mit Bauern, Arbeitern und Geschäftsleuten und ich fand, daß Amerika im Grund eine konservative Nation ist. Nach überwiegendem Urteil der Amerikaner, speziell der jungen Menschen, sind weder der Radikalismus noch der Liberalismus erfolgreich gewesen – und sie sind es auch heute nicht. Die Menschen sehnen sich nach der Rückkehr zu konservativen Prinzipien.

Zur selben Zeit war ich in der Lage zu sehen, wie es dem konservativen Gedanken in Washington ergeht, daß trotz

Wiederbelebung des konservativen Gedankenguts die radikalen Ideen, die New- und Fair Deal unter Führung der Liberalen gefördert hatten, immer noch die Sitzungen der Regierung beherrschen.

In einem Land, in welchem nun allgemein verstanden und erklärt wird, daß die Wohlfahrt seiner Menschen auf persönlichem Selbstvertrauen mehr beruht als auf staatlicher Regelung, berät der Kongreß alljährlich, ob der Zuwachs an staatlich gegängelter Wohlfahrt mehr oder weniger groß sein soll.

In einem Land, in dem nun allgemein verstanden und erklärt wird, daß die Bundesregierung zu viel ausgibt, überlegt der Kongreß jährlich, ob das Staats-Budget um einige oder um viele Milliarden zu erhöhen ist.

In einem Land, in dem nun allgemein verstanden und erklärt wird, daß die persönliche Freiheit abhängig ist von der Dezentralisation der Regierung, überlegt der Kongreß jedes Jahr, ob anspornende oder zurückhaltende Schritte zu unternehmen seien, um die Politik der Staaten in Übereinstimmung mit der Bundesregierung zu bringen.

In einem Land, in dem nun allgemein verstanden und erklärt wird, daß der Kommunismus ein Feind ist, der entschlossen ist, uns zu vernichten, beschäftigt sich der Kongreß alljährlich wieder und wieder mit seinen Plänen einer Ko-Existenz mit der Sowjetunion.

Und so ergibt sich die Frage: Warum war es dem amerikanischen Volk nicht möglich, seine Ansichten zur Geltung und in angemessene politische Aktion zu bringen? Warum sollte die in der Nation vorhandene Treue zu konservativen Prinzipien sich nicht auch in entsprechende Taten in Washington umwandeln?

Ich tadle nicht meine Brüder in der Regierung, denn alle arbeiten hart und gewissenhaft an ihren Aufgaben. Ich tadle die Konservativen – uns selbst – mich selber. Unser Mißerfolg ist, wie ein konservativer Schreiber meinte, das Fehlen einer anschaulichen Darstellung der konservativen Idee. Wir Konservative sind zu tiefst überzeugt, daß unsere Gesellschaft leidend und daß nur der konservative Gedanke der Schlüssel zur nationalen Rettung ist – und ich bin sicher, die Nation ist in dieser Ansicht mit uns einig. Wir scheinen dennoch nicht fähig zu sein, die Anwendung unserer konservativen Grundsätze auf die täglichen Notwendigkeiten anschaulich zu machen.

Wir sitzen unfähig und tatenlos dabei, während der Kongreß Lösungen zu Problemen sucht, die nicht die wirklichen Probleme unseres Landes sind, während die Regierung versucht, eingebildete Sorgen zu beschwichtigen und die wirklichen Bedürfnisse und Angelegenheiten des Volkes zu ignorieren.

Vielleicht fürchten wir zu sehr die Macht derer, die die Massenmedien beherrschen. Wir sind täglich den »aufgeklärten« Kommentatoren ausgeliefert, die politische Vergeßlichkeit wollen. Die Konservativen, so wird uns gesagt, seien von gestern. Diese Behauptung ist widersinnig, und wir müssen hier heftig widersprechen. Die göttlichen und die natürlichen Gesetze haben keine Zeitgrenze! Die Grundsätze der konservativen politischen Position beruhen auf Erkenntnissen, die von der sich ständig wandelnden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Landschaft nicht beeinflußt werden können.

Diese Prinzipien kommen aus der Natur des Menschen und aus der Wahrheit, die uns Gott in seiner Schöpfung offenbarte.

Die Umstände ändern sich und es ändern sich ebenso die Probleme, die durch die Verhältnisse aufgeworfen wurden. Aber die Grundsätze, die die Lösung der Probleme bestimmen, ändern sich nicht.

Zu denken, die konservative Philosophie wäre veraltet, ist genau so, als ob man behaupte, daß die »Golden Rule« (Was du nicht willst, das man dir tut, das füg' auch keinem anderen zu) oder die Zehn Gebote oder Aristoteles' Prinzipien veraltet seien. Der heutige konservative Weg ist nicht mehr und nicht weniger als ein Versuch, Weisheit, Erfahrung und offenbarte Wahrheit der Vergangenheit anzuwenden auf die heutigen Probleme. Es geht nicht darum, neue oder andere Wahrheiten zu finden, sondern zu lernen, die alten, bewährten Wahrheiten zur Lösung der Probleme unserer heutigen Zeit einzusetzen. Ich hoffe, mit diesem Buch dazu beitragen zu können.

Dieses Buch ist ein Versuch, die Lücke zwischen Theorie und Praxis zu überbrücken. Ich werde mich auf meine Reden beziehen, auf Radio- und TV-Sendungen und auf die Notizen, die ich im Laufe der Jahre machte in der Hoffnung, einmal zu tun, was man im hastigen Ablauf einer mühsamen Tagesarbeit im Senat nicht tun kann: Ich will die Verbindung aufzeigen zwischen konservativen Prinzipien, so sehr verteidigt, und konservativer Aktion, so sehr vernachlässigt!

Barry M. Goldwater

---

*Der Verfasser auf der Jahreskonferenz der National Association of Counties in Washington.*



# 1 | *Das Gewissen eines Konservativen*



Ich bin oft sehr bekümmert, daß heutzutage so viele Menschen mit konservativem Instinkt sich verpflichtet fühlen, sich dafür zu entschuldigen. Oder aber, wenn sie sich nicht direkt entschuldigen, ihre Ansicht so zu mildern, daß es zu einem an-die-Brust-schlagen wird! »Republikanische Kandidaten«, sagte der ehemalige Vizepräsident Nixon, »sollten wirtschaftliche Konservative, aber Konservative mit Herz sein.« Präsident Eisenhower erklärte während seiner ersten Amtsperiode: »Ich bin konservativ, wenn es sich um wirtschaftliche Probleme handelt, aber liberal bei menschlichen Problemen.« Andere republikanische Führer bestanden darauf, sich »progressive Konservative« zu nennen. Das ist ein merkwürdiges Etikett: es bedeutet, daß ein »normaler« Konservativer dem Fortschritt im Wege stünde. Haben wir vergessen, daß Amerika seine größten Fortschritte machte, als die konservativen Prinzipien geehrt und beachtet wurden? Diese Formulierungen sind gleich einem Eingeständnis, der konservative Gedanke sei eine engherzige, mechanische wirtschaftliche Theorie, die auch unter Aufsicht eines Buchhalters funktionieren werde, auf die man sich als politische Philosophie aber nicht verlassen könne.

Dasselbe Urteil aber, eher in Form eines Angriffs als eines Zugeständnisses, wird im radikalen Lager vorgebracht. Wir Liberale, sagen sie, sind an Menschen interessiert. Unsere Sorge

sind Menschen, aber ihr Konservative seid nur beschäftigt mit dem Erhalten von wirtschaftlichen und Standes-Privilegien. Geh einen Schritt weiter und die Liberalen machen aus ihrer Anklage so etwas wie eine Klassenfrage: es ist der kleine Mann, um den wir uns kümmern, und nicht die reichen Bösewichter.

Solche Feststellungen von Freund und Feind sind eine große Ungerechtigkeit gegen den konservativen Standpunkt. Denn er ist nicht eine wirtschaftliche Theorie, obgleich er auch wirtschaftliche Folgerungen einschließt. Die Sache ist genau umgekehrt: Es ist der Sozialismus, der alle anderen Erwägungen dem materiellen menschlichen Wohlergehen unterordnet. Es ist der Konservative, der den materiellen Dingen ihren richtigen Platz gibt, der eine aufbauende, fortschrittliche Ansicht vom Menschen und menschlicher Gesellschaft hat, in der aber die Wirtschaftlichkeit nur eine Nebenrolle spielt.

Der hauptsächliche Unterschied zwischen den Konservativen und den heutigen Liberalen ist, daß die Konservativen den g a n z e n Menschen in Betracht ziehen, während die Liberalen dazu neigen, nur die materielle Seite der menschlichen Natur zu sehen. Der Konservative glaubt, daß der Mensch teils ein wirtschaftliches und animalisches Geschöpf ist, aber ebenso eine geistige Kreatur mit geistigen Bedürfnissen und geistigen Wünschen. Und was wichtiger ist: Diese geistigen Bedürfnisse und Wünsche reflektieren die bessere, überlegenere Seite der menschlichen Natur, und sie hat Vorrang über seine wirtschaftlichen Wünsche. Der Konservative sieht deshalb die Föderung des geistigen Lebens des Menschen als erste Sorge seiner politischen Philosophie an. Die Liberalen andererseits – im Namen der

Sorge für den Menschen – betrachten die Befriedigung ökonomischer Wünsche als die dominierende Aufgabe der Gesellschaft. Und sie sind in Eile! Ihr charakteristisches Herangehen in dieser Sache ist ein Versuch, die politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Gesellschaft zu einer gemeinsamen Anstrengung zusammenzufassen, um den »Fortschritt« zu erzwingen. Ich glaube, bei diesem Versuch kämpfen sie gegen die Natur.

Die erste Verpflichtung eines politischen Denkers ist sicherlich die, die menschliche Natur zu verstehen. Der Konservative behauptet nicht, daß er über eine besondere Geistesstärke verfüge, aber er behauptet, mit der Klugheit und Erfahrung, die uns die Geschichte vermittelt, vertraut zu sein, und er ist nicht zu stolz, von den großen Denkern der Vergangenheit zu lernen.

Das erste, was er über die Menschen gelernt hat, ist, daß jedes einzelne Mitglied dieser »Spezies« eine einmalige Schöpfung ist. Der heiligste Besitz des Menschen ist seine persönliche Seele, die eine unsterbliche Seite hat, aber auch eine sterbliche. Die irdische Persönlichkeit des Menschen bestimmt seine absolute Verschiedenheit von jedem anderen menschlichen Wesen. *Nur eine Philosophie, die diese absoluten und notwendigen Verschiedenheiten zwischen den Menschen in Betracht zieht und gleicherweise Vorsorge zur Entwicklung der verschiedenen Möglichkeiten für jeden Menschen trifft, kann behaupten, in Übereinstimmung mit der Natur zu sein.*

Wir haben in dieser Zeit so viel von dem »Mann auf der Straße«, dem gewöhnlichen Menschen gehört. Bei etwas mehr Aufmerksamkeit für die Geschichte unseres Volkes würde man sich mehr jenen u n gewöhnlichen Menschen zuwenden, durch deren Tatkraft und Ehrgeiz Amerika groß geworden ist.

Der Konservative weiß ferner, daß man den Menschen der Sklaverei überantwortet, wenn man ihn als Teil einer gleichförmigen Masse betrachtet.

Der Konservative hat weiterhin gelernt, daß wirtschaftliche und geistige Gesichtspunkte der menschlichen Natur unentwirrbar ineinandergreifen. Er kann nicht wirtschaftlich frei oder auch nur leistungsfähig sein, wenn er politisch versklavt ist. Umgekehrt ist politische Freiheit illusorisch, wenn er in seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen vom Staat abhängig ist.

Der Konservative erkennt schließlich, daß die menschliche Entwicklung in geistiger und materieller Hinsicht nicht etwas ist, was von außerhalb dirigiert werden kann. Jedermann ist für seine eigene Entwicklung verantwortlich, sowohl in seinem eigenen Interesse wie im Interesse der ganzen Gesellschaft.

Die Entschlüsse, die er für sein eigenes Leben faßt, sind Entschlüsse, die er s e l b s t fassen muß, sie können nicht von einem anderen oder einem Kollektiv für ihn getroffen werden. Wenn der Konservative weniger bemüht ist als sein liberaler Bruder, den Wohlfahrtsstaat zu erweitern, so ist er das, weil er mehr besorgt ist als der Liberale, daß alle Menschen während ihres ganzen Lebens frei sein sollen, ihre Ersparnisse und ihr Einkommen auszugeben, wann und wie sie es wünschen.

Daher kommt es, daß die Konservativen den Menschen nicht als mögliches Pfand in den Händen anderer Menschen betrachten, noch als Teil eines Kollektivs, das die Heiligkeit und besondere Identität der Persönlichkeit des Menschen ignoriert. Durch die ganze Geschichte stand der echte Konservative gleicherweise im Krieg mit Autokraten und mit »demokratischen« Jakobinern. Der wahre Konservative sympathisierte mit den

Bauern, die arm und unglücklich unter der Tyrannei der französischen Monarchie lebten. Und er war gleicherweise empört über den Versuch, dieses Problem durch Tyrannei des Mobs zu lösen, der unter dem Banner der »Gleichheit« marschierte. Das Gewissen des Konservativen wird stets aufgerüttelt durch denjenigen, der die Würde des individuellen Menschen erniedrigen will. Er ist daher stets uneinig mit Diktatoren, die durch Terror herrschen, und ebenso mit den sanfteren Kollektivisten, die uns um Erlaubnis fragen, mit der menschlichen Rasse »Lieber Gott« spielen zu dürfen.

Diese Ansicht von der Natur des Menschen macht es verständlich, daß der Konservative die Politik als die Kunst betrachtet, diejenige größtmögliche Freiheit für den Einzelnen zu erreichen, die noch mit der Aufrechterhaltung der notwendigen sozialen Ordnung vereinbar ist. Der Konservative ist der erste, der versteht, daß die Freiheit zu ihrer Verwirklichung die Errichtung einer Ordnung verlangt. Es ist unmöglich für einen Menschen, frei zu sein, wenn ein anderer Mensch ihm seine Freiheit verweigern kann. Aber der Konservative erkennt ebenso, daß die politische Macht, auf die sich die Ordnung gründet, dazu neigt, sich selbst zu vergrößern; der Appetit wächst mit dem Essen. Er weiß, daß äußerste Wachsamkeit nötig ist, um politische Macht in ihren Grenzen zu halten.

In unseren Tagen ist für Ordnung gut gesorgt. Aber das ausgewogene Gleichgewicht, das idealerweise zwischen Freiheit und Ordnung besteht, wurde praktisch überall in der Welt längst *gegen* die Freiheit verschoben. In manchen Ländern ist die Freiheit ganz und gar am Boden und die »Ordnung« triumphiert total. In unserem Land ist dieser Zug weniger weit

vorgeschritten, vergrößert sich aber mit jedem Tag. Der amerikanische Konservative hat also keine Schwierigkeit, die vornehmste politische Aufgabe des Tages zu erkennen: das ist, die Freiheit zu erhalten und zu erweitern. Wenn er die verschiedenen Einrichtungen und Gesetze, die gegenwärtig in Amerika bestehen, übersieht, mögen manche Fragen in sein Bewußtsein treten, doch die erste Sorge eines Konservativen wird immer sein: Sichern wir das größte Maß an Freiheit? Prüfen wir einige der kritischen Fragen, denen wir heute gegenüberstehen.

# 2 | *Die Gefahren der Macht*



Dean Acheson schrieb lobend in seinem Buch: »Ein Demokrat blickt auf seine Partei«: »Der New Deal, den die amerikanische Bundesregierung entworfen hat, ist die Organisierung des ganzen Volkes mit dem Zweck, zu tun, was getan werden muß.« Ein Jahr später schrieb Mr. Larson »Ein Republikaner sieht seine Partei« und forderte genau dasselbe in seinem Buch für moderne Republikaner. Die »grundlegende Philosophie« des neuen Republikanismus, sagte Mr. Larson, sei: »Wenn eine Arbeit getan werden muß, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und niemand anders kann es tun, dann ist es eben die richtige Funktion für die Bundesregierung.«

Prominente Sprecher beider politischen Parteien fordern also eine unberechtigte Zurückweisung des Prinzips der begrenzten Regierungsgewalt. Weder der eine noch der andere bezieht sich auf die Verfassung oder macht irgend einen Versuch, die legitimen Funktionen der Regierung zu bestimmen. Die Regierung kann tun, was zu tun n ö t i g ist; beachtlich ist der blinde Glaube, daß es die Regierung selbst sei, die bestimmt, *was* zu tun nötig ist. Wir sollten die Wichtigkeit dieser Feststellung nicht unterschätzen. Sie reflektiert die Ansicht der Mehrzahl der Führer einer unserer Parteien und einer kleinen, aber starken Minderheit der Führer der anderen Partei und sie stellen das erste Gesetz des Totalitarismus auf: Daß der Staat

berechtigt sei, alle Dinge zu tun und nur begrenzt sei durch den Willen derer, die den Staat führen.

Es ist klar, daß diese Ansicht in direktem Widerspruch mit der Verfassung steht, die in erster Linie ein Instrument zur B e g r e n z u n g der Funktionen der Regierung ist und daß dieser Verfassungsgrundsatz heute noch genau so gilt wie am Tage, da er geschrieben wurde. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen und fragen, warum die Gestalter der Verfassung die Möglichkeiten der Regierung einschränkten. Die Konservativen werden – in einer Hinsicht zu recht – oft beschuldigt, eine ausgesprochen mechanistische Ansicht von der Verfassung zu haben. »Sie ist Amerikas wichtigstes Dokument. Wir sind amerikanische Bürger und deshalb«, so lautet das konservative Thema, »sind wir moralisch und gesetzlich verpflichtet, dem Dokument entsprechend zu handeln.« Alles richtig. Aber die Verfassung hat noch einen größeren Anspruch an unsere Loyalität als das. Unsere Gründer-Väter h a t t e n einen Grund, die Regierungsgewalt zu begrenzen, und dieser Grund ruft auch diejenigen, die ihre Bürgerpflichten leicht nehmen, zur Verteidigung der Verfassung auf. Der Grund ist einfach, und er ist das Herzstück der konservativen Philosophie.

Durch die ganze Geschichte hindurch hat es sich erwiesen, daß es immer die Regierungen waren, die die menschliche Freiheit bedrohten. Regierung ist Macht in den Händen einiger Männer, die das Leben anderer Menschen führen und gängeln. Und Macht, wie Lord Acton sagt, korrumpiert die Menschen. »Absolute Macht« fügte er hinzu, »korrumpiert absolut«.

Staatsmacht, theoretisch betrachtet, braucht Freiheit nicht zu beschränken, aber absolute Macht des Staates tut dies im-

mer. Die legitimen Funktionen der Regierungen fördern die Freiheit. Innere Ordnung zu erhalten, äußere Feinde abzuschrecken, Recht zu sprechen, Hindernisse des freien Austausches von Gütern zu beseitigen, diese Ausübung der Macht ermöglicht es den Menschen, ihr Leben in maximaler Freiheit zu führen. Aber seien wir eingedenk, daß dieselbe Einrichtung, durch welche diese wünschenswerten Dinge erreicht werden, ebenso zu unerwünschten Zielen führen kann, z. B. daß die Regierung, anstatt die Freiheit zu erweitern, sie einschränkt. Ferner, daß das »Kann« schnell zu einem »Muß« wird, wenn die Inhaber der Regierungsmacht ihren eigenen Plänen überlassen werden. Das ist der verderbliche Einfluß der Macht; es ist die natürliche Tendenz von Menschen, die *einige* Macht besitzen, *mehr* Macht haben zu wollen. Diese Neigung führt gegebenenfalls zur Erringung *aller* Macht, ob in der Hand *eines* Mannes oder ob in der Hand von mehreren, das ist kein großer Unterschied für die Freiheit derer, die davon betroffen sind.

Das ist die Lehre der Geschichte, die die Herren Acheson und Larson offenbar nicht gelesen haben. Befreie die Inhaber der staatlichen Macht von jeder Beschränkung außer jener, die sie sich selbst auferlegen, und du schwankst über die oft befahrene Straße zum Absolutismus.

Die Urheber unserer Verfassung haben diese Lektion gelernt. Sie lernten nicht nur Geschichte, sie waren auch ihre Opfer: Sie wußten aus lebendiger, persönlicher Erfahrung, daß die Freiheit abhängig ist von effektiver Beschränkung gegen die Anhäufung von Macht in einer einzigen Organisation. Und das ist unsere Verfassung: *Ein System von Begrenzungen gegen die natürliche Neigung einer Regierung, sich in Richtung einer*

*absoluten Macht auszudehnen.* Wir alle kennen die Haupt-Funktionen dieses Systems. Das erste ist die Begrenzung der Autorität der Bundesregierung auf bestimmte ihr zugewiesene Aufgaben. Das zweite, eine Folge des ersten, ist die Zuständigkeit der Teil-Staaten und deren Bürger für alle Aufgaben, die nicht der Bundesregierung übertragen wurden. Das dritte ist eine vorsichtige Teilung der Macht der Bundesregierung unter drei separate Zweige. Das vierte ist ein Verbot gegen ungestüme, plötzliche Änderung des Systems – nämlich der Artikel V – mit seinen umständlichen, aber klugen Vorschriften über das Verfahren bei Verfassungsänderungen.

War es also eine *Demokratie,* die die Urheber schufen? Schwerlich. Das System von Einschränkungen war nicht allein gegen individuelle Tyrannen gerichtet, sondern genau so gegen die Tyrannei der Massen. Die Gründer-Väter waren sich sehr wohl der Gefahr bewußt, daß selbstgerechte Demagogen eventuell eine Mehrzahl der Menschen überreden könnten, der Regierung große Macht zu geben als Gegendienst für betrügerische Versprechungen wirtschaftlichen Gewinns. Also verboten sie solch eine Übertragung von Macht, erstens durch die Erklärung, daß bestimmte Tätigkeiten außerhalb des natürlichen und gesetzlichen Bereichs der öffentlichen Autorität liegen, und zweitens dadurch, daß sie die öffentliche Macht auf verschiedene Ebenen und Zweige der Regierung verteilten in der Hoffnung, daß jede einzelne Autorität, eifersüchtig über ihre eigenen Vorrechte wachend, sich den Angriffen der anderen widersetzen würde.

Aber die Gestalter unserer Verfassung waren keine Phantasten. Sie wußten, daß Regierungs-Verordnungen, wie glän-

zend sie auch immer auf die unvollkommene menschliche Natur zugeschnitten sein mögen, wie sorgfältig sie auch formuliert waren, die Fallen der Macht zu vermeiden, doch kein Hindernis für Männer sein können, die darauf ausgehen, sie zu mißachten. Ihr System von Regierung würde nur gedeihen, wenn die Regierten entschlossen wären, daß es gedeihen solle. »Was hast du uns gegeben«, fragte man Benjamin Franklin gegen Ende der Verfassungsgebenden Versammlung. »Eine Republik«, sagte er, »wenn Ihr sie erhalten könnt.«

Wir haben sie nicht erhalten. Die Achesons und Larsons gingen ihren Weg. Das System der Begrenzungen ist in einen üblen Zustand geraten. Die Bundesregierung rückte in jedes Lebensgebiet ein, von dem sie glaubte, daß es ihre Dienste benötige. Die Regierungen der einzelnen Staaten sind entweder durch Bundes-Vorrecht ausgeschlossen aus ihren rechtmäßigen Funktionen, oder es ist ihnen nur erlaubt zu handeln, wenn es die Bundesregierung duldet. Innerhalb der Bundesregierung sind sowohl die vollziehende als auch die richterliche Gewalt weit über ihre verfassungsmäßigen Grenzen hinausgewuchert.

Und all das geschah ohne Rücksicht auf die Verfahrens-Vorschriften des Artikel V. Das Resultat ist ein Leviathan, eine riesige Bundes-Autorität ohne Kontakt zu den Bürgern – und ohne Möglichkeit der Kontrolle. Dieser Macht-Monolith ist nur gebunden durch den Willen derer, die in hohen Stellen sitzen.

Es gibt viele Wege, wie die Macht der Regierung gemessen werden kann.

Einer ist das Ausmaß ihrer finanziellen Operationen. Die Ausgaben der Bundesregierung sind nun annähernd 100 Mil-

liarden Dollar pro Jahr (verglichen mit 3½ Milliarden knapp drei Jahrzehnte zurück).

Ein anderer ist der Bereich ihrer Tätigkeit. Eine kürzlich durch die Chicago Tribune durchgeführte Studie zeigte, daß die Regierung nun der »größte Landeigentümer, Vermögens-Verwalter, Transporter, Inhaber ärztl. Kliniken, Verleiher, Versicherer, Hypothekenmakler, Arbeitgeber, Schuldner, Steuererheber und Geldausgeber in der Geschichte ist.«

Und noch etwas anderes ist der Anteil des Einkommens der Bevölkerung, den die Regierung für ihre eigene Verwendung verlangt: Beinahe ein Drittel des Einkommens werden alljährlich in Form von Steuern weggenommen.

Ein vierter ist der Umfang der Einmischung der Regierung in das tägliche Leben der Menschen. Dem Bauer wird gesagt, wie viel Weizen er anbauen darf. Der Gehalts- oder Lohnempfänger hängt von der Gnade von Gewerkschaftsführern ab, deren große Macht eine direkte Folge der Bundes-Arbeits-Gesetzgebung ist. Der Geschäftsmann ist behindert durch eine verwirrende Zahl von Regierungs-Verordnungen und oft sogar durch direkte Regierungs-Konkurrenz.

Die Regierung nimmt 6 Prozent aus den meisten Lohntüten in Form von Sozial-Abgaben und zwingt so Millionen Menschen, ihren Wunsch, ihr Vermögen in Ruhe zu genießen, um einige Jahre zurückzustellen. Und in zunehmendem Maße setzt die Bundesregierung die Normen für Erziehung, Gesundheit und Sicherheit fest.

Wie konnte das geschehen? Wie wurde unsere nationale Regierung aus einem Diener mit scharf begrenzter Macht ein Herrscher von fast unbegrenzter Macht?

Teilweise wurden wir beschwindelt. Bei anderen Gelegenheiten aber gaben wir Männern und politischen Parteien Macht, die uns versprachen, die Regierungsgewalt wieder zu beschränken, die aber nach ihrer Wahl fortfuhren, die Tätigkeiten der Regierung noch zu erweitern. Aber laßt uns ehrlich sein mit uns selber. Gebrochene Versprechen sind nicht die Hauptursache unserer Schwierigkeiten. *Gehaltene* Versprechen sind es. Viel zu oft haben wir Männer in Regierungsämter gebracht, die uns dann vorschlugen, hier ein wenig mehr und dort ein wenig mehr für dies und das auszugeben, die ein neues Wohlfahrtsprogramm vorschlugen und die sich ein anderes »Sicherheits«-Programm ausdachten. Wir fielen auf den Köder herein und zogen es vor, die Wiedererlangung von Freiheit und die Wiederherstellung unserer verfassungsmäßigen Rechte auf einen anderen Tag zu verschieben. Wir sind den Weg aller demokratischen Gesellschaften gegangen, die ihre Freiheit verloren, indem sie sich selbst einredeten, daß, wenn »das Volk« regiert, alles gut sei!

Der Franzose Alexis de Tocqueville, wahrscheinlich der Politiker, der am klarsten die moderne Zeit voraussah, erkannte diese Gefahr, als er unser Land um 1830 besuchte. Schon damals sah er den Verfall einer Gesellschaft voraus, die dazu neigte, mehr Nachdruck auf ihre Demokratie zu legen statt auf ihre Republik. Er prophezeite, daß Amerika keine Tyrannen produzieren werde, sondern »Wächter«. Und daß das amerikanische Volk »sich selbst über seine Bevormundung trösten würde mit dem Gedanken, seine Wächter selbst gewählt zu haben. Jeder Mensch erlaubt, daß er selbst in Leitseile gespannt wird, wenn er sieht, daß es nicht eine Person oder eine Klasse

von Personen, sondern das ganze Volk ist, das das Ende der Kette in Händen hält.«

Unsere Neigung, große Macht in die Hände einiger Männer zu geben, beunruhigt mich tief. Wir können sowohl durch Bomben wie auch durch einen Umsturz überwunden werden, aber wir können ebenso überwunden werden durch Ignorieren der Verfassung und durch Geringschätzung der Prinzipien beschränkter Regierungsmacht. Unsere Verteidigung gegen die Zusammenballung unbegrenzter Macht in Washington ist in dürftigerer Form – fürchte ich – als unsere Verteidigung gegen die Aggressivität Moskaus. Wie so viele Nationen vor uns können wir eher durch innere Schwachheit unterliegen, als daß wir durch einen fremden Feind fallen.

Ich bin überzeugt, die meisten heutigen Amerikaner möchten unseren Weg ändern. Ich glaube, die Beunruhigung in unserem Volk über unsere verschwindende Freiheit ist tief und echt. Ich denke auch, daß das Unbehagen unseres Volkes über die erdrückende Allgegenwärtigkeit der Regierung nahezu in Alarm umgeschlagen ist.

*Die Wendung wird d a n n kommen, wenn wir mit der Führung unserer Dinge Männer betrauen, die verstehen, daß ihre erste Pflicht als Volksvertreter ist, sich der Macht zu entledigen, die ihnen gegeben wurde.* Das wird sein, wenn Amerikaner in Hunderten von Gemeinden in unserem Land sich entscheiden werden, d e n Mann in Amt und Würden zu bringen, der uns dafür bürgt auf der Verfassung zu bestehen und die Republik wieder herzustellen.

Wer will in einer Wahlrede erklären: Ich habe wenig Interesse, die Regierung wirksamer zu machen, denn ich will ihre

Ausdehnung verkleinern? Ich unternehme es nicht, Wohlfahrt zu fördern, denn ich will die Freiheit erweitern! Meine Absicht ist es nicht, Gesetze einzubringen, sondern aufzuheben. Nicht ein neues Programm zu installieren, sondern das alte abzuschaffen, das die Verfassung verletzt, oder das die Absicht, für die es gedacht war, nicht erfüllte, oder dem Volk unberechtigte Lasten aufbürdet. Ich will nicht versuchen, festzustellen, ob Gesetzgebung »notwendig« ist, bevor ich nicht festgestellt habe, ob es die Verfassung erlaubt. Und wenn ich später wegen der Vernachlässigung der Wähler-Interessen angegriffen würde, werde ich antworten, daß ich belehrt wurde, daß ihr Hauptinteresse die Freiheit sei, und daß ich für diese Freiheit das Beste tue, was ich kann.



# 3 | *Die Rechte der Bundes-Staaten*



Der Gouverneur von New York sagte 1930, daß die Verfassung den Kongreß nicht ermächtigt, sich mit einer großen Anzahl von wesentlichen, lebenswichtigen Regierungsproblemen zu befassen, wie die Führung von öffentlichen Versorgungsbetrieben, Banken, Versicherungen, Geschäften, Landwirtschaft, Erziehung, soziale Wohlfahrt und ein Dutzend anderer derartiger wichtiger Unternehmungen. Und er fügte hinzu, »Washington solle nicht ermuntert werden, sich in diese Gebiete einzumischen«.

Franklin Roosevelt's rasche Wandlung von Verfassungstreue zu unbegrenzter Regierungsmacht ist eine oft erzählte Geschichte. Aber ich bin hier nicht so sehr bekümmert über die Preisgabe von Bundesstaaten-Rechten durch die Demokratische Partei – eine Entwicklung, die vor einigen Jahren vor sich ging, als die demokratische Partei eine Beute der sozialistischen Ideologien in der Arbeiter-Bewegung wurde – als vielmehr über die unmißverständliche Neigung der republikanischen Partei, dem gleichen Kurs zu folgen. Das Resultat ist, daß heute keine unserer beiden Parteien sich dem Prinzip der Staaten-Rechte verpflichtet fühlt. Somit wird der Eckstein unserer Republik, das Bollwerk gegen Eingriffe in die individuelle Freiheit, schnell von den sich auftürmenden Sandmassen des Absolutismus, von Big Government verschüttet.

Die republikanische Partei gibt selbstverständlich ein Lippenbekenntnis zu den Staaten-Rechten. Wir *sprechen* oft davon, »den Staaten ihre ihnen rechtlich zustehende Macht zurückzugeben«. Die Regierung ging sogar so weit, eine Konfe-

renz der einzelnen Bundesstaaten über dieses Problem vorzuschlagen. Aber nur Taten zählen, und ich bedaure sagen zu müssen, daß in der tatsächlichen Praxis die Republikanische Partei wie die demokratische die zwingende Macht der Bundesregierung aufbieten, wenn immer ihre Führer meinen, daß die Staaten sich nicht befriedigend verhalten.

Wir wollen unsere Aufmerksamkeit auf eine Einmischungsmethode des Bundes richten, die in vielen öffentlichen Diskussionen vernachlässigt wird. In den letzten Jahren hat die Bundesregierung ständig Garantie-Zusagen an die Teil-Staaten auf einer Anzahl von Sachgebieten gegeben, die nach der Verfassung ausschließlich der Zuständigkeit der Staaten unterliegen. Diese Hilfe wird »Ergänzungs-Kapital« genannt und ist bestimmt, Staatsausgaben für Gesundheit, Erziehung, Wohlfahrt oder andere Zwecke zu stimulieren, welche die Bundesregierung für notwendig hält. Wenn ein Staat beschließt, Geld für diese Vorhaben auszuwerfen, dann verpflichtet sich die Bundesregierung, einen Zuschuß zu geben, dessen Höhe vom Kongreß bestimmt wird. Manchmal ist das Verhältnis 50:50, oft trägt die Bundesregierung mehr als die Hälfte der Kosten.

Zweierlei ist bezüglich dieser Vorhaben zu bemerken. Erstens, sie sind B u n d e s - Vorhaben, sowohl was ihren Zweck als auch was ihre Ausdehnung betrifft. Das Zweite ist, daß die »anspornende« Hilfe praktisch eine Mischung von Erpressung und Bestechung ist. Die Staaten werden aufgefordert, das Programm in Angriff zu nehmen, – sonst ... ! Hat die Bundesregierung einmal dieses Ergänzungs-Kapital offeriert, dann ist es unwahrscheinlich, daß ein Parlaments-Mitglied eines Staates auf einen tüchtigen Anteil von Geldern verzichtet, die andere

Staaten gesammelt haben. Es ist verständlich, daß viele Parlaments-Mitglieder die Zurückweisung dieser Hilfe als politischen Selbstmord empfinden würden. Es ist eine indirekte Form von Zwang, doch sie ist nicht weniger wirksam.

Eine direkte Methode von Zwang seitens der Bundesregierung ist die Drohung sich einzumischen, wenn die Regierung eines Bundesstaats nicht so handelt, wie es Washington für richtig hält. Vor nicht zu langer Zeit zum Beispiel gab der Arbeits-Minister den Staaten die Lektion, es sei klug, Gesetze über Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen. Er machte keinen Versuch, die Alternative zu verschleiern: Wenn die Staaten zu handeln versäumen, w i r d die Bundes-Regierung handeln.

Hier sind einige Beispiele dieser Anspornungs-Methode. Ende 1957 empfahl ein gemeinsames bundesstaatliches Aktions-Kommittee, bestimmte Hilfsfonds sollten den Bundes-Staaten zugewiesen werden unter dem kaum verhehlten Grund, daß die Staaten nach Ansicht des Komitees gelernt hätten, ihrer Verantwortung nachzukommen. Dies sind die Gebiete, auf welchen die Bundes-Staaten lernen sich zu benehmen: berufliche Erziehung, Farm-Programme, praktische Krankenpflege, Fischerei, örtliche Abwasser-Projekte, Säuberung von Elendsvierteln, Erneuerung von Städten und Erzwingung von Gesundheits- und Sicherheits-Normen in Verbindung mit dem Atom-Energie-Programm.

Nun ist das Entscheidende nicht, daß der Kongreß versäumte, nach diesen Empfehlungen zu handeln, oder daß die Zentral-Verwaltung ihm nur halbherzige Unterstützung gab. Vielmehr, daß die Bundesregierung kein R e c h t hat und

also auch kein Vorrecht, über die Verwaltung der Bundesstaaten zu urteilen. Die republikanische Partei sollte das sofort und deutlich gesagt und die Bundesregierung zum Rückzug veranlaßt haben.

Wir können unsere Fehler am besten verstehen durch die Prüfung der dahinterstehenden Theorie. Ich habe bereits das Buch »Ein Republikaner sieht seine Partei« erwähnt. Es ist eine sorgfältige Erörterung der gegenwärtigen Probleme durch einen »modernen« Republikaner. (Ich darf hinzufügen, es gilt genau so gut für die Demokraten.) Mr. Larson widmet einen guten Teil seines Buches der Frage über die Rechte der Staaten. Er behauptet, eine »generelle Vermutung« spreche zwar laut dem Zehnten Verfassungszusatz zugunsten der Zuständigkeit der Bundesstaaten; diese Vermutung müsse aber beiseitegeschoben werden, wo immer sich zeige, daß die Bundesstaaten nach Meinung der Zentral-Regierung »die Bedürfnisse der Bevölkerung« nicht zufriedenstellend berücksichtigten. Das ist eine Umschreibung seines Standpunkts, aber ich glaube, keine ungerechte. Und wem diese Auslegung einer eindeutigen Verfassungs-Vorschrift zu großzügig erscheint, der wird von Mr. Larson darüber belehrt: »Daß zu jedem Recht auch eine entsprechende Pflicht gehört.« »Wenn wir von Bundesstaats-Recht sprechen«, schreibt er, »sollten wir nie hinzuzufügen vergessen, daß zu diesem Recht auch die entsprechende Verantwortung gehört.« Deshalb, so schließt er, haben die Staaten nur sich selbst zu tadeln, wenn sie ihre Pflicht nicht tun und daraufhin die Bundes-Regierung sich einmischt.

Das Ärgerliche an dieser Beweisführung ist, daß sie die Verfassung der Vereinigten Staaten als eine Art von Hand-

buch für politische Theorie ansieht, das man beachtet oder ignoriert, je nachdem es gerade in die Pläne der Beamten in Washington paßt.

Der Zehnte Verfassungs-Zusatz ist keine »generelle Vermutung«, sondern eine zwingende Gesetzesvorschrift. Das 10. Amendment ordnet die Zuständigkeit der Bundesstaaten auf bestimmten Gebieten an.

Bundesstaats-Recht bedeutet, daß der Staat das Recht hat zu handeln oder nicht zu handeln, wie er es in den Bezirken, die ihm vorbehalten sind, für richtig hält. Der Staat mag Pflichten haben entsprechend diesen Rechten, aber die Pflichten schuldet er dem Volk seines Staates, nicht der Bundes-Regierung. Deshalb liegt ein Einspruchsrecht nicht bei der Bundes-Regierung – denn sie ist nicht souverän – sondern bei dem Volk, das die volle Macht hat, disziplinäre Maßnahmen zu ergreifen. Angenommen, die Bevölkerung ist unzufrieden mit der Invaliditäts-Versicherung ihres Staates, dann kann sie auf ihre Beamten Druck ausüben und, wenn das nichts nützt, neue Beamte wählen. Und im äußersten Fall könnte sie einen Änderungs-Antrag zur Verfassung einbringen. Ich wiederhole, die Verfassung zieht eine klare Linie zwischen Bundes-Gesetzgebung und Staats-Gesetzgebung. Wenn die Bundesregierung versäumt, diese Linie genau einzuhalten, dann ist das ein vernichtender Schlag gegen das Prinzip der begrenzten Regierungsmacht.

Aber ich warne davor, sich mit entschuldigenden oder verteidigenden Worten hinter der Verfassung zu verstecken. Es *gibt* einen Grund für die Sicherung der bundesstaatlichen Rechte. Damit soll nicht nur die Zusammenballung von Macht

in einer zentralen Regierung verhindert werden, die ohne Beziehung zum Volk und verhältnismäßig immun gegen seinen Unwillen ist.

Ebenso wird damit das Prinzip anerkannt, daß örtliche Probleme am besten von der sie betreffenden Bevölkerung gelöst werden. Wer weiß besser als die New Yorker, wie viel öffentliche Mittel für die Säuberung von Elendsvierteln erforderlich sind und wie viel man ausgeben kann? Wer weiß besser als die Leute in Nebraska, ob es in ihrem Staat genug Personal für die Kindergärten oder die Krankenhäuser gibt? Wer weiß besser als die Menschen von Arizona, welche Art von Schulprogramm für die Erziehung ihrer Kinder nötig ist? Die Menschen meines eigenen Staates – und ich bin überzeugt, daß ich für die Mehrheit von ihnen spreche – haben längst die fragwürdige Behauptung durchschaut, daß Bundeshilfe »frei« sei. Sie wissen, daß das Geld aus ihrer eigenen Tasche kommt und daß sie es zurückhalten abzüglich einer Gebühr für die Bundes-Bürokratie. Sie wissen auch, daß die Macht zu entscheiden, wie das Geld ausgegeben werden soll, ihnen genommen ist und von einer Planungs-Behörde tief im Labyrinth der Bundes-Regierung ausgeübt wird. Sie verstehen, daß dies ein großer und vielleicht nicht mehr gut zu machender Verlust ist – nicht nur ihres Vermögens, sondern auch ihrer unbezahlbaren Freiheit.

Nichts könnte die Sache der Freiheit mehr voranbringen, als wenn die Beamten aller Bundesstaaten ihre gesetzlichen Ansprüche auf die verlorene Macht geltend machen würden; und wenn die Bundes-Regierung sich prompt und ganz aus jeder Zuständigkeit zurückziehen würde, die die Verfassung den Bundesstaaten vorbehalten hat.

# 4 | *Und Bürgerrechte*



Man hat in den letzten Jahren versucht, die Bundesstaaten-Rechte in Verruf zu bringen, indem man sie gleichsetzte mit einer Verteidigung des Südstaaten-Standpunktes in Sachen der rassischen Integration. Ich habe bereits festgestellt, daß die Reichweite der Staaten-Rechte viel breiter ist, daß sie die Nordstaaten ebenso betreffen wie die Südstaaten und viele Sachgebiete umfassen, die nichts mit der Rassenfrage zu tun haben. Indessen ist es ganz richtig, daß die Rassenfrage durch das Prinzip der Staaten-Rechte berührt wird und daß die Haltung des Südens in dieser Frage der sichtbarste Ausdruck des Prinzips ist. Das geht soweit, daß unser Land jetzt in einem heißen und manchmal häßlichen Streit liegt über das Scheinbild eines Konflikts zwischen den Rechten der Bundesstaaten auf der einen Seite und den sogenannten »Bürgerrechten« auf der anderen Seite.

Ich sage »Scheinbild« eines Konfliktes, denn ich leugne, daß ein Konflikt zwischen den Rechten der Bundesstaaten und den Bürgerrechten überhaupt auftreten *kann*, wenn man beide richtig definiert. Wenn die »Rechte« der Teilstaaten individuelle Rechte beeinträchtigen, die durch gültiges Bundesrecht geschützt sind, dann ist die Ausübung solcher »Rechte« nichtig. Umgekehrt, wenn individuelle »Rechte« gegen geltende Rechte eines Bundesstaates verstoßen, dann ist die Ausübung solcher »Rech-

te« nichtig. Die Rechte selbst können nicht in Widerspruch zueinander stehen. Der ganze Streit entsteht nur, wenn die beiden Rechtsgebiete nicht korrekt definiert und sie nicht gesetzmäßig zur Anwendung gebracht werden.

Die Rechte der Teilstaaten sind leicht zu definieren. Der Zehnte Verfassungszusatz tut das sehr genau: »Die Zuständigkeiten, die durch die Verfassung nicht an die Vereinigten Staaten delegiert sind oder durch sie den Staaten nicht entzogen sind, sind den Staaten oder dem Volk vorbehalten.«

Die Bürgerrechte sollten nicht schwieriger zu bestimmen sein. Jedoch sind sie leider – durch den hemmungslosen und schamlosen Mißbrauch, den gewisse Leute mit ihnen treiben, die es besser wissen sollten – zu dem am schlimmsten mißverstandenen Begriff im modernen politischen Sprachgebrauch geworden. Bürgerrechte werden oft gleichgesetzt mit »Menschenrecht« oder mit »Naturrecht«. Sehr oft dient der Begriff einfach dazu, ein Verhalten zu bezeichnen, das man für politisch oder sozial wünschenswert hält. Ein Soziologe schreibt einen Aufsatz über die von ihm befürwortete Abschaffung einer Ungerechtigkeit oder ein Politiker hält darüber eine Rede – und siehe, ein neues »Bürgerrecht« ist geboren! Der Oberste Gerichtshof entfaltet die gleiche schöpferische Kraft.

Ein *Bürgerrecht* ist ein Recht, das durch Gesetz verkündet wurde und das daher durch gültiges Recht geschützt ist. Es kann durch anerkanntes Gewohnheitsrecht (common law) oder durch die gesetzgebenden Organe der Staaten oder des Bundes oder durch die Verfassung geschaffen sein; *aber so lange das nicht der Fall ist, gibt es kein Bürgerrecht, das durch rechtliche Mittel durchgesetzt werden könnte.* Es mag gewisse Rechte

geben – »naturrechtliche«, »menschliche« oder sonstwelche – die auch Bürgerrechte sein *sollten*. Wenn wir jedoch solchen Rechten den Schutz unserer Gesetze zu geben wünschen, dann müssen wir uns an die gesetzgebenden Organe wenden oder die Prozedur zur Ergänzung unserer Verfassung in Gang setzen. Reden von Politikern, Schriften von Soziologen oder Entscheidungen der Gerichte können keine Bürgerrechte schaffen.

Auf dem Felde der Rassenbeziehungen gibt es einige Rechte, die in klarer Weise durch gültige Gesetze geschützt sind und die daher Bürgerrechte sind. Eins von ihnen ist das Wahlrecht. Der Fünfzehnte Verfassungszusatz sieht vor, daß niemand wegen seiner Rasse oder Hautfarbe oder, weil er früher Sklave war, vom Wahlrecht ausgeschlossen werden darf. Ähnlich steht es mit gewissen Privilegien, die der Vierzehnte Verfassungszusatz verkündet. Das Material zur Entstehung dieses Zusatzes macht es klar (ich zitiere nach dem Civil Rights Act von 1866, den der Zusatz zu geltendem Recht machte), daß Bürger aller Rassen in gleicher Weise berechtigt sein sollten, »Verträge zu schließen und ihre Erfüllung zu erzwingen, die Gerichte anzurufen, als Parteien und als Zeugen in einem Rechtsstreit aufzutreten, zu erben und zu vererben, zu kaufen und zu verkaufen, zu leihen und zu verleihen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu besitzen und darüber zu verfügen und alle Rechte und Anordnungen für die Sicherheit von Personen und Sachen ohne Unterschied zu genießen.« Nach dem Erlaß dieses Acts und dieses Verfassungszusatzes hatten alle Bürger, einschließlich der Neger, einen bürgerrechtlichen Anspruch auf die Ausübung aller dieser Privilegien.

Auf dem Gebiet der Erziehung steht es anders. Denn die

Bundesverfassung fordert von den Teilstaaten nicht die Errichtung von rassisch gemischten Schulen. Trotz der Entscheidungen des Obersten Gerichts bin ich fest davon überzeugt, daß die Verfassung die integrierten Schulen nicht nur nicht verlangt, sondern daß sie der Zentralregierung jede Einmischung in die Schulverwaltung der Staaten verbietet. Es mag gerecht oder klug oder zweckmäßig sein, daß Negerkinder die gleichen Schulen besuchen wie die Kinder der Weißen, aber sie haben keinen bürgerrechtlichen Anspruch darauf, der durch die Bundesverfassung geschützt wäre oder der durch die Bundesregierung erzwungen werden könnte.

Die Absichten der Gründer-Väter auf diesem Gebiet sind über jeden Zweifel erhaben: *Der Bundesregierung wurden bezüglich der Erziehung keine Machtbefugnisse eingeräumt.* Daher wurde auch konsequenterweise unter dem Zehnten Verfassungszusatz die gesamte Rechtsprechung über die Erziehung den Staaten vorbehalten. Es bleibt nur die Frage offen, ob der Vierzehnte Verfassungszusatz – insbesondere seine Klausel über die Gleichberechtigung – das ursprüngliche Verbot über die Einmischung der Bundesregierung modifiziert.

Nach meiner Kenntnis wurde nie ernsthaft behauptet, daß die Verfasser des Vierzehnten Verfassungszusatzes die Absicht gehabt hätten, das konstitutionelle Schema hinsichtlich der Zuständigkeit in Erziehungsfragen zu ändern. Auf jeden Fall hat das Oberste Gericht keine solche Behauptung aufgestellt. Im Gegenteil, die Richter des Supreme Court haben in ihrer bekannten Entscheidung über die rassische Integration der Schulen, nämlich im Falle *Brown gegen Board of Education* (1954), ausdrücklich klargelegt, daß sie sich nicht durch die Absichten

der Autoren dieses Verfassungszusatzes leiten ließen. Chief Justice Warren sagte: *»Wenn wir an dieses Problem herangehen, dann können wir die Uhr nicht auf das Jahr 1868 zurückstellen, als der Zusatz angenommen wurde . . . Wir müssen die öffentliche Erziehung im Lichte ihrer vollen Entwicklung und in ihrer jetzigen Stellung im Leben der ganzen amerikanischen Nation betrachten.«*

Der Gerichtshof meinte also tatsächlich, es komme nicht auf die Absichten der Männer an, die die Verfassung schrieben, sondern auf die Meinungen des Gerichtshofs. Er konnte zu seiner Entscheidung nur kommen, indem er seine Ansichten dem gültigen Recht unseres Landes aufpropfte.

Die Absichten der Verfasser des Vierzehnten Verfassungszusatzes sind völlig klar. Man beachte folgende Tatsachen: 1. Während der gesamten Kongreßsitzungen über den Vierzehnten Zusatz wurde nie von einem einzigen Befürworter der Gedanke erwogen, der Zusatz solle die Rassentrennung in den Schulen für ungesetzlich erklären. 2. Gleichzeitig mit seiner Zustimmung zum Vierzehnten Verfassungszusatz errichtete der Kongreß (der bekanntlich die Hauptstadt unmittelbar verwaltet. Der Übersetzer) Schulen in Georgetown (Washington) »für die alleinige Benutzung durch . . . farbige Kinder«. 3. Unter allen Rednern der Debatte zum Zusatz gab es nur ein Kongreßmitglied, ein Vertreter aus Indiana, der der Ansicht war, der Zusatz betreffe überhaupt die Erziehung. 4. Die große Mehrheit der Bundesstaaten, die den Zusatz befürwortete, gestattete oder forderte rassengetrennte Schulen zu gleicher Zeit, als sie den Zusatz billigte.

Wir haben hier keinen Raum für eine erschöpfende Be-

handlung des ganzen Beweismaterials, aber die Tatsachen sind gut belegt und sie sind alles, was wir in diesem Zusammenhang über den Vierzehnten Verfassungszusatz wissen müssen. Der Zusatz beabsichtigte nicht, rassisch getrennte Schulen für ungesetzlich zu erklären, und daher erklärte er sie auch nicht für ungesetzlich. Man beabsichtigte nicht, irgendeine Einmischung der Bundesbehörden auf dem Gebiete der Erziehung zuzulassen und daher ließ man sie auch nicht zu.

Aus diesem Grunde kann mich auch der Anspruch des Obersten Gerichts, seine Entscheidung zur Schulintegration sei das Gesetz des Landes, nicht beeindrucken. *Die Verfassung und die Gesetze, die »ihr gemäß erlassen« werden, sind das »oberste Gesetz des Landes«.* Die Verfassung ist das, was ihre Gründer aus ihr machen wollten und was sie in ihr sagten, – nicht das, was das Oberste Gericht meint, daß sie sein soll. Wenn wir uns auf die Praxis einlassen, unsere eigenen Meinungen an die Stelle der Absichten der Begründer unserer Verfassung zu setzen, so verwerfen wir den Grundsatz verfassungsgemäßen Regierens. Wir setzen an die Stelle eines Rechtsstaates einen Staat, der von der Willkür der Regierenden beherrscht wird.

Ich habe großen Respekt für den Obersten Gerichtshof als Institution, aber ich kann nicht glauben, daß dieser Respekt dazu führen darf, Machtmißbrauch durch ihn und seine verfassungswidrigen Übergriffe in die gesetzgebende Regierungssphäre zu übersehen. Der Kongreß wie die Bundesstaaten sind ebenso wie das Oberste Gericht verpflichtet, die Verfassung nach bestem Vermögen auszulegen und anzuwenden. Daher unterstütze ich alle Anstrengungen der Staaten – ausgenom-

men natürlich Gewalt –, ihre gesetzmäßige Zuständigkeit auf dem Gebiet der Erziehung zu wahren.

Was den Kongreß angeht, so möchte ich hoffen, daß diese gesetzgebende Versammlung unser Problem durch den Erlaß eines Verfassungszusatzes kläre, der das ausschließliche Recht der Staaten in der Erziehung bestätigt. Dieser Zusatz würde meiner Meinung nach nur bekräftigen, was schon unmißverständlich in der Verfassung steht, aber er würde die Sache ein für alle Mal aus dem Streit nehmen.

Zufälligerweise stimme ich mit den Absichten des Obersten Gerichts überein, wie sie in der Entscheidung zum Falle *Brown* geäußert wurden. Ich glaube, daß es richtig und gerecht ist, wenn Negerkinder die gleichen Schulen besuchen wie die Weißen und daß die Verweigerung dieser Möglichkeit starke Benachteiligungen mit sich führen kann. Ich bin jedoch nicht gewillt, meine Meinung den Leuten von Mississippi oder Süd-Carolina aufzuzwingen oder ihnen zu sagen, welche Methoden sie anzuwenden oder in welchem Tempo sie auf dieses Ziel zuzustreben hätten. Das ist ihr Geschäft und nicht meines. Die Frage der Rassenbeziehungen wird nach meiner Ansicht ebenso wie alle sozialen und kulturellen Probleme am besten von den Leuten gelöst, die unmittelbar damit zu tun haben. Soziale und kulturelle Wandlungen sollten, so wünschenswert sie auch erscheinen mögen, niemals durch die Machtmittel der Zentralbehörden durchgesetzt werden. Wir wollen Einrichtungen, die uns fehlerhaft erscheinen, durch Überzeugung und Erziehung zu verbessern suchen. Aber wir wollen dabei die ordnungsgemäßen Wege des Rechts gehen. Jeder andere Kurs zerstört die Freiheit und inthronisiert Tyrannen.



# 5 | *Freiheit für den Farmer*



»... Überwachung der Landwirtschaft und anderer ähnlicher Lebensgebiete ..., die in gesetzmäßiger Weise durch örtliche Rechtsvorschriften zu regeln ist, kann niemals die erwünschte Aufgabe einer allgemeinen Gesetzgebung sein. Es ist daher unwahrscheinlich, daß in den Behörden unserer Bundesregierung eine Neigung bestehen könnte, die entsprechenden Machtbefugnisse an sich zu reißen; weil nämlich der Versuch zur Ausübung dieser Befugnisse ebenso aussichtslos wie ärgerlich ausgehen würde.«

Alexander Hamilton in »Federalist Papers« Nr. 17

Hamilton irrte sich in seiner Voraussage über das, wozu Leute im Stande sind, aber er sah die Folgen ihrer Engstirnigkeit ganz richtig voraus. Die Einmischung der Zentralregierung hat in der Tat reichlichen Ärger geschaffen. Die Mißachtung der Verfassung führte auf diesem Gebiete zu einem unvermeidbaren Verlust an persönlicher Freiheit. Und sie hat ein wirtschaftliches Chaos erzeugt. Unverwertbare Produktionsüberschüsse, immense Steuerlasten, hohe Verbraucherpreise, lästige Kontrollen – ich zweifle, daß die Narrheit, mit der man hier das Prinzip der begrenzten Regierungsgewalt ignorierte, noch deutlicher demonstriert werden könnte.

Wir haben Torheiten in einem Ausmaß begangen, das selbst unsere kritischen Fähigkeiten dabei gelitten haben. Niemand, der mit diesen Gegebenheiten vertraut ist, wird leugnen, daß die Politik der Preisstützung und der Produktionsbeschränkung ein gewaltiger Reinfall war. Dennoch haben unsere klügsten Köpfe keine bessere Lösung des Problems anzubieten, als die Preisstützung noch mehr zu erhöhen und die Erzeugungskontrollen noch weiter zu treiben.

Die diesbezüglichen Lehren der amerikanischen Verfassung sind vollkommen eindeutig. *Kein Zweig der Zentralverwaltung hat irgendwelche Machtbefugnisse über die Landwirtschaft erhalten.* Die Befürworter des ersten Agricultural Adjustment Act (Landwirtschafts-Anpassungsgesetz), das im Jahre 1933 erlassen wurde, suchten ihr Werk mit der sogenannten allgemeinen Wohlfahrtsklausel der Verfassung zu rechtfertigen. Das Oberste Gericht erklärte diese Gesetzgebung sofort für ungültig mit der Begründung, daß der Ausdruck »allgemeine Wohlfahrt« nur eine Umschreibung hinsichtlich der Steuerbefugnisse sei und dem Kongreß kein Recht gebe, irgendetwas selbst zu bewirtschaften. In seiner Entscheidung im Falle *United States gegen Butler* vom Jahre 1936 stellte das Oberste Gericht fest: »Die Bewirtschaftung (der Agrarerzeugung) ist in Wirklichkeit nicht freiwillig. Der Farmer kann sich wohl weigern, die Bestimmungen zu erfüllen (eine Möglichkeit, die ihm die heutige Gesetzgebung auch noch genommen hat), aber den Preis, den er für eine solche Weigerung zu zahlen hat, ist der Verlust von Vorteilen ... die Macht, unbeschränkte Vorteile einzuräumen oder vorzuenthalten, ist die Macht, zu zwingen oder zu zerstören ...«

Unter Roosevelts New Deal reagierte der Kongreß auf diese Haltung des Obersten Gerichts durch Erlaß eines inhaltlich gleichen Gesetzes, des sogenannten zweiten Agricultural Adjustment Act, und suchte dieses Gesetz als eine »Regulierung des zwischenstaatlichen Handels« zu tarnen. Das war eine offensichtliche Umgehung der höchstgerichtlichen Entscheidung im Falle *Butler.* Dennoch bequemte sich das Oberste Gericht, das damals unter heftigem politischen Beschuß stand, weil es, wie man sagte, die »Roosevelt-Revolution« zu Fall gebracht habe, zu einer seiner berühmten Kapriolen und bestätigte die Rechtmäßigkeit des neuen Gesetzes. Die Bundesregierung hat unter der Verkleidung der »Handelsverordnungen« zahlreiche Zuständigkeiten an sich gerissen, aber *diese* Vergewaltigung der klaren Worte der Verfassung ist wohl der flagranteste Fall, der sich finden läßt.

In der Gerichtsentscheidung, mit der der zweite AAA bestätigt wurde *(Wickard gegen Filburn,* 1942) wurde ein Farmer zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er anstelle der 11 acres Weizen, die ihm vorgeschrieben waren, 23 acres angebaut hatte, ungeachtet der Tatsache, daß der »Überschuß«-Weizen *auf seiner eigenen Farm* verbraucht worden war. Nun wollte dieser Farmer wissen, was um alles in der Welt der Weizen, den er an sein eigenes Vieh verfütterte, mit dem Handel zwischen den amerikanischen Bundesstaaten zu tun hätte? Das ist einfach, sagte das Gericht. Wenn Du nicht Deinen eigenen Weizen verfüttert hättest, dann wärest Du vielleicht gezwungen gewesen, Futter von anderswo zu kaufen, und dieser Kauf hätte den Preis d e s Weizens beeinflussen können, der im zwischenstaatlichen Handel transportiert wurde! Durch diese

bizarre Beweisführung machte der Gerichtshof die Handelsklausel so weit wie die Welt und hob damit den klaren Verfassungsvorbehalt der agrarpolitischen Zuständigkeit der Teilstaaten auf.

Es ist eine Tragödie, daß der Einbruch der Bundesregierung ins Feld der Landwirtschaft uns nicht einen Schritt näher an die Lösung des »Farm-Problems« gebracht hat. Die Schwierigkeit, vor der wir standen, als die Bundesbehörden ihre Einmischung begannen, war das Sinken des landwirtschaftlichen Ertrages. Das Einkommen vieler Farmer ist auch heute noch niedrig. Aber dazu haben wir weitere Schwierigkeiten bekommen: Produktionsbeschränkungen, die die Freiheit einengen, hohe Verbraucherpreise, große Ernteüberschüsse und eine gigantische Steuererrechnung, die auf 6 Milliarden Dollar jährlich zustrebt. Welche Variante von Preisstützungsmanövern wir auch immer wählen mögen, die Antwort auf diese Fragen entwischt uns immer weiter.

Der Grund, warum die Einmischung der Bundesregierung mehr Schwierigkeiten aufgeworfen als gelöst hat, ist sehr einfach. *Die landwirtschaftliche Erzeugung wird wie jede andere am besten durch den natürlichen Ausgleich auf dem freien Markt geregelt.*

Wenn unsere Landwirte ihre Ernte frei und zu den Preisen, die die Verbraucher zu zahlen bereit sind, verkaufen können, so werden sie nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ihre Erzeugung genau darauf beschränken, was der amerikanische und der Weltmarkt aufnehmen können. Und wenn ein Farmer feststellt, daß seine Arbeit sich per Saldo nicht mehr lohnt, so wird er auf einen anderen Zweig wirtschaftlicher Tä-

tigkeit umsiedeln. Das Ergebnis wird sein: verringerte landwirtschaftliche Produktion und höhere Preise für die übrigen Farmer. Wenn aber die Regierung ihre Finger in diesen natürlichen Wirtschaftsablauf steckt und die Preise höher treibt, als der Verbraucher sie zahlen will, dann wird das Ergebnis, um Hamiltons Ausdruck zu wiederholen, »ärgerlich« sein. Die Nation wird exorbitante Preise für Arbeit zahlen, die nicht notwendig ist, und für Produkte, die niemand braucht.

In den vergangenen Jahren hat die Regierung dieses Ärgernis der Überproduktion zu mildern gesucht, in dem sie ihr Programm der Boden-Stillegung (soil bank and acreage retirement) einführte. Aber diese Maßnahmen sind in Wirklichkeit nichts anderes als eine modernere Art des Schweinemords und der Kartoffel-Verbrennung, wie sie Henry Wallace unter dem New Deal propagierte. Und sie sind in der Bekämpfung des Überschusses nicht erfolgreicher gewesen als ihre Vorläufer. Sie haben aber noch dazu einen neuen ärgerlichen Übelstand geschaffen: Sie belohnen Leute fürs Nichtstun. In einem Volk, das so viel Wert auf sein »wirtschaftliches Wachstum« legt, kann man keine Politik erfinden, die so absurd und so selbstmörderisch ist wie die Unterstützung der Nichterzeugung.

Das Problem der Überproduktion wird ungelöst bleiben, solange wir nicht erkennen, daß der technische Fortschritt und andere Faktoren es ermöglicht haben, die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten und der zugänglichen internationalen Märkte durch die Arbeit einer weit kleineren Anzahl von Farmern auf den verfügbaren Böden zu befriedigen. Ich kann nicht glauben, daß auch nur ein einziger Mensch, der unsere landwirtschaftlichen Dinge ernsthaft studiert hat, diese Tatsache mißachten

kann. Was bisher fehlte, ist nicht das Verständnis eines Problems, das man gar nicht mißverstehen kann, sondern der politische Mut, etwas zu seiner Lösung zu tun.

Etwas zu tun aber heißt – und da kann es keine Zweideutigkeit geben – das *Farm-Unterstützungs-Programm prompt und endgültig zu beenden.* Der einzige Weg, einen Farmer zu bewegen, sich eine andere Beschäftigung zu suchen, ist es, damit aufzuhören, unergiebige Farmen für eine Ernte zu finanzieren, die zu freien Marktpreisen unverkäuflich ist. Ist das eine grausame Lösung? Ist es herzlos, die natürlichen Gesetze der Wirtschaft ebenso darüber entscheiden zu lassen, wie viel Farmer notwendig sind, wie diese Gesetze darüber bestimmen, wie viele Bankiers, Drogisten oder Uhrmacher gebraucht werden?

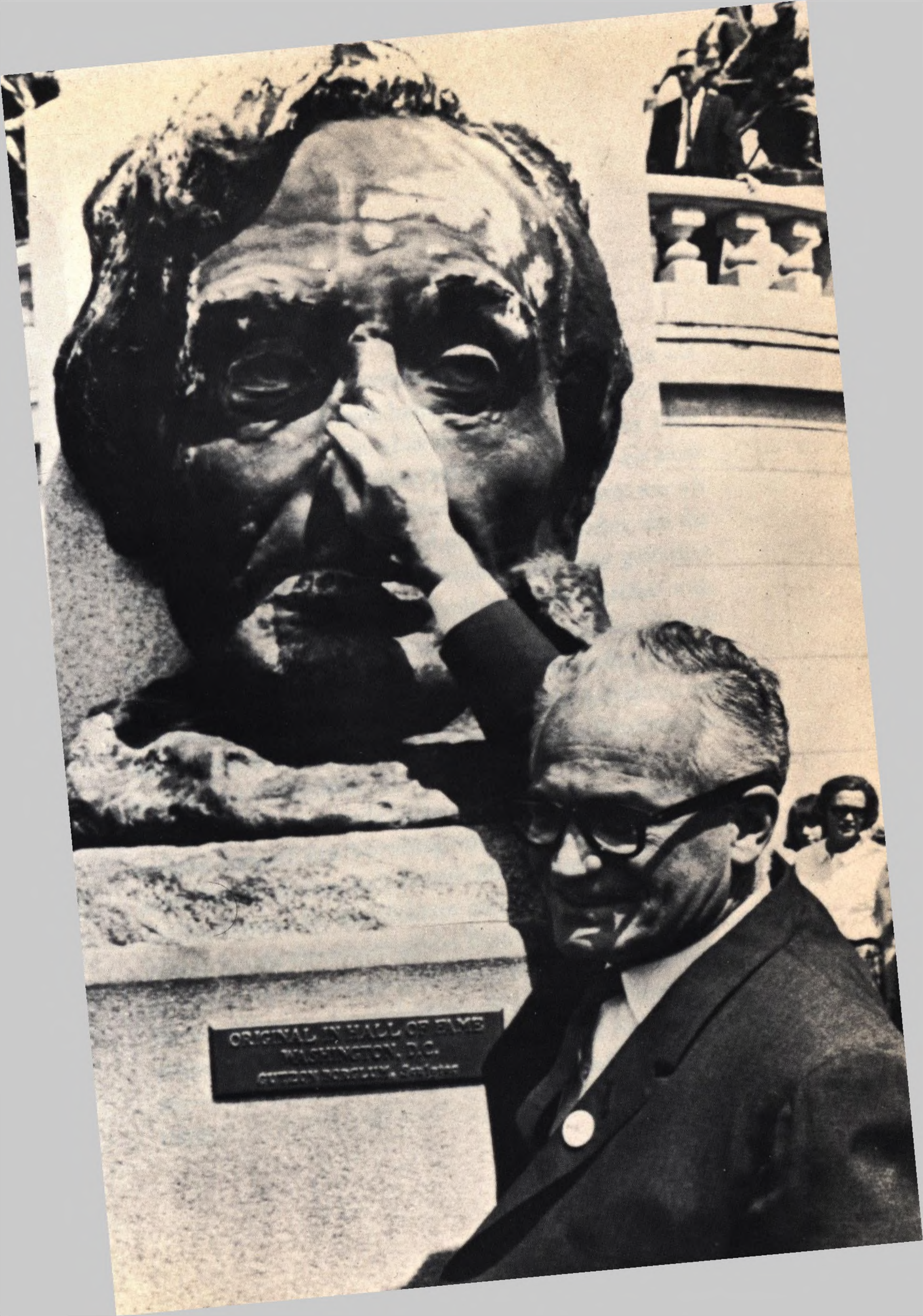
Niemand hat vor dem Einsatz des Hilfsprogramms anders gedacht. Erinnern wir uns daran, daß die Bewegung von der Landwirtschaft zu anderen Erwerbszweigen in unserem Lande von Anbeginn her vor sich ging – und zwar mit guten und nicht mit schlechten Wirkungen.

Ich kann nicht glauben, daß dieser Weg den Politikern so viel Stimmen kosten wird, wie manche von ihnen zu fürchten scheinen. Die meisten Farmer wollen auf eigenen Füßen stehen. Sie sind gewillt, ihre Chancen auf dem freien Markt wahrzunehmen. Sie haben eine intimere Kenntnis über die Folgen unbeschränkter Regierungsgewalt als die meisten von uns und daher offenbar auch ein größeres Interesse an der Rückkehr der Landwirtschaft zu Freiheit und wirtschaftlicher Gesundung.

# 6 | *Freiheit der Arbeit*



*Barry Goldwater, seine Hand auf die Nase der Statue von Lincoln legend, anläßlich eines Besuches in Springfield.*


ORIGINAL IN HALL OF FAME
WASHINGTON, D.C.



Wenn ich sagen sollte, welche meiner Abstimmungen als Senator ich für die wichtigste halte, so würde ich die Abstimmung zur Kennedy- Ervin »Labor Reform« Bill von 1959 nennen. Der Senat billigte diese Maßnahme mit 95 zu einer Stimme. Die eine Nein-Stimme war meine. Das Gesetz war als Patentmedizin gegen all die Übel propagiert worden, die die Untersuchungen des McClellan-Komitees zu Tage gefördert hatten. Ich war dagegen, weil ich mir im klaren darüber war, daß eine Gesetzgebung, die vorgab, dem allgemeinen Wunsch nach Schutz vor der Übermacht der Gewerkschaften zu entsprechen, in der Tat diesen Schutz aber nicht gewährte, nur dazu führen würde, die längst fällige *wirksame* Regelung dieser Frage zu verhindern.

Diese Meinung wurde später bestätigt. Das Repräsentantenhaus verwarf den Vorschlag von Kennedy-Ervin und ersetzte ihn durch eine weit bessere Maßnahme, das Landrum-Griffin-Gesetz. In der Debatte zwischen Vertretern beider Häuser wurde der ursprüngliche Entwurf nur geringfügig abgeändert; ich würde sagen, daß etwa 90% des Landrum-Griffin-Vorschlags in den endgültigen Wortlaut des Gesetzes eingingen. Der Senat nahm es schließlich mit nur 2 Nein-Stimmen an, – ein Beweis für die Richtigkeit meines anfänglichen Protestes.

Aber dieser Protest gilt immer noch: Obgleich das Landrum-Griffin-Gesetz ein Fortschritt gegenüber dem Kennedy-Vorschlag war, steht der Kongreß immer noch vor der Aufgabe, das entscheidende Übel in der Gewerkschafts-Bewegung an der Wurzel zu packen. Denn Korruption und Bestechung sind nur die Symptome dieses Übels, nicht seine Ursache. *Die Ursache ist die enorme wirtschaftliche und politische Macht, die jetzt in den Händen von Gewerkschaftsführern konzentriert ist.*

Diese Macht schädigt die Wirtschaft der Nation, indem sie den Unternehmern Arbeitsbedingungen abzwingt, die zu schwächerer Arbeitsleistung, geringerer Produktion und höheren Preisen führt, – wodurch letztlich der Lebensstandard des amerikanischen Volkes gesenkt wird.

Sie korrumpiert das politische Leben der Nation, indem sie einen unberechtigten Einfluß auf die politischen Wahlen ausübt.

Sie bedroht ernstlich die Freiheit von Millionen von Arbeitern, die ihre Stellung riskieren, wenn sie es wagen, das Verhalten von Gewerkschaftsführern zu kritisieren.

Wir haben alle schon den Vorwurf gehört, daß man ein Feind der Arbeiter und der Gewerkschaften sei, wenn man die Macht von Big Labor kritisiert. Dieser Vorwurf dient wohl den Interessen der Gewerkschaftsgrößen, doch er trifft gewöhnlich nicht die Tatsachen und er geht auf jeden Fall an meinen Gründen vorbei. Ich glaube, daß die Gewerkschaftsbewegung in ihren natürlichen und angemessenen Grenzen einen positiven Wert in unserem Lande darstellt. Gewerkschaften *können* ein Werkzeug zur Durchsetzung wirtschaftlicher Gerechtigkeit für

den arbeitenden Menschen bilden. Noch mehr, sie sind eine Alternative und ein Gegengewicht gegen das Aufkommen eines Staats-Sozialismus. Noch wichtiger aber, sie sind ein Ausdruck der Freiheit. Gewerkschaften – richtig verstanden – sind ein Ausdruck des unantastbaren Rechts des Menschen, sich mit anderen zur Erreichung legitimer Ziele zu vereinigen.

Die natürliche Funktion einer Gewerkschaft, für die sie einst ins Leben gerufen wurde, ist es, diejenigen Angestellten und Arbeiter zu vertreten, die eine kollektive Repräsentation wünschen, um mit ihren Arbeitgebern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Als Amerika sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat verwandelte, und als die Größe der Geschäftsunternehmungen sich ausdehnte, befand sich der einzelne Lohnempfänger in einem ausgesprochenen Nachteil bei seinen Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen. Das wirtschaftliche Übergewicht der großen Betriebe über den einzelnen Angestellten war so groß, daß Löhne und Arbeitsbedingungen ziemlich genau dem entsprachen, was der Unternehmer wollte. In dieser Lage entschlossen sich viele der Beschäftigten, sich zusammenzutun, um ihre ökonomische Macht zu erhöhen und einen gemeinsamen Faktor zur Verhandlung mit dem Unternehmer zu schaffen.

Im Laufe der Zeit fand man es notwendig, das Recht des Arbeiters zur kollektiven Verhandlung durch Gesetz zu schützen. Zu diesem Zweck erließ der Kongreß einige Gesetze, unter denen besonders der Clayton-Act, der Norris LaGuardia Act und der Wagner Act zu bemerken sind.

Es ist hier nicht der Ort, diese Gesetze im einzelnen zu behandeln. Indessen ist klar, daß sie über ihr Ziel hinausgeschossen sind. Durch einige unvernünftige Bestimmungen und durch das Fehlen von anderen, die man hätte einschalten müssen, ist das empfindliche Gleichgewicht zwischen Gewerkschaft und Unternehmer, das wir zu erreichen suchten, lawinenartig zugunsten der Gewerkschaften abgerutscht, oder, um es korrekter zu sagen, zugunsten der Gewerkschaftsführer. Diese Mammut-Konzentration von Macht in den Händen von einigen wenigen Männern ist – ich wiederhole es – eine ernste Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes und für die politische Entwicklung unseres Volkes. Was noch mehr wiegt, sie hat den einzelnen arbeitenden Menschen um einen guten Teil seiner Freiheit gebracht.

Die Zeit ist gekommen, nicht etwa die Gewerkschaften abzuschaffen oder dem Arbeiter seine erkämpften Vorteile zu rauben, sondern das Gleichgewicht wiederherzustellen und den Gewerkschaften ihre angemessene Rolle in einer freien Gesellschaft zu geben.

Wir haben festgestellt, daß die Gewerkschaften ihre natürlichen Funktionen ausüben können, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: Der Beitritt zur Gewerkschaft ist freiwillig; die Gewerkschaft beschränkt ihre Tätigkeit auf die kollektive Verhandlung; die Verhandlung wird mit dem Arbeitgeber der betreffenden Arbeitnehmer geführt. Wir wollen diese drei Bedingungen kurz ins Auge fassen, feststellen, in welchem Umfang sie heute verletzt sind und welche Wege zur Gesundung eingeschlagen werden müssen.

*Freiheit des Zusammenschlusses.* Die Sache liegt so klar,

daß ich mich wundere, warum sie überhaupt erörtert werden soll. Was könnte grundlegender sein als die Freiheit des Menschen, sich mit anderen zusammenzuschließen oder nicht zusammenzuschließen, wie es jedermanns Gewissen und Verstand verlangt? Dennoch ist die Zwangsgewerkschaft bei uns heute eher die Regel als die Ausnahme. Von Millionen von Arbeitern wird verlangt, sich der Gewerkschaft anzuschließen, die der anerkannte Kollektiv-Agent für ihren Arbeitsplatz ist. Die sogenannten »Gewerkschaftsabkommen« verweigern diesen Arbeitern das Recht, selbst zu entscheiden, welcher Gewerkschaft sie beitreten wollen oder ob sie überhaupt in eine Gewerkschaft einzutreten wünschen. Für viele dieser Staatsbürger ist die Ausübung ihrer Freiheit gleichbedeutend mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Das Prinzip der Zwangsgewerkschaft kann zu folgenden erstaunlichen Vorgängen führen. Ein Familienvater namens X. ist mehr als zwanzig Jahre lang ein treues Gewerkschaftsmitglied gewesen. Als die United Electrical Workers die anerkannte Gewerkschaft für seinen Betrieb wurden, weigerte er sich ihr beizutreten, weil sie von Kommunisten beherrscht ist, ein Urteil, das auch der Zentralverband (Congress of Industrial Organizations, CIO) fällte, als er die UEW im Jahre 1950 ausschloß. Das Ergebnis? Da der Arbeitgeber ein Abkommen mit der UEW als alleiniger Gewerkschaft hatte, verlor X. seine Stellung.

*Es gibt hiergegen nur ein Heilmittel: Die Freiheit des Zusammenschlusses gesetzlich zu schützen.* Und darum unterstütze ich entschieden eine Gesetzgebung der Staaten zur Sicherung des Rechts auf Arbeit, durch die Abmachungen untersagt wer-

den, die die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zur Bedingung der Anstellung machen. Solche Gesetze haben die Wirkung, das Bild des heutigen Amerika von einem häßlichen Schandfleck zu befreien. Es ist mir unverständlich, warum so viele Leute, die sich sonst doch so oft für »Bürgerrechte« und »Bürgerfreiheit« erhitzen, so heftig gegen diese Art der Freiheit opponieren. Vereinigungsfreiheit ist eins der Naturrechte des Menschen. Darum sollte es natürlich auch ein »Bürgerrecht« sein. Recht-auf-Arbeit-Gesetze gründen sich auf das Naturrecht. Sie wollen nichts anderes als der Vereinigungsfreiheit den zusätzlichen Schutz des bürgerlichen Rechts gewähren.

Ich kenne sehr gut das »Schwarzfahrer«-Argument, mit dem Gewerkschaftsführer die Zwangsgewerkschaft verteidigen. Es will besagen, daß ein Mann, der nicht das Fahrgeld bezahlt, auch nicht mit der Bahn fahren darf. Ich wüßte allerdings von keinem Fall, wo jemand zum Einsteigen in die Bahn gezwungen worden wäre. Und ich kenne keine andere Institution oder Organisation, die eine solche Theorie gewaltsam durchsetzen wollte. Das Rote Kreuz hilft mittelbar oder unmittelbar uns allen, aber kein Mensch *kommt auf die Idee, Stiftungen für das Rote Kreuz zwangsweise einzutreiben.* Es ist etwas anderes, zu sagen, Du *solltest* zu einer Gewerkschaft Deinen Obolus beitragen, die behauptet, in Deinem Interesse zu arbeiten, – als zu sagen, Du *m u ß t* es tun. Ich meine, ein Mann sollte einer Gewerkschaft beitreten, die eine gute Gewerkschaft ist und den Interessen ihrer Mitglieder dient. Ich glaube darüber hinaus, daß die meisten Leute eine Gewerkschaft unterstützen *werden,* vorausgesetzt, daß sie diese Unterstützung verdient. Es wird natürlich immer Menschen geben, die versuchen, an

anderen zu schmarotzen; aber wir sollten doch nicht unsere Verachtung für diese Art von Menschen dadurch ausdrücken, daß wir *allen* Menschen die Freiheit der Wahl vorenthalten.

Das weitere Argument der Gewerkschaftsführer, eine Gesetzgebung zur Sicherung des Rechts auf Arbeit sei darauf gerichtet, die Gewerkschaften bankrott zu machen, entspricht einfach nicht den Tatsachen. Eine jüngst durchgeführte Untersuchung ergab, daß *alle neunzehn Staaten, die solche Gesetze erlassen haben, eine Steigerung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zu verzeichnen hatten.* Ebenso nützlich ist es, sich daran zu erinnern, daß die Gewerkschaftsbewegung in der ganzen Welt immer dort aufblühte, wo sie sich auf dem Boden der Freiwilligkeit entfalten konnte. Entgegen der bei uns weitverbreiteten Annahme ist die Zwangsgewerkschaft für die Freie Welt nicht typisch. Sie herrscht in den USA und in England vor, aber in den anderen westeuropäischen Ländern und in Australien ist die Mitgliedschaft im allgemeinen freiwillig. Der höchste Prozentsatz organisierter Arbeiter findet sich in Ländern, die Zwangsbeitritt durch Gesetz verbieten. Die Gewerkschaften in diesen Staaten gehen mit der Voraussetzung an ihre Arbeit heran, daß eine Gewerkschaft stärker und besser ist, wenn sie auf dem freien Willen ihrer Mitglieder ruht.

Hier scheint sich mir ein sinnvoller Weg zu eröffnen, Korruption und Schiebung in der Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen. Solange Gewerkschaftsführer die Arbeiter in ihre Organisation zwingen können, haben sie keine Veranlassung, verantwortlich zu handeln. Sobald aber die Arbeiter frei darüber befinden können, einer Organisation je nach deren Verhalten beizutreten oder nicht, würde damit ein unwidersteh-

licher Druck zur Ausmerzung von üblen Praktiken ausgeübt werden. Wenn die Gewerkschaften gezwungen wären, sich das Vertrauen der Arbeiterschaft zu verdienen, so wäre das Ergebnis nicht nur mehr Freiheit für den Arbeiter, sondern auch sehr viel weniger Unehrlichkeit und Großspurigkeit in der Leitung der Organisationen.

*Politische Freiheit.* Auf zweierlei Weise üben wir unsere politische Freiheit aus. Die eine ist die Stimmabgabe für den Kandidaten unserer Wahl, die andere ist die Unterstützung des Wahlfonds unseres Kandidaten, um möglichst viele Wähler zu überzeugen, die gleiche Entscheidung wie wir zu treffen. Wenn eine dieser Freiheiten verletzt wird, ergeben sich ernste Konsequenzen nicht nur für den einzelnen Wähler, sondern für die gesamte Gesellschaft, deren freie politische Entfaltung auf der möglichst weiten Verbreitung der politischen Macht beruht.

Hinsichtlich der Unterstützung politischer Wahlfonds verstoßen die Gewerkschaften schwer gegen die amerikanische Forderung nach politischer Freiheit. Sie tun das, indem sie das Geld ihrer Mitglieder ohne vorherige Zustimmung für Zwecke ausgeben, die das einzelne Mitglied bejahen mag oder nicht, für Zwecke, über die eine relativ kleine Zahl von Gewerkschaftsführern entscheidet. Der größte Geldgeber innerhalb der Arbeitsorganisation ist wohl das Komitee für politische Erziehung (COPE) der AFL/CIO (American Federation of Labor/Congress of Industrial Organizations), das in seinem »erzieherischen« Werk völlig mit Gewerkschaftsmitteln finanziert wird.

Es ist unmöglich, die genauen Summen zu nennen, die die Gewerkschaften für politische Wahlkämpfe ausgeben; ganz gewiß kann man sich nicht an die offiziell angegebenen Zahlen

halten, die durchweg ein völlig verzerrtes Bild liefern. Im Jahre 1956 beispielsweise wurde offiziell eine Summe von 941.271 Dollar bekanntgegeben. Nach diesem offiziellen Bericht wurden davon 79.939 Dollar im Staate Michigan verausgabt. Indessen brachte eine Senats-Untersuchung zu Tage, daß in jenem Jahr jedes der 700.000 Gewerkschaftsmitglieder in Michigan mit einer Zahlung von 1,20 Dollar als Beitrag zu einem »Bürgerschafts-Fonds« belegt wurde und daß diese Gelder für politische Aktivitäten verwendet wurden. Daraus dürfte man schließen können, daß in Michigan allein aus dieser Quelle nahezu eine Million Dollar ausgegeben wurde anstatt der erwähnten 79.000 Dollar. Wenn wir diese Ziffer auf die gesamten Vereinigten Staaten übertragen, erhalten wir eine realistische Vorstellung von dem politischen Einfluß der Gewerkschaften.

Die politische Aktivität der Gewerkschaften ist natürlich nicht auf die Zahlung von Wahlgeldern beschränkt. Das ist vielmehr einer ihrer geringsten Einsätze. Die Gewerkschaften stellen Arbeitskräfte für die zahlreichen Aufgaben des Wahltages, für Telephon-Anrufe, Autofahrten, Personal für die Wahllokale etc. Häufig werden die Gewerkschafts-Angehörigen, die diese Aufgaben übernehmen, aus den Kassen ihrer Organisation für ihren Lohnausfall entschädigt. Die Gewerkschaften finanzieren auch Radio- und Fernseh-Programme und verteilen eine beträchtliche Menge von Drucksachen zur Unterstützung des Kandidaten ihrer Wahl. Kurz gesagt: Sie erfüllen alle Funktionen einer regulären Parteiorganisation.

Das Schlimme dabei ist zwiefach. Einmal wird die Entscheidung der Gewerkschaft, den Kandidaten X. oder Y., den Kan-

didaten der Republikaner oder der Demokraten zu unterstützen, nicht durch eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern erreicht. Diese Entscheidung wird von einer Handvoll von Spitzenfunktionären getroffen. Diese paar Männer sind also aufgrund ihrer Fähigkeit, fremder Leute Geld auszugeben, imstande, eine gewaltige politische Macht auszuüben. Niemand sonst in Amerika hat ein solches Vorrecht.

Das zweite Übel ist noch ernster. Dem einzelnen Gewerkschaftsangehörigen wird das Recht verweigert, selbst zu bestimmen, wofür er sein Geld ausgibt. Hier kommt eine moralische Frage ins Spiel. *Ist es moralisch zulässig, Geld von einem republikanisch gesinnten Mitglied zu nehmen und es zur Unterstützung eines demokratischen Kandidaten zu verwenden?* Das Zerrbild wird verständlicherweise noch schiefer, wenn das Geld in Form von Zwangsbeiträgen eingezogen wird. In Betrieben, die Abkommen mit Zwangsgewerkschaften haben (union shop conditions), ist der einzige Ausweg eines Bürgers, der dem Zwang zur Unterstützung einer Partei, die er nicht billigt, entgehen will, seine Arbeit preiszugeben.

Der Erlaß von Gesetzen, die das Recht auf Arbeit schützen, wird in dieser Hinsicht hilfreich sein. Aber die Gewerkschaft auf eine freiheitliche Basis zu stellen, ist nur ein Teil der Antwort. Denn selbst wenn ein Mann eine Gewerkschaft verlassen oder ihr nicht beitreten will, die Geld für Zwecke ausgibt, die er nicht billigt, so kann es doch noch andere Gründe geben, die ihn daran hindern. In manchen Gemeinden wird ein intensiver wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Druck zum Beitritt zur Gewerkschaft ausgeübt, ganz unabhängig von der Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Dadurch kann

ein Arbeitnehmer sich veranlaßt sehen, einer Gewerkschaft beizutreten, obgleich er ihre politischen Tendenzen mißbilligt. Daher bleibt die Frage bestehen: Sollen die Beiträge dieses Mitgliedes zu politischen Zwecken verwendet werden? Die Antwort lautet eindeutig: Nein! Gewerkschaften dienen doch dem Zweck, ihren Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, nicht für sie politische Dienste zu leisten. Daher sollte den Gewerkschaften jede politische Aktivität versagt sein. Nach meiner Ansicht untersagt der Federal Corrupt Practices Act jede solche Tätigkeit. Dieses Gesetz ist mit den Ausreden über die »Erziehung« und anderen Ausflüchten umgangen worden; und der Kongreß und die Gerichtshöfe haben ein Auge zugedrückt. Das einzige Heilmittel, das hier wohl noch helfen kann, ist eine neue Gesetzgebung.

*Um die politische Macht so weit und so breit wie möglich zu verteilen, sollten geldliche Zuwendungen zu politischen Kampagnen von Einzelpersonen und nur von Einzelpersonen geleistet werden.* Ich sehe keinen Grund, warum Gewerkschaften – oder auch Aktiengesellschaften – in die Politik eingreifen sollten. Beide sind zu wirtschaftlichen Zwecken gegründet worden und sollten auch auf diese Zwecke begrenzt bleiben.

*Wirtschaftliche Freiheit.* In Amerika werden in diesen Jahren immer häufiger Besorgnisse über die Fähigkeit von Big Labor laut, seinen Willen und selbst seine Launen dem ökonomischen Leben unseres Volkes aufzuzwingen. Der seinerzeitige große Stahlstreik und die Art seiner Beilegung bildeten die deutlichste Illustration für die Geschicklichkeit der Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen des Volkes ihren Weg zu gehen. Als der Streik begann,

waren sich neutrale Beobachter – einschließlich der Labor-freundlichen Wirtschaftssachverständigen in der Regierung – darüber einig, daß die Forderungen der Stahlarbeiter exorbitant hoch seien und unvermeidlich zu weiterer Inflation führen würden; und daß die Stahlindustrie ganz im Recht sei mit ihrer Behauptung, daß einige der geforderten »Arbeitsbedingungen« Unergiebigkeit und verzögerte Produktion bewirken würden. Dennoch wurden die Stahlwerke gezwungen, eine Regelung anzunehmen, die eine Abänderung dieser »Arbeitsbedingungen« auf unabsehbare Zeit unmöglich machen, und einen beträchtlichen Teil der Lohnforderungen der Gewerkschaft zu erfüllen.

Der Grund für den Sieg der Gewerkschaft ist sehr simpel: Sie stellte uns vor die Wahl, entweder die Stahlerzeugung in einem Maße zu unterbrechen, das die Sicherheit der Nation gefährdete, oder aber das Mittel der Kollektiv-Verhandlungen aufzugeben. Da weder bei den Stahlfirmen noch sonst im Lande die Neigung bestand, zu einer Zwangsschlichtung zu greifen, blieb nur übrig, den Gewerkschaften zu geben, was sie verlangten. In dieser Situation war die einzige Kraft, die der Gewerkschaftsgewalt überlegen war, die Macht der Regierung, und diese Regierung entschied sich für's Nachgeben.

Für die Regierung gibt es die Möglichkeit, die Macht der Gewerkschaft dadurch im Zaum zu halten, daß sie im Wege der Zwangsschlichtung die Arbeitsbedingungen für einen ganzen Industriezweig diktiert. Ich bin gegen diese Methode, weil sie einfach die wirtschaftliche Macht von den Gewerkschaften auf die Regierung überträgt und damit dem Staats-Sozialismus Auftrieb gibt. Die andere Methode wäre, die Übermacht der

Gewerkschaften aufzulösen und so die Freiheit in den Beziehungen zwischen den Arbeitspartnern wiederherzustellen.

Vor achtzig Jahren sah sich unser Land einer vergleichbaren wirtschaftlichen Machtballung gegenüber. Große Gesellschaften hatten eine monopolartige Machtstellung in ganzen Industriezweigen an sich gerissen und damit das Gesetz des Wettbewerbs annulliert, das eine wichtige Grundlage der wirtschaftlichen Freiheit ist. Wir reagierten auf diese Herausforderung, indem wir Monopole für rechtswidrig erklärten und den Sherman Act und andere Anti-Trust-Gesetze erließen. *Diese Gesetze sind aber niemals auf die Gewerkschaften angewendet worden!* Und ich kann nicht begreifen, warum. Wenn es unrecht ist, daß eine einzelne Gesellschaft einer ganzen Industrie die Preise diktiert, dann ist es auch unrecht, wenn eine einzelne Gewerkschaft – oder, wie es in Wirklichkeit aussieht, eine kleine Zahl von Gewerkschaftsführern – die Löhne und die Arbeitsbedingungen einer ganzen Industrie aufzwingt.

*Der Fehler, der ausgemerzt werden muß, ist die Macht der Gewerkschaften, Verhandlungen für eine ganze Industrie durchzusetzen.* Die Arbeitnehmer eines Betriebes haben das Recht, einen gemeinsamen Agenten für Verhandlungen mit *ihrem* Arbeitgeber zu wählen, aber sie haben kein Recht, einen Vertreter für das ganze Land für Verhandlungen mit den Arbeitgebern des ganzen Landes zu bestimmen. Wenn eine Gewerkschaft die Macht hat, einheitliche Arbeitsbedingungen in ganz Amerika zu erzwingen, dann ist diese Macht vergleichbar mit einer Regierung in einem sozialistischen Staat.

Unternehmer dürfen sich – mit gutem Grund – nicht durch geheime Verabredungen binden. Die gleichen guten Gründe

gelten auch für die Gewerkschaften. Preisbindung für eine ganze Industrie verursacht Verwirrung! Das gleiche bewirken Lohnbindungen für eine ganze Industrie! Ein Lohn, der in einem Teil des Landes angemessen ist, mag in einem anderen Gebiet unbillig sein, wo ganz andere wirtschaftliche Bedingungen herrschen. Monopole stören das Funktionieren des freien Marktes und beeinträchtigen so den Verbraucher. Das gleiche tun Gewerkschaftsmonopole. Wenn die United Automobile Workers eine Lohnerhöhung von der Autoindustrie verlangen, so steht ein einzelner Monolith gegen eine Anzahl einzelner, gegeneinander im Wettbewerb stehender Firmen. Die Waffen sind nicht gleich, denn die Gewerkschaft hat es in der Hand, ein Werk gegen das andere auszuspielen. Das Resultat ist: Die einzelne Firma kann den überhöhten Lohnforderungen nicht widerstehen und muß, um sie auszugleichen, ihre Preise erhöhen. Der Verbraucher ist wiederum der Letzte, der den Schaden trägt. Er muß Preise zahlen, die nicht durch den Wettbewerb auf dem freien Markt nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt sind, sondern durch die willkürliche Entscheidung von Führern einer zentralen Gewerkschaft. Weit besser wäre es also, wenn die Arbeiter von Ford mit Ford und die von Chrysler mit Chrysler zu verhandeln hätten. Der kollektive Verhandlungsprozeß wird in allen Industriezweigen zum allgemeinen Besten führen, wenn er von den unmittelbar betroffenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt wird.

Rufen wir zum Krieg gegen alle Monopole auf, seien es Gewerkschaften oder Unternehmungen. Der Feind der Freiheit ist unbeschränkte Macht. Die Vorkämpfer der Freiheit kämpfen gegen jede Machtzusammenballung, wo sie sich finden mag.

# 7 | *Steuern und Ausgaben*



Wir haben unser Leben lang viel über die hohen Steuern klagen hören, aber geschehen ist wenig. Wo ist der Politiker, der seiner Wählerschaft nicht versprochen hätte, auf Leben und Tod für Steuersenkungen zu kämpfen, und der nicht hinging und für neue Ausgaben stimmte, die Steuersenkungen unmöglich machten? Es gibt einige, denen dieser Schuh nicht paßt, aber ich fürchte, es sind sehr wenige. Gespräche über Steuersenkung sind zu einem scheinheiligen Gerede geworden. Die Leute hören es, aber sie glauben nicht daran. Und schlimmer: Je zynischer das Publikum wird, desto weniger fühlen sich die Politiker veranlaßt, ihre Versprechungen ernst zu nehmen.

Ich hege den Verdacht, daß dieser Teufelskreis von Zynismus und gebrochenen Versprechungen im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß es den Liberalen gelungen ist, die moralischen Prinzipien, mit denen auch die Steuerfrage innerlich verbunden ist, zu zerreden. Man hat uns dazu gebracht, die Besteuerung lediglich als ein Problem der öffentlichen Finanzierung zu betrachten: Wieviel Geld braucht die Regierung? Wir sind dazu verleitet worden, die Bedeutung der Besteuerung für die Frage der individuellen Freiheit zu übersehen und oft ganz zu vergessen. Man hat uns eingeredet, die Regierung habe einen unbeschränkten Anspruch auf den Besitz der Bevölkerung, und es komme nur noch auf die Frage an, welchen

Teil ihres Anspruchs die Regierung jeweils verwirklichen wolle. Der amerikanische Steuerzahler hat nach meinem Empfinden das Vertrauen in s e i n e n Anspruch auf sein Geld verloren. Er ist in seinem Widerstand gegen hohe Steuern durch das Gefühl gehandikappt worden, er sei durch die Natur der Dinge verpflichtet, jedem beliebigen Anspruch der Regierung nachgeben zu müssen.

Die »Natur der Dinge« aber sieht ganz anders aus. Die Regierung hat keinen unbegrenzten Anspruch auf das Einkommen der Bürger. Eine der vornehmsten Regeln des Naturrechts ist des Menschen Recht auf seinen Besitz und auf die Nutzung seines Besitztums. Und das Einkommen eines Menschen ist sein Besitztum so wie sein Land und das Haus, in dem er lebt. Im Industriezeitalter ist das Einkommen sogar die vorherrschende Art von Eigentum. Seit Jahrzehnten ist es allerdings Mode geworden, »Eigentumsrechte« zu verketzern, sie mit Habgier und materialistischem Denken zu verunglimpfen. Dieser Angriff auf das Recht zum Eigentum ist aber in Wirklichkeit ein Angriff auf die Freiheit. Er entspringt dem Unvermögen unserer Zeit, den g a n z e n Menschen in Betracht zu ziehen. Wie kann ein Mensch in Wirklichkeit frei sei, wenn man ihm die Mittel vorenthält, diese Freiheit auszuüben? Wie kann er frei sein, wenn die Früchte seiner Arbeit nicht in seiner Verfügung sind, sondern in einem gemeinsamen Topf verschwinden, in dem der öffentliche Wohlstand gesammelt wird? Eigentum und Freiheit sind unzertrennlich. In dem Umfang, in dem eine Regierung das eine an sich reißt, zerstört sie das andere.

Hier sind einige Angaben, wie die Besteuerung heute un-

sere Freiheit einengt. Ein Familienvater mit einem Jahreseinkommen von 4.500 Dollar arbeitet im Durchschnitt 22 Tage im Monat. Die Steuern, die sichtbaren und die unsichtbaren, die direkten und die indirekten, nehmen ihm annähernd 32% seiner Einnahmen. Das heißt, daß ein Drittel oder sieben ganze Tage seiner Arbeit für die Steuer geleistet werden. Der Durchschnitts-Amerikaner arbeitet also ein Drittel seiner Zeit für die Regierung. Ein Drittel seines Ertrages ist seiner eigenen Verfügung entzogen, weil es von anderen Leuten, die es nicht verdient haben, beschlagnahmt und verbraucht wird. Wir haben also festzustellen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika bereits zu einem Drittel »sozialisiert« sind. Der verstorbene Senator Taft gebrauchte dieses Argument häufig. Er sagte: »Man kann ebensogut sozialisieren, indem man die Steuerlast noch über die bereits erreichten 30% hinauftreibt, wie man auch durch staatliche Konfiskation sozialisieren kann. Die Auferlegung hoher Steuern ist eine Beschränkung der Freiheit des Menschen.«

Aber neben der Erkenntnis, daß jeder Mensch ein unwandelbares Recht auf Eigentum hat, muß auch die weitere Erkenntnis stehen, daß jeder Bürger verpflichtet ist, einen gerechten Anteil zu den legitimen Funktionen seiner Regierung beizutragen. Die Regierung hat, mit anderen Worten, einen *gewissen* Anspruch auf unser Geld, und das Problem liegt darin, diesen Anteil so zu bestimmen, daß er die Eigentumsrechte des Bürgers gebührend berücksichtigt.

Der Umfang des gerechten Anspruchs der Regierung, d. h. der Gesamtbetrag, den sie in Form von Steuern erheben darf, wird dadurch bestimmt, wie wir den Begriff »legitime Funk-

tionen der Regierung« definieren. Hinsichtlich der Bundesregierung ist die amerikanische Verfassung der richtige Maßstab der Legitimität: Ihre legitimen Machtbefugnisse sind die, die die Verfassung ihr zugeteilt hat. Wenn wir daher der Verfassung gemäß vorgehen, wird die gesamte Steuerrechnung der Bundesregierung d e n Kosten entsprechen, die unsere Abgeordneten zur Ausübung der der Bundesregierung delegierten Zuständigkeiten im nationalen Interesse für erforderlich halten. Wenn aber, umgekehrt, die Bundesregierung Unternehmungen startet, die nicht durch die ihr delegierten Zuständigkeiten gedeckt sind, dann übersteigen die Steuerforderungen, die zur Finanzierung solcher Programme gestellt werden, den rechtmäßigen Anspruch der Regierung auf unsere Mittel.

Die Art, wie die Steuern auf den einzelnen Steuerzahler verteilt werden, gehört ebenfalls zu unserer Definition. Was ist ein »gerechter Anteil«? Ich glaube, daß die Forderungen der Gerechtigkeit hier völlig klar liegen. *Die Regierung hat das Recht, einen gleichen Anteil am Eigentum jedes Menschen zu beanspruchen und nicht mehr.* Vermögenssteuern werden genau diesem Maßstab entsprechend erhoben. Das gleiche gilt für Zölle und Umsatzsteuern, obgleich diese Steuern eher auf eine Transaktion als auf ein Besitztum erhoben werden. *Das Prinzip ist aber auch in gleicher Weise gültig für Einkommen, Erbschaften und Schenkungen.* Der Gedanke, daß ein Mann, der 100.000 Dollar im Jahr verdient, mit 90% davon die Regierung finanzieren soll, während ein Mann mit 10.000 Dollar Gehalt mit 20% besteuert wird, dieser Gedanke ist nach meinen Vorstellungen von Gerechtigkeit abstoßend. Ich halte nichts davon, den Erfolg zu bestrafen. Um es allgemeiner aus-

zudrücken: Es widerspricht meiner Meinung nach dem naturgegebenen Recht auf Eigentum und ist damit unmoralisch, einem Menschen, dessen Arbeit mehr Früchte getragen hat als die seines Nachbarn, den Genuß dieses Wohlstands zu verweigern. Wenn hiergegen eingewendet wird, die Regierung sei auf diesen höheren Steueranteil angewiesen, so entspricht das nicht den Tatsachen. Das gesamte Ergebnis der Einkommensteuer jenseits der 20%-Grenze beträgt weniger als 5 Milliarden Dollar, das ist weniger als die Bundesregierung zur Zeit allein auf dem Sektor der Landwirtschaft ausgibt.

Die progressive Steuer ist nichts anderes als eine Art der *Beschlagnahme.* Ihre Wirkung und weitgehend auch ihre Absicht ist es, alle Menschen auf ein gemeinsames Niveau herunterzudrücken. Viele der führenden Verfechter der progressiven Besteuerung geben offen die Absicht zu, das National-Vermögen neu zu verteilen. Ihr Ziel ist eine egalitäre Gesellschaft, ein Ziel, das sowohl der Charta unserer Republik wie auch den Naturgesetzen Gewalt antut. Wir sind alle gleich vor Gott, – aber wir sind gleich *in keiner anderen Hinsicht.* Künstliche Manipulationen zur Erzwingung von Gleichheit unter ungleichen Menschen müssen zurückgewiesen werden, wenn wir diese Charta wieder zur Geltung bringen und diese Gesetze achten wollen.

Eine Aufgabe auf dem Gebiet der Besteuerung ist es also, die Gerechtigkeit wiederherzustellen und die progressive Methode aus unseren Steuergesetzen verschwinden zu lassen; und je schneller wir das besorgen, desto besser.

Die andere Aufgabe, deren Lösung von größter Bedeutung für unser tägliches Leben sein wird, ist die Steuersenkung. Und

damit kommen wir zu der Frage der Regierungs-Ausgaben. Obgleich manches für den Gedanken spricht, daß das Geldausgeben nicht verringert werden wird, solange noch Geld in der Bundeskasse liegt, glaube ich doch, daß in der Praxis die Ausgaben heruntergeschnitten werden müssen, bevor man die Steuern senken kann. Wenn wir die Steuern senken, bevor über die Ausgabenseite feste und grundsätzliche Entscheidungen getroffen wurden, dann ermuntern wir die Pumpwirtschaft mit ihren unvermeidbaren inflatorischen Folgen.

Gerade auf diesem Gebiet der Staatsausgaben sind die Darbietungen der Republikanischen Partei in ihren sieben Regierungsjahren ganz besonders enttäuschend gewesen.

Im Sommer 1952, kurz nach dem Republikanischen Konvent zur Wahl des Präsidentschaftskandidaten, trafen sich die beiden Männer, die sich in dieser Wahl gegenübergestanden hatten, in Morningside Heights (New York), um das Thema der Einnahmen und Ausgaben zu besprechen. Nach dieser Aussprache verkündete Senator Taft: »General Eisenhower stimmte begeistert meinem Vorschlag einer drastischen und generellen Ausgabensenkung zu. Unser Ziel ist ein Etat von 70 Milliarden Dollar im Rechnungsjahr 1954 (Präsident Truman hatte 81 Milliarden geplant) und 60 Milliarden für das Jahr 1955... Natürlich hoffen wir, noch mehr einsparen und für einen ständigen Abbau der Ausgaben sorgen zu können.« Nach dieser Verlautbarung wurde der Gedanke eines 60 Milliarden-Etats für 1955 mitsamt dem Versprechen weiterer zukünftiger Sparsamkeit zu einem der wichtigsten Wahlschlagworte der Republikaner.

Nun wäre es traurig genug, wenn wir nur in unserem Ver-

sprechen versagt hätten, die Ausgaben zu reduzieren. In der Tat aber sind die Ausgaben der Bundesregierung unter den Republikanern erheblich *gestiegen.* Anstelle eines 60 Milliarden-Etats standen wir im Steuerjahr 1961 vor einer 80 Milliarden-Rechnung. Wenn wir zu den formellen Budget-Ziffern noch die Summen für den sog. Trust-Fonds für die Sozial-Versicherung und für das Bundesstraßen-Netz zählen – was man tun muß, will man ein realistisches Bild der Bundesausgaben gewinnen – dann kommen wir in die Nähe von 95 Milliarden Dollar!

Man erzählt uns oft, daß die Erhöhung der Bundesausgaben nur die Erhöhung der Verteidigungskosten widerspiegele. Das ist nicht wahr. Im vergangenen Jahrzehnt sind die Ausgaben für reine innenpolitische Angelegenheiten von 15,2 Milliarden im Rechnungsjahr 1951 auf einen Kostenanschlag von 37 Milliarden für 1961 gestiegen, den Zinsendienst auf die Staatsschuld nicht gerechnet. Das ist ein Zuwachs von 143%! Wenn wir die Ziffern im einzelnen nehmen, sieht die Sache so aus: In den letzten fünf Jahren der Truman-Regierung stiegen die jährlichen Bundesausgaben für innere Zwecke auf durchschnittlich 17,7 Milliarden, während der letzten fünf Jahre der Eisenhower-Regierung waren es 33,6 Milliarden, also ein Zuwachs von 89%.

Eine gewisse Marge müssen wir natürlich auf die Bevölkerungsvermehrung verrechnen; das gleiche Wohlfahrtsprogramm ist teurer, wenn mehr Leute zu versorgen sind. Doch dadurch wird unsere Ausgabenwirtschaft nur zum geringsten Teil gerechtfertigt. In jenen zehn Jahren, in denen der Bundeshaushalt um 143% aufgebläht wurde, betrug der Bevölkerungs-

anstieg ganze 18%. Auch die schleichende Dollar-Entwertung kann nicht zur Entschuldigung herangezogen werden. In den zehn Jahren verlor der Dollar nur knapp 20% seiner Kaufkraft. Schließlich hören wir auch oft, daß wir das steigende Volkseinkommen in Betracht ziehen müssen, wenn wir die Generosität der Bundesbehörden verstehen wollen. Aber auch die 40-prozentige Vermehrung des amerikanischen Sozialprodukts im letzten Jahrzehnt steht in keinem Vergleich zu der 143-prozentigen Ausweitung des Bundeshaushalts. Wir können also der Schlußfolgerung nicht ausweichen, daß wir Republikaner die Ausgabefreudigkeit des Bundes nicht gehemmt, sondern das Tempo der kalten Sozialisierung beschleunigt haben.

Das soll keineswegs heißen, daß die Dinge sich unter einer demokratischen Regierung etwa anders entwickelt hätten. Jedes Jahr haben die Führer der Demokratischen Partei von der Bundesregierung höhere Ausgaben verlangt und die Vorschläge der Republikaner noch in den Schatten gestellt. *Als Präsident Eisenhower beispielsweise sein Budget für 1961 vorlegte, veröffentlichte die Demokratische Partei durch ihren Democratic National Advisory Council ein Manifest, das zu großzügigster Finanzierung fast aller Zweige der Bundesverwaltung aufrief. Allein für innerpolitische Aufgaben hätte das eine Etaterhöhung von kaum weniger als 20 Milliarden Dollar im Jahr ausgemacht.*

Ich will damit sagen, daß keine unserer Parteien das Problem der Regierungsausgaben ernstlich angepackt hat. Die Empfehlungen der Hoover Commission, die für den Steuerzahler rund sieben Milliarden hätten einsparen können, wur-

den größtenteils ignoriert. Aber auch diese Empfehlungen richteten sich hauptsächlich nur gegen extravagante und verschwenderische Vorhaben und trafen nicht den Kern des Problems. Die Wurzel des Übels ist darin zu finden, daß die Bungesregierung sich auf Gebieten betätigt, wo sie laut Verfassung nichts zu suchen hat. Solange die Bundesregierung ihre Zuständigkeit auf einem gegebenen Felde sozialer oder wirtschaftlicher Betätigung behauptet, kann man ihr die Finanzierung der entsprechenden Kosten nicht vorenthalten. Solange beispielsweise Washington seine Verantwortlichkeit für die Erziehung aufrecht erhält, solange wird auch die Bundeshilfe auf diesem Gebiet anwachsen, zumindest in direktem Verhältnis zu den Gesamtkosten für die Unterhaltung von Amerikas Schulen. *Der einzige Weg, die Ausgabenwirtschaft wesentlich zu beschneiden, führt allein über die Preisgabe jener Programme, für die das Geld hinausgeworfen wird.*

Die Zentralregierung muß endlich damit beginnen, sich aus einer ganzen Reihe von Unternehmungen zurückzuziehen, die außerhalb ihres konstitutionellen Mandats liegen, von der sozialen Wohlfahrt, Erziehung, Elektrizitätswirtschaft, Landwirtschaft, Bauwirtschaft, städtischen Sanierung bis zu all den anderen Tätigkeiten, die besser auf der unteren Regierungsebene, durch private Gemeinschaften oder durch den einzelnen Bürger erledigt werden können. Ich schlage natürlich nicht vor, Washington solle alle diese Tätigkeiten über Nacht fallen lassen. Doch ich schlage vor, daß wir durch Gesetz einen verbindlichen Fahrplan für die Etappen dieses Rückzugs aufstellen. Wir könnten z. B. pro Jahr eine zehnprozentige Ausgabensenkung auf all den Gebieten ins Auge fassen, auf denen

eine Betätigung des Bundes unerwünscht ist. Nur durch einen solchen entschlossenen Angriff auf das Prinzip unbegrenzter Regierungsgewalt wird das amerikanische Volk von seiner Steuerlast erlöst werden und seine Freiheit wiedergewinnen können.

Und wir wollen vor allem nie vergessen, daß es im Interesse unseres ganzen Volkes liegt, Steuern und Ausgaben zu senken. Das Bedürfnis nach »wirtschaftlichem Wachstum«, wovon wir heute soviel hören, wird nicht dadurch befriedigt, daß unsere Wirtschaftskräfte von der Bundesregierung an den Zügel genommen, sondern dadurch, daß sie freigesetzt werden. Durch die Senkung von Steuern und Ausgaben werden wir nicht nur dem Bürger die Mittel zurückerstatten, deren er zur Sicherung von Freiheit und Menschenwürde bedarf, sondern auch unserem Volk die wirtschaftliche Kraft garantieren, die die Grundlage zur Verteidigung seiner Freiheit gegen äußere Feinde ist.

# 8 | *Der Wohlfahrtsstaat*

Washington. – Der Präsident schätzt die Ausgaben des Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt im Rechnungsjahr 1961 einschließlich der Leistungen der Sozial-Versicherung auf über 15 Milliarden Dollar. Damit werden also die Ausgaben der Bundesregierung für die menschliche Wohlfahrt aufgrund der New Deal-Gesetzgebung nur noch von den Ausgaben für die nationale Verteidigung übertroffen.

The New York Times, 18. Januar 1961, Seite 1.

Für lange Jahre schien die Lehre von Karl Marx die Hauptbedrohung für die Freiheit in unserem Lande zu sein. Die Kollektivisten – Kommunisten wie Nichtkommunisten – verfolgten das marxistische Ziel der »Sozialisierung der Produktionsmittel«. So würde also, nahm man an, die Kollektivierung den Weg einer staatlich betriebenen und im Staatsbesitz stehenden Wirtschaft nehmen. Heute aber muß man zweifeln, daß dies noch die Hauptdrohung ist.

Die Kollektivisten haben hier in Amerika und in anderen westlichen Industriestaaten entdeckt, daß unsere freie Wirtschaft die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für einen Klassenkampf eliminiert hat. Gewaltige Produktivität, breite Vermögensstreuung, hoher Lebensstandard, die Ge-

werkschaftsbewegung, diese und andere Faktoren haben jeden Anreiz beseitigt, den es für eine gewaltsame oder friedliche »proletarische« Erhebung und für eine direkte Inbesitznahme der Produktionsmittel gegeben haben mag. Bedeutsamerweise ist dieser Bankrott des doktrinären Marxismus sowohl von der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands wie auch von dem überwiegenden Teil der Labor-Leute in Großbritannien ausdrücklich zugegeben worden. In Amerika ist die Preisgabe der marxistischen Methodik (außerhalb der Kommunistischen Partei natürlich) aus der Bedeutungslosigkeit der Sozialistischen Partei zu erkennen, noch klarer vielleicht aus dem Inhalt der linksgerichteten Literatur und aus den Programmen von linksstehenden politischen Organisationen vom Schlage der Americans For Democratic Action.

Danach ist zur Zeit das Lieblingsinstrument der Kollektivierung der Wohlfahrtstaat. Die Kollektivisten haben ihr Endziel, die Unterwerfung des Individuums unter den Staat, nicht aufgegeben, aber sie haben ihre Strategie geändert. Sie haben gelernt, daß man Sozialismus ebenso durch »Wohlfahrt« erreichen kann wie durch Enteignung. Sie wissen jetzt, daß das Privateigentum ebenso sicher durch Besteuerung konfisziert werden kann wie durch Nationalisierung. Sie wissen, daß das Individuum dem Staat ausgeliefert werden kann nicht nur, indem man den Staat zu seinem Arbeitgeber macht, sondern auch indem man es der Mittel beraubt, für seine eigenen persönlichen Bedürfnisse zu sorgen, indem man dem Staat die Verantwortung für die Erfüllung dieser Bedürfnisse von der Wiege bis zum Grabe überträgt. Sie haben schließlich herausgefunden – und damit sind wir beim kritischen Punkt ange-

langt – *daß »Wohlfahrt« sich viel leichter in die politische Maschinerie einer demokratischen Gesellschaft einfügen läßt.* Mit ihrem Streben nach Enteignung rannten sie gegen einen allgemeinen Widerstand an, aber jetzt sind sie sicher, daß sie ihren Wohlfahrts-Staat errichten können, indem sie einfach Stimmen kaufen mit dem Versprechen »freier« Krankenhauspflege, »freier« Pensionszahlungen und so weiter. Daß diese Rechnung aufgeht, ist aus dem Anteil der Wohlfahrt am Bundesetat ersichtlich, der, wie gesagt, nur noch durch die Verteidigungskosten übertroffen wird. Wobei noch festzustellen ist, daß die Gesamtsumme wesentlich höher ist als die genannte Zahl von 15 Milliarden Dollar, weil man auch die Beträge, die außerhalb des Budgets des Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt stehen, dazurechnen muß wie z. B. die Bundesausgaben für den Wohnungsbau.

Dieser Wechsel in der Strategie der Kollektivisten ist gefährlich. Sozialismus durch Wohlfahrt birgt eine viel größere Gefahr in sich als Sozialismus durch Enteignung, und zwar genau deswegen, weil er viel schwieriger zu bekämpfen ist. Die Folgen der Enteignung sind schlagartig zu spüren, sie liegen auf der Hand. Die Folgen der »Wohlfahrt« sind verschleiert und machen sich nur langsam bemerkbar. Die Konsequenzen einer Enteignung, sagen wir, der Stahlindustrie und ihrer Bewirtschaftung durch den Staat kann jeder Bürger verstehen und man kann damit rechnen, daß er einen solchen Vorschlag zurückweisen wird. Wenn aber die Regierung ihre öffentlichen Hilfsvorhaben erweitert, so werden wir bestenfalls über die hohen Ausgaben murren. Die Folgen der »Wohlfahrt« werden erst später fühlbar, wenn nämlich ihre Nutznießer zu ihren

Opfern geworden sind, wenn die Abhängigkeit von der Regierung zu einer Sklaverei geworden ist und niemand mehr das Gefängnistor aufschließen kann.

Aber ein weit bedeutenderer Faktor ist der starke Appell der »Wohlfahrt« an die Gefühle so vieler Wähler und damit auch die Verlockung für den Durchschnittspolitiker. Es ist sehr schwierig, für staatlichen Eigentumsraub Propaganda zu treiben. Ganz anders ist es mit der Rhetorik allgemeiner Menschlichkeit. Wie leicht ist es, die Wähler mit ernsten Mahnungen zur Hilfe für die Armen zu bewegen. Und wie schwer ist es für einen Konservativen, sich diesen Forderungen zu widersetzen, ohne den Vorwurf zu erregen, dickfellig und verächtlich seiner Verpflichtung gegenüber den minder begünstigten Bürgern auszuweichen. Hier erweist sich besonders deutlich, warum der konservative Gedanke oft so schlecht vertreten wird.

Ich bin mir dessen bewußt, denn ich werde daraufhin oft genug angesprochen. Haben Sie kein Gefühl für Ihre soziale Verpflichtung?, so fragen die Liberalen. Wollen Sie sich nicht um die Arbeitslosen kümmern? Für kranke Leute, die den Arzt nicht zahlen können? Für Kinder in überfüllten Schulen? Empfinden Sie nicht Mitleid mit den Alten und Invaliden? Sind Sie gegen menschliche Wohlfahrt?

Die Antwort auf all diese Fragen ist klar. Aber damit ist es nicht genug. Die konservative Idee wird sich nicht durchsetzen können, wenn es nicht gelingt, den Unterschied klar zu machen zwischen unserer Sorge, diese Probleme zu lösen, und

---

*Barry Goldwater auf einer Jugendkundgebung in San Francisco mit einem Fez, der ihm gereicht wurde.*


ISLAM
HONOR



unserer Abneigung, die Bundesregierung als die richtige Stelle zu ihrer Lösung anzusehen.

Die unvermeidlichen endgültigen Folgen einer Wohlfahrt-Wirtschaft sind deutlich genug zu sehen: Ein Staat, der seine Bürger zu Wärtern und Kranken erniedrigen kann, hat unbegrenzte wirtschaftliche und politische Macht angesammelt und kann so absolut regieren wie ein orientalischer Despot.

Wie aber wirkt diese »Wohlfahrt« im einzelnen auf den Bürger ein? Man betrachte zunächst die Wirkung dieser Wohlfahrerei auf die Geldgeber ihres Staatsbetriebes, nicht nur jene, die unmittelbar dafür zahlen, sondern auch die, die als Wähler oder Abgeordnete darüber befinden, daß Geldmittel ausgeworfen werden sollen. Versprechen sie sich irgendeinen moralischen Kredit, irgend eine diesseitige oder jenseitige Belohnung dafür, daß sie Mr. X. sein Geld konfisziert und es Mr. Y. gegeben haben?

Oder setzen wir den Fall, Mr. X. stimme einem solchen Programm zu. Er hat für einen Wohlfahrts-Politiker gestimmt, um seinen Mitbürgern zu helfen. Sicherlich ist die Wohltätigkeit seiner Handlung dadurch verwässert, daß er nicht nur über sein eigenes Geld verfügt, sondern auch über das Geld solcher Mitbürger, die vielleicht ganz andere Vorstellungen über ihre sozialen Verpflichtungen haben. Warum stiftet dieser Mann nicht den Teil seines Vermögens, den er für einen gerechten Beitrag zur menschlichen Wohlfahrt betrachtet, einer privaten Hilfsorganisation?

Betrachten wir die Wirkung der »Wohlfahrt« auf den Empfänger. Zunächst verpfändet er sich an die Bundesregierung in Washington. Als Gegenleistung für gewisse Wohl-

taten – für die er in den meisten Fällen noch selbst zahlt – gesteht er der Regierung das Äußerste an politischer Macht zu, nämlich die Macht, über seine eigenen Lebensnotwendigkeiten nach Gutdünken zu befinden, sie zu erfüllen oder sie ihm zu verweigern. Noch schwerer wiegt die Wirkung auf ihn selbst, nämlich die Preisgabe jedes Gefühls der Verantwortlichkeit seinem eigenen Leben, seiner Familie und seinen Nachbarn gegenüber. Vielleicht begreift er nicht gleich, vielleicht begreift er nie, welchen Schaden er damit seinem Charakter zufügt. Das ist eines der großen Übel der Wohlfahrerei, daß sie den Menschen aus einem würdigen, betriebsamen, selbstsicheren *geistigen* Wesen unmerklich zu einer abhängigen Kreatur degradiert. In einem Wohlfahrtsstaat kann man dieser Konsequenz nicht ausweichen. Wohlfahrtsprogramme können das Gefühl nicht hindern, sondern nur fördern, daß die Regierung die Wohltaten dem einzelnen Empfänger schuldet, daß der Empfänger ein Recht, einen Anspruch auf seine Gabe hat. Denn solche Unternehmungen werden im Lande ausdrücklich mit der Begründung propagiert, daß die Regierung *verpflichtet* sei, sich um die Bedürfnisse ihrer Bürger zu kümmern. Kann man diese Botschaft nur jenen verkünden, die für die Wohltaten stimmen, und denen verheimlichen, die sie empfangen sollen? Wie anders ist es mit der privaten Wohlfahrtspflege, wo Geber und Nehmer wissen, daß die Gabe aus menschlichen Impulsen gegeben wird und nicht in Erfüllung eines Anspruchs des Beschenkten.

Wir wollen das edle Gefühl der Menschlichkeit nicht dadurch mißachten, daß wir die Hilfsbereitschaft zu einem technischen Geschäft der Bundesregierung machen. Wir sollten alles

tun, unsere Mitmenschen, die die Möglichkeit dazu haben, in ihrer Hilfe für die Unglücklichen und Bedürftigen zu ermutigen. Aber wir wollen es so tun, daß wir damit das innere wie das äußere Wohlergehen unserer Bürger fördern, in einer Weise, die auch ihre Freiheit erhält. Wohlfahrt sollte kein staatlicher Begriff sein. Sie sollte durch Einzelpersonen und Familien, durch Kirchen, private Krankenhäuser, durch religiöse Organisationen oder durch gemeindliche Einrichtungen betrieben werden. Gegen den Einwand, Privatunternehmungen könnten nicht die notwendigen Mittel aufbringen, steht die Tatsache, daß jeder Pfennig, den die Bundesregierung nicht für ihre Wohlfahrtsprogramme einsetzt, für private Maßnahmen frei wird, ohne den beträchtlichen Zoll, den die Bürokratie in Washington für sich verbraucht. In der Tat sind hohe Steuern, für die die Staatswohlfahrt in hohem Maße verantwortlich ist, das größte Hindernis für die Sammlungen karitativer Organisationen.

Und wenn staatliche Hilfe unerläßlich scheinen sollte, dann wollen wir diese Aufgabe unseren Gemeinden und Bundesstaaten zuweisen, die niemals imstande sein werden, soviel freiheitsfeindliche Macht in ihren Händen anzusammeln.

Der Wohlfahrtsstaat ist kein unvermeidliches Übel, wie seine Fürsprecher uns gern glauben machen wollen. Die Industriegesellschaft oder unsere demokratische Regierungsform ist kein Nährboden, aus dem Tocquevilles Krankenhausordnung notwendig wachsen *muß*. Unsere Zukunft wird wie unsere Vergangenheit das sein, was wir aus ihr machen. Und wir können die Anschläge der Kollektivisten auf unsere persönliche Freiheit abwehren, indem wir den Männern, die unseren

Staat leiten, die eine Wahrheit immer wieder vor Augen halten: Das materielle und das geistige Dasein des Menschen sind unauflöslich miteinander verbunden; der Staat kann keine Verantwortung für die eine Seite beanspruchen, ohne auch auf die andere Seite wesentlich einzuwirken; wenn wir dem Menschen die Verantwortlichkeit für sein materielles Dasein nehmen, so nehmen wir ihm auch den Willen und die Möglichkeit, frei zu sein.

# 9 | *Einige Bemerkungen über Erziehung*



Mit den Verfechtern einer Unterstützung unserer Schulen durch die Bundesregierung in Washington stimme ich insofern überein, als ich wie sie die Erziehung für eines der großen Probleme unserer Tage halte. Leider aber unterscheiden sich ihre Anschauungen über die Natur des Problems von den meinen wie Tag und Nacht. Sie neigen dazu, die Schwierigkeiten auf der quantitativen Seite zu suchen – nicht genug Schulen, nicht genug Lehrer, nicht genug Lehrmittel. Ich glaube, daß die Qualität das Entscheidende ist: Wie gut sind unsere Schulen? *Ihre* Lösung ist es, mehr Geld auszugeben. *Meine* Lösung: das Niveau zu heben. *Sie* wenden sich an die Bundesregierung um Hilfe. *Ich* wende mich an die örtlichen Schulbehörden, an die Privatschulen, an den einzelnen Bürger – so weit weg von der Bundesregierung, wie es nur möglich ist. Und ich bin überzeugt: Wenn wir wüßten, welche dieser beiden Anschauungen über Erziehung sich schließlich durchsetzen wird, dann hätten wir auch die Antwort auf die Frage, ob die westliche Zivilisation überleben oder zugrundegehen wird.

Mit anderen Worten: Ich glaube, daß unsere Fähigkeiten, mit den großen Krisen, die vor uns liegen, fertig zu werden, in gleichem Maßstab anwachsen, wie wir die verlorene Kunst des Lernens wiedergewinnen. Sie werden sich im gleichen Maß-

stabe verringern, wie wir die Verantwortlichkeit für das geistige Training unserer Kinder der Bundesbürokratie zuschieben.

Lassen wir diese Meinungsverschiedenheiten zunächst beiseite und wenden wir uns den vier Gründen zu, warum Bundeshilfe für die Erziehung verwerflich ist, selbst wenn wir der Ansicht wären, das Problem sei im wesentlichen quantitativ.

Erstens ist die Einmischung des Bundes in Erziehungsfragen verfassungswidrig. Es ist heutzutage Mode zu sagen, die Verantwortung für die Erziehung ruhe »traditionell« bei den örtlichen Gemeinden, um nach diesem Vorspruch mit der Empfehlung herauszurücken, daß man zu Gunsten der Bundeshilfe gewisse Ausnahmen von der Tradition zulassen müsse. Aber wir sollten uns daran erinnern, daß diese »Tradition« zugleich das *Gesetz* ist. Sie ist durch die Konstitution der Vereinigten Staaten sanktioniert, denn die Erziehung ist eine jener Zuständigkeiten, die durch den Zehnten Verfassungszusatz den Bundesstaaten vorbehalten ist. Daher muß jedes Hilfsprogramm des Bundes für die Schulen, so wünschenswert es auch erscheinen mag, als illegal betrachtet werden, so lange, bis die Verfassung durch einen neuen Zusatz geändert worden ist.

Der zweite Grund liegt darin, daß die dringende Notwendigkeit für die Heranziehung von Bundesmitteln niemals überzeugend bewiesen worden ist. Es hängt natürlich davon ab, wie man die Frage stellt. Wenn man fragt, braucht der Staat X zusätzliche Mittel auf dem Gebiete der Erziehung?, mag die Antwort Ja lauten. Wenn man aber fragt, braucht der Staat X weitere Mittel, die außerhalb seiner eigenen finanziellen Mittel liegen?, dann lautet die Antwort Nein. Die Konferenz des

Weißen Hauses über Erziehung im Jahre 1955 bemühte sich, wie wir uns alle erinnern, sehr darum, eine allgemeine Zustimmung für die Bundeshilfe zu demonstrieren. Erwartungsgemäß kam die Konferenz zu einer »Übereinstimmung«, daß mehr Bundeshilfe gebraucht werde. Die Konferenz kam aber auch noch zu einem anderen Schluß, der von der Presse freilich kaum bemerkt wurde. Im Konferenzbericht heißt es: »Keiner der auf der Konferenz vertretenen Staaten ist erwiesenermaßen finanziell außerstande, die Schulen zu bauen, die in den nächsten fünf Jahren gebraucht werden«. Was fehle, so fährt der Bericht fort, *sei nicht Geld, sondern eine »politische Entschlossenheit, die stark genug ist, alle Hindernisse zu überwinden.«*

In den anschließenden fünf Jahren haben Kongreßkomitees Hunderte von Stunden Vorträge zugunsten der Bundeshilfe angehört, niemals aber war die Rede davon, daß diese letzte Feststellung vom Jahre 1955 widerrufen werden könnte. Was die Mitglieder der Konferenz von 1955 gesagt hatten und was die Befürworter der Bundeshilfe für Erziehungszwecke seitdem ständig wiederholten, ist kurz folgendes: Weil einige wenige Staaten nicht imstande zu sein scheinen, ihre Schulnöte zu beheben, bleibt der Bundesregierung nichts anderes übrig, als die gesamte Last auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Nach meiner Ansicht ist es Sache der Bevölkerung eines Staates X, durch ihre lokalen Behörden oder ihre Staatsregierung Abhilfe zu schaffen, wenn ihr Staat zwar genügend Mittel hat, um die Kinder sorgfältig zu erziehen, aber es unterlassen hat, seine Mittel dafür einzusetzen. Die Bundesregierung hat weder Recht noch Pflicht zur Einmischung.

Vor allem scheint es mir nötig, das ganze Problem im richtigen Maßstab zu sehen. *Unser Schulsystem ist nicht in Not.* Kurz vor der Senatsdebatte vom Jahre 1960 über die Erhöhung der Bundeshilfe fragte ich den Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, Mr. Arthur Flemming, wieviele der amerikanischen Schuldistrikte effektiv in Schwierigkeiten geraten seien, wieviele nämlich die zulässige Höchstzahl von Schülern erreicht hätten. Flemming antwortete mir, es seien annähernd 230. Nun haben wir, grob genommen, 42.000 Schuldistrikte in Amerika. Die Vorkämpfer für die Bundeshilfe erregen sich also über ein Problem, das nur die Hälfte eines Prozents unserer Schulbezirke betrifft. Ich kann nicht glauben, daß die Regierungen der Bundesstaaten die für diese Gebiete verantwortlich sind, unfähig seien, diese Mängel zu beheben. Zufällig entspricht diese gleiche Ziffer – die Hälfte eines Prozents – auch den Zuständen in meinem eigenen Staate, in Arizona. Arizona aber wies die Bundeshilfe, die unter dem National Defense Education Act von 1958 angeboten wurde, stolz mit der Begründung zurück, seine Bürger seien selbst durchaus im Stande, die Lücke zu schließen.

Da wir schon von Notlage sprechen, ist hier der Ort festzustellen, daß das amerikanische Volk in der Unterstützung seiner Schulen keineswegs geizig gewesen ist. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Amerikaner 550 000 Klassenräume mit einem Aufwand von annähernd 19 Millionen Dollar gebaut, wobei fast die gesamte Summe auf örtlicher Ebene aufgebracht wurde. Diese neuen Bauwerke gaben Raum für mehr als 15 Millionen Schüler während eines Zeitraumes, in dem nur etwa 10 Millionen Schüler hinzukamen. Es ergibt

sich also, daß die erhöhten Ausgaben für das Schulwesen den wachsenden Bedarf reichlich vorweggenommen haben.

Hier sind noch einige Zahlen. Im Schuljahr 1949–50 waren 25 Millionen Schüler in den verschiedenen Erziehungseinrichtungen der Vereinigten Staaten eingeschrieben. Im Jahre 1959–60 waren es 34,7 Millionen, ein Zuwachs von 38%. Während der gleichen Zeit vermehrten sich die Mittel für die Schulverwaltung, die größtenteils aus dem örtlichen Umkreis stammten, von 5,4 Milliarden auf 12,1 Milliarden, ein Zuwachs von 124%. Wenn die Ausgaben für das Schulwesen drei und einhalb mal mehr anwachsen als die Zahl der Schüler, dann braucht man sich wohl keine Sorgen zu machen, ob wohl die »traditionelle« Haltung des amerikanischen Volkes auf dem Gebiete des Schulwesens den modernen Anfordernissen noch gerecht wird.

Die dritte Einwendung gegen die Bundeshilfe richtet sich gegen die Behauptung, die Bundeshilfe sei unentgeltlich, eine Behauptung, die der Bevölkerung ein verzerrtes Bild der Erziehungskosten gibt. Es ist bestürzend, wenn fünf von sechs Oberschülern und jüngeren College-Studenten, die jüngst in Phoenix befragt wurden, sich für Bundeshilfe aussprachen, weil sie der Ansicht waren, Bundeshilfe bedeute mehr Geld für die örtlichen Schulen und erleichtere die Last des Steuerzahlers in Arizona.

In Wahrheit hat natürlich die Bundesregierung keine anderen Mittel als die, die sie von dem einzelnen Steuerzahler in den verschiedenen Staaten erhebt. Das Geld, das die Bundesregierung an den Staat X für Erziehungszwecke zahlt, ist den Bürgern des Staates X in Form von Bundessteuern weg-

genommen worden und kommt zu ihnen zurück, abzüglich einer Washingtoner Makler-Gebühr. Die weniger wohlhabenden Staaten erhalten gewiß etwas mehr als sie zahlen, ebenso wie die reicheren Staaten etwas weniger erhalten. Aber die Unterschiede sind unbeachtlich. Im wesentlichen setzt die Bundeshilfe einfach die Steuererhebung durch die Bundesregierung an die Stelle der Steuererhebung durch die Regierungen der Bundesstaaten. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn wir uns von der falschen Idee frei machen, daß Bundesgeld geschenktes Geld sei, dann erweist sich die Bundeshilfe als ein Akt nackten Zwanges, nämlich als eine Entscheidung der Bundesregierung, die Staaten zu zwingen, für bestimmte Zwecke mehr Geld auszugeben, als sie es freiwillig tun würden.

Der vierte Einwurf wendet sich gegen die Tatsache, daß Bundeshilfe *für* die Erziehung unweigerlich Bundeskontrolle *über* die Erziehung bedeutet. Lange Jahre haben die Verteidiger der Bundeshilfe geleugnet, daß damit eine Kontrolle verbunden sei. Aber nach dem Wortlaut des National Defense Education Acts von 1958 können sie diese Behauptung nicht gut aufrechterhalten. Die Bundeshilfe wird nach diesem Gesetz davon abhängig gemacht, daß die Staaten und die örtlichen Schulbehörden sich den verschiedenen Anforderungen und Bedingungen unterwerfen, die das Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt aufstellt. *Das Gesetz enthält nicht weniger als 12 direkte Kontrollen dieser Art.* Darüber hinaus ist es der eingestandene Zweck des Gesetzes, die örtlichen Erziehungsbehörden dazu zu überreden, größeren Nachdruck auf die Naturwissenschaften und andere Gegenstände zu legen, die unmittelbar mit Verteidigungsfragen zu-

sammenhängen. Ich stelle nicht in Frage, daß es wünschenswert ist, unsere Schüler in den Naturwissenschaften zu fördern. Wenn aber die Bundesregierung diese Förderung durch Hingabe oder Verweigerung von Geldmitteln erzwingen will, dann begreife ich nicht, wie man leugnen kann, daß die Regierung in Washington durch ihre Hilfe den *Inhalt* unserer Erziehung bestimmen will; und der Einfluß auf den Inhalt ist der letzte und nicht der erste Schritt einer Kontrolle.

Niemand sollte sich darüber wundern, daß diese Hilfe zu Kontrollen geführt hat. Es könnte und es *sollte* auch nicht anders sein. Der Kongreß kann nicht das Geld seiner Bürger weitergeben und keine Fürsorge dafür treffen, wofür und wie es ausgegeben wird. Der Kongreß würde seine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler mißachten, wenn er dessen Geld mir-nichts-dir-nichts zum Fenster hinauswürfe ohne Rücksicht darauf, was draußen damit geschieht. Sollte der Kongreß etwa zulassen, daß Bundesmittel dazu verwendet werden, kommunistische Schulen zu unterstützen und damit der Sache des Gegners zu dienen? Natürlich nicht! Doch die Verhinderung eines solchen Mißbrauches ist eine eindeutige Ausübung einer Kontrolle durch den Bund. Der Kongreß wird sich immer veranlaßt fühlen, Bedingungen für die Verwendung der Steuergelder zu stellen. Manche dieser Bedingungen mögen berechtigt sein, aber wir haben keine Garantie gegen unvernünftige Kontrollen, ebensowenig wie wir eine Garantie gegen unvernünftige Kongreßmitglieder haben. Der Fehler liegt nicht in den Kontrollen, sondern darin, daß man Geldmittel verwendet, die Kontrollen erfordern.

So viel über die Nachteile und Gefahren der Bundeshilfe.

Ich betone, daß ich nicht geleugnet habe, daß viele unserer Kinder keine angemessene Erziehung erhalten oder daß das Problem unseren gesamten Staat betrifft. Ich leugne nur, daß diese Art von Problem eine Lösung im Bundesmaßstab erfordert. In dem Umfange, in dem die Schwierigkeiten auf der quantitativen Seite liegen – so weit wir also zu wenig Schulgebäude haben oder einigen unserer Lehrer zu kleine Gehälter zahlen – so weit können diese Schwierigkeiten an Ort und Stelle behoben werden. So weit aber das Problem qualitativ ist – und nach meiner Meinung ist es das hauptsächlich – verlangt es selbstverständlich eine Lösung im örtlichen Bereich. Nirgendwo können Mängel im *Inhalt* eines Erziehungssystems besser erkannt und verstanden werden als dort, wo in einer Gemeinde die Produkte ihrer eigenen Schulen ständig sichtbar sind.

Der Hauptfehler der amerikanischen Erziehung ist es, daß wir die Erziehungsphilosophie von John Dewey und seinen Schülern in unseren Schulen zur Anwendung gebracht haben. Mehr oder weniger haben wir uns zu einer »progressiven« Erziehung entschlossen.

Wir haben uns auf den Standpunkt der Gleichheitsapostel gestellt und verlangt, daß jedes Kind die gleiche Erziehung erhalten müsse. Damit haben wir es verabsäumt, ein Erziehungssystem zu schaffen, das die Talente und den Ehrgeiz unserer besten Schüler anspricht und das die Art von Führerschaft hervorbringt, die wir in der Zukunft brauchen werden.

In unserer Sucht, unsere Kinder lernen zu lassen, sich ihrer Umgebung »anzupassen«, haben wir ihnen unzureichende Ge-

legenheit gegeben, die Kenntnisse zu erwerben, die sie brauchen, um ihre Umgebung zu *meistern.*

In unserem Versuch, den Schulbesuch zu einem »Spaß« zu machen, haben wir die akademischen Sachgebiete vernachlässigt, die einen gesunden Verstand entwickeln und die einen gesunden Charakter fördern.

Wir haben Dewey's Angriff auf die Lehrmethoden nachgegeben und unsere Lehrerschaft dazu veranlaßt, mehr Sorgfalt darauf zu legen, *wie* ein Gegenstand gelehrt wird, als *was* gelehrt wird. Was aber am wichtigsten ist: In unserer Sorge, die Welt zu »verbessern« und den »Fortschritt« zu sichern, haben wir es zugelassen, daß aus unseren Schulen je nach den Liebhabereien der professionellen Erzieher Laboratorien für soziale oder ökonomische Neuerungen gemacht worden sind. Wir haben vergessen, daß es die Aufgabe der Schule ist, das kulturelle Erbteil einer Generation auf die nächste zu übertragen und dadurch die Köpfe der neuen Generation zu trainieren und sie instand zu setzen, das Wissen von heute zu lernen und es auf die Probleme ihrer kommenden Tage anzuwenden.

Aus dieser Vernachlässigung der fundamentalen Aufgabe der Erziehung erklärt sich, warum wir die ursprüngliche Wertskala verloren und Irrwege eingeschlagen haben. Oder besser: Wir haben vergessen, für *wen* die Erziehung beabsichtigt ist. Die Funktion unserer Schulen dient nicht der Erziehung oder der Erhöhung der *Gesellschaft;* ihre Aufgabe ist es, *Individuen* zu erziehen und sie mit dem Wissen auszustatten, das sie für die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft brauchen. Wir haben vergessen, daß eine Gesellschaft nur blüht

in dem Ausmaß, in dem sie Führer hervorbringt, die den Fortschritt leiten und inspirieren. Und wir können solche Führer nicht hervorbringen, wenn wir das Niveau unserer Erziehung auf das Mittelmaß einrichten anstatt auf die besten Köpfe. Wir müssen den individuellen Begabungen jede Förderung geben. Wir müssen unsere Schulen ermuntern, die akademischen Lehrgebiete zu fördern, das heißt vor allem Nachdruck auf Englisch, Mathematik, Geschichte, Literatur, fremde Sprachen und die Naturwissenschaften zu legen. Wir sollten in unseren Schulen nicht den Ort sehen, wo der »ganze Charakter« des Kindes entwickelt wird – denn das liegt in der Verantwortung der Familie und der Kirche – sondern den Ort, wo sein *Verstand* trainiert wird.

Unser Land hat sich in der Vergangenheit nicht dadurch entwickelt, daß die Massen eine mittlere Intelligenz auf die Probleme des Tages anwandten, sondern dadurch, daß kluge Individuen mit brillanten Köpfen und brennenden Herzen der Freiheit und dem Wohlergehen aller unserer Bürger dienten. Und darum wollen wir, um die Erziehung in Amerika zu verbessern und das Gut der Freiheit zu vermehren, nicht zur Bundeskasse laufen. Wir wollen unsere Aufmerksamkeit unserer eigenen Gemeinde zuwenden und dafür sorgen, daß unsere Schulen, die privaten wie die öffentlichen, ihre Aufgabe so erfüllen, wie die Nation es von ihnen erwarten kann.

# 10 | *Die sowjetische Gefahr*



Eins aber ist gewiß: Die furchtbare Erkenntnis, daß wir die Voraussetzungen für die Freiheit in unserem Lande zwar erfüllen können, so wie ich es in diesem Buch aufgezeichnet habe, und dennoch zu Sklaven werden. Das wäre unausbleiblich, wenn wir den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion verlieren!

In einem gewissen Grade wird die Freiheit unseres Volkes und der Vereinigten Staaten von Nordamerika stets von dem Geschehen jenseits unserer Grenzen beeinflußt und sogar abhängig sein. Das war schon in der Zeit Ben Franklins der Fall, als unser Land wiederholt von außen her bedroht wurde. Unsere Vorfahren wußten genau, daß die Sicherheit der Republik vor allem auf der Abwehr fremder Angriffe beruhte. Sie wußten, daß ein Volk in Freiheit nicht leben und existieren, seine nationalen Belange und die staatlichen Einrichtungen im Geiste der Freiheit nicht fördern kann, es sei denn in Frieden und Unabhängigkeit. In jenen Tagen der Pionierzeit war Bedrohung des Friedens und der Unabhängigkeit eine immer gegenwärtige Gefahr. Noch war die Nation nicht ganz flügge, und schon geringes Versagen oder Wankelmut hätte sie der Verheerung durch raubgierige europäische Mächte ausgeliefert. Daß unsere Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika, nach ihrer Gründung nicht in den Kinderschuhen stecken blieb und im Gegenteil sich so wehrhaft behaupten konnte, verdan-

ken wir allein der Weisheit und Kühnheit solcher Männer in der Vergangenheit, die sehr wohl erkannt hatten, daß die Verteidigung der Freiheit davon abhängt, ob man sich zu opfern und auch ein Risiko einzugehen bereit ist, und daß der Glaube daran nicht erschüttert werden darf. Erst als unsere Selbständigkeit gesichert war, die Weltmeere eine echte Grenze zwischen uns und dem europäischen Militarismus bedeuteten, war die Gefahr von draußen gebannt. Unsere Unabhängigkeit war anerkannt und der Frieden, so lange wir ihn haben wollten, sichergestellt. Und nach dem Zweiten Weltkrieg waren wir nicht nur unser eigener Herr, sondern auch Meister des Schicksals für die ganze Welt. Mit dem Monopol über Atomwaffen und dem überragenden Stand der konventionellen Rüstung galten wir zu Recht als die mächtigste Nation, welche die Weltgeschichte jemals verzeichnet hat, – relativ und absolut! Niemals zuvor war die Freiheit unseres Landes besser gesichert.

Doch schon nach 15 Jahren begannen wir, auf der Stelle zu treten, und heute müssen wir erkennen, daß unsere Existenz wieder bedroht ist wie einst in den frühen Tagen der Republik. Noch sind wir stark, – physisch in jedem Fall –, und dennoch zeichnet sich klar und unmißverständlich die Gefahr ab, von einer fremden Macht womöglich überrannt zu werden. Vor uns steht eine revolutionäre Bewegung, die sich die Herrschaft über die ganze Erde zum Ziel gesetzt hat und, was das Gefährlichste daran ist, unverkennbar sich zu einer Macht entwickelt, die das gesetzte Ziel bald zu erreichen imstande wäre: militärisch bereits im Wettstreit mit uns, in der politischen Auseinandersetzung und in der Propaganda uns überlegen, mit

einer Fünften Kolonne, die, international aufgestellt, bis in die Tiefen unserer Verteidigungsbereiche konspiriert, mit der Lehre einer Ideologie, die, mit der Gloriole einer historischen Mission verklärt, ihre »Gläubigen« findet. Und, was das Schlimmste ist, ein erbarmungsloser Despotismus, der die geringste Abweichung vom Wege zum Ziel der revolutionären Bewegung im Keime erstickt. Eine Gefahr, die von Tag zu Tag wächst! Jetzt sind wir schon so weit, daß unsere Führer, sowohl die in der Politik als auch die intellektuellen, verzweifelt danach streben, der Sowjetunion gegenüber in Befriedungspolitik und Entgegenkommen zu machen. Dafür – das hofft man – sollen die Sowjets unsere Nation ungeschoren lassen! Dem Volke, den Amerikanern, wird gesagt, wichtiger als die herrlichste Freiheit ist es, zu leben. Die Furcht des Feiglings vor dem Untergang wird so in das Bewußtsein des Amerikaners getragen, und tatsächlich glaubten viele, als sie anläßlich seines Staatsbesuches in den USA dem Chefdespoten Ehren erwiesen, daß sie sich damit von der nuklearen Vernichtung freikaufen könnten.

Die Versuchung liegt nahe, den Grund für die Verschlechterung der Weltstellung der Vereinigten Staaten darin zu sehen, daß die Sowjetunion nunmehr auch nukleare Waffen besitzt. Doch das ist reine Selbsttäuschung. Das Übel hat schon begonnen, ehe noch die Kommunisten ihre erste Atombombe detonieren ließen. Um diese Zeit befanden wir uns nicht mehr auf dem Höhepunkt unserer Macht. Genau gesagt: Schon anfangs 1950, also zu der Zeit, als die Vereinigten Staaten noch die unbestrittene Überlegenheit an nuklearen Waffen besaßen, war es klar, daß wir den Kalten Krieg verlieren würden. Ich verweise auf meine Wahlreden vom Jahre 1952. Stets habe ich

meinen Wählern und Landsleuten in Arizona vor Augen gehalten, daß die amerikanische Außenpolitik uns innerhalb von sieben Jahren vom Gipfel unumschränkter Macht dahin gebracht hat, daß wir mit der Möglichkeit einer Katastrophe rechnen müssen. Und heute müssen wir zugeben, daß wir weiter abrutschen und die Ursachen für das Abgleiten von unserem Gipfel nicht behoben wurden.

Es ist nicht schwer, die wahre Ursache der Verschlimmerung unserer Lage beim Namen zu nennen. Unser Feind hat die Wesensart dieses Konflikts erkannt. Wir nicht! Er ist entschlossen, diesen Konflikt zu gewinnen. Wir haben noch keinen Entschluß gefaßt!

Fast zögere ich, das Unverkennbare beim Namen zu nennen, zu wiederholen, was Viele schon viele Male gesagt haben: Das Ziel der Kommunisten ist, die Welt zu erobern! Wenn ich es wiederhole, so deshalb, weil diese Kenntnis Anfang und Ende bedeutet, ob man den Konflikt zwischen Ost und West überhaupt versteht. Ich muß es wiederholen, obwohl diese, das Schicksal unserer Zeit entscheidende politische Tatsache schon ungezählte Male, wenn auch meistens nur als »Lippenbekenntnis« ausgesprochen worden ist. *Denn nur wenige wollen es wahr haben!* Wäre es anders, so würde unsere gesamte Einstellung zur Außenpolitik, und damit diese selber, in den letzten vierzehn Jahren radikal auch anders gewesen sein und wir hätten das Weltgeschehen radikal geändert.

Wenn eine feindliche Macht entschlossen ist, ein Land zu erobern und eindeutig all ihre Hilfsquellen in den Dienst dieses Vorhabens stellt, so steht sie im Krieg mit diesem Lande und so muß sich dieses Land auf diesen Krieg einstellen, es sei

denn, es zieht die bedingungslose Kapitulation in Betracht. Und genau wie jene Macht darf dieses Land nur noch ein Ziel kennen: diesen Konflikt zu gewinnen, es sei denn, es ist in den Händen von Verrätern. Nicht »Frieden«, sondern S i e g ! Obwohl in den letzten vierzehn Jahren mancher Verräter (und vielleicht manch Feigling) Schlüsselpositionen in unserer Regierung innegehabt hat, ist es klar, daß unsere Führungsschicht weder Kapitulation noch Verrat im Sinne hatten. Es kann aber auch kein Zweifel daran bestehen, daß diese unsere Führer den S i e g nicht als das klare Ziel der amerikanischen Politik bestimmt haben. Warum nicht? Eben weil sie es nicht wahr haben wollen, daß es den Kommunisten ernst damit ist.

Unser anerkanntes nationales Ziel ist der »Frieden«. So glauben wir aufrichtig, der Sache der Erhaltung des »Friedens« zu dienen, während die Kommunisten Krieg führen. Und während wir uns ständig bemühen, zu »schlichten«, gibt es für die Kommunisten nur eins: den Sieg. Wir versuchen, die Welt zu befrieden. Der Kommunist will sie besitzen. Das ist der Grund, weshalb wir im Nachteil sind und den Wettstreit verlieren.

Das Ziel der amerikanischen Politik ist natürlich die Erhaltung des Friedens, aber es wäre falsch, sich außer dem kein anderes Ziel zu setzen. Denn wir lehnen Frieden durch Kapitulation ab. Wir wollen einen Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit. Ein solcher Frieden setzt voraus, daß die Sowjet-Macht uns und die restliche Welt nicht weiterhin bedrohen darf. Mit anderen Worten: Ein annehmbarer Friede muß dem Siege über den Komunismus folgen. Wir haben vierzehn Jahre lang versucht, diese unbeqeme Tatsache zu unterdrücken. Sie kann

nicht unterdrückt werden, und jede Außenpolitik, die sie ignoriert, wird zu unserer Vernichtung als Nation führen.

Natürlich wollen wir vermeiden, den Sieg durch die Gewalt der Waffen zu erringen. Offene Feindseligkeiten sollten nach Möglichkeit vermieden werden; das gilt besonders dann, wenn ein offener Krieg das Opfer von vielen Millionen Menschen fordern würde, einschließlich unserer eigenen. Aber wir können deswegen die Vermeidung eines offenen Krieges nicht zu unserem Hauptziel machen. Wenn wir das tun, wenn wir uns sagen, es sei wichtiger, den Krieg zu vermeiden als unsere Freiheit zu wahren, dann begeben wir uns auf einen Weg, der nur einen Endpunkt hat: Kapitulation. Wir können nicht durch eine bloße Proklamation den Krieg »undenkbar« machen. Denn für die Kommunisten ist er nicht undenkbar. Natürlich würden sie es vorziehen, den Krieg zu vermeiden, aber sie sind gewillt, ihn zu riskieren, wenn er in der letzten Konsequenz der Erreichung ihrer Ziele dient. Wir müssen unsere Ziele mit der gleichen inneren Entschlossenheit verfolgen. Wenn der Krieg für uns undenkbar ist, aber für sie nicht, dann ist das berühmte »Gleichgewicht des Schreckens« überhaupt kein Gleichgewicht mehr, sondern ein Instrument der Erpressung. Die Kräfte der USA und der Sowjets mögen im Gleichgewicht sein; aber wenn nicht wir, sondern sie über den Einsatz dieser Macht befinden, dann kann der Kreml Krisis über Krisis schaffen und die USA jedesmal zum Rückzug zwingen, weil wir die größere Furcht vor dem Kriege haben. Und es kann nicht lange währen, bis ein allumfassendes kommunistisches Imperium den Erdball beherrscht.

In einem neueren politischen Roman wurde eine unserer

Entspannungs-Organisationen durch ihren Werbeslogan charakterisiert: »Ich würde lieber auf den Knien nach Moskau rutschen, als unter einer Atombombe sterben.« Diese Auffassung verhöhnt alles, was es im Menschen an Mut, Ehre und Würde gibt. Wir müssen als einen ersten Schritt zur Verteidigung unserer Freiheit die entgegengesetzte Anschauung verkünden und sie zum Markstein unserer Außenpolitik machen: daß wir eher sterben wollen als unsere Freiheit verlieren. Es gibt Wege, die ich später aufzeigen werde – keine bequemen Wege, freilich – wie wir beides retten können, unsere Freiheit und unser Leben. Aber all solche Erwägungen sind sinnlos und überflüssig, wenn wir nicht vorher begreifen, was das Ziel ist. Wir wollen am Leben bleiben, natürlich; aber mehr noch wollen wir frei sein. Wir wollen den Frieden: doch zuvor müssen wir die Bedingungen herstellen, die einen ertragbaren Frieden garantieren. »Ob Sie es hören wollen oder nicht«, hat Eugene Lyons geschrieben, »die große und unausweichliche Aufgabe unserer Epoche ist es nicht, den Kalten Krieg zu beenden, sondern ihn zu gewinnen.«

Wollen wir die gegenwärtige Außenpolitik Amerikas betrachten und uns fragen, ob sie dem Siege förderlich ist. Es gibt verschiedene Aspekte dieser Politik. Wir wollen jeden von ihnen an der Frage testen: Hilft er, den Feind zu schlagen?

## VERTEIDIGUNGSPAKTE

Durch NATO, SEATO und CENTO haben wir dem Kreml bekanntgegeben, daß in bestimmten Gebieten der Welt

offene kommunistische Aggression durch amerikanische Waffen beantwortet werden würde. Wahrscheinlich hat das Bestehen dieser Bündnisse die Kommunisten von militärischen Abenteuern abgeschreckt.

Dennoch sollten wir den Wert der Bündnisse nicht überschätzen. Obgleich sie eine bedeutende Rolle in der Wahrung der amerikanischen Freiheit spielen, ist diese Rolle doch aus einer Reihe von Gründen nur beschränkt.

Erstens: Das Bündnissystem deckt nicht die Verteidigungslinie, die gehalten werden muß, wenn man die feindliche Expansion verhüten will. Weite Gebiete der nicht-kommunistischen Welt werden von den Bündnissen nicht berührt. Es besteht auch keine Aussicht, diese Gebiete in das System einzubeziehen, selbst wenn wir annehmen, Amerika sei stark genug, einen weltweiten Verteidigungsgürtel zu sichern. Die sogenannten neutralen Länder im Mittleren Osten, Afrika und Südasien haben sich der anti-kommunistischen Sache versagt, und wir müssen annehmen, daß die Kommunisten hier bedeutsame Anstrengungen unternehmen. Das ist ein wunder Punkt. Wenn alle diese Gebiete unter kommunistische Herrschaft kämen, wären unsere Bündnisse überall umspielt: Das Bündnissystem würde in eine Reihe Fester Plätze zerfallen, die inmitten einer feindlichen Umwelt kaum zu verteidigen wären.

Zweitens: Das Bündnissystem schützt nicht einmal seine Mitglieder gegen die vorherrschende Angriffsmethode der Kommunisten, nämlich politische Unterwanderung und inneren Umsturz. Der Irak ist ein typisches Beispiel hierfür. Wir hatten uns verpflichtet, den Irak gegen einen offenen sowje-

tischen Angriff zu unterstützen, nicht nur durch den Bagdad-Pakt, in dem der Irak ein Eckpfeiler war, sondern auch durch die Eisenhower-Doktrin. Der Irak wurde das Opfer eines prokommunistischen Staatsstreichs, ohne daß auch nur ein Schuß aus amerikanischen oder russischen Waffen fiel. Kuba ist ein anderes Beispiel. Wäre die Rote Armee in Havanna gelandet, wären wir Kuba zu Hilfe gekommen. Castros Soldaten aber waren Kubaner; so hat sich also durch das Mittel inneren Umsturzes ein pro-kommunistisches Regime unmittelbar vor unserer Haustür eingegraben. Und so wird es immer gehen mit einem Gegner, der mehr Nachdruck auf die politischen als auf die militärischen Kriegsmittel legt. So wird es gehen solange, bis wir lernen, den Feind mit seinen eigenen Waffen zu schlagen.

Aber drittens: Das Verteidigungssystem ist nicht einmal in der Lage, seine Mitglieder gegen offenen Angriff angemessen zu verteidigen. In der Vergangenheit sind die Kommunisten durch Amerikas strategische Luftwaffe in Schach gehalten worden. Tatsächlich ist angesichts der Schwäche der konventionellen Kräfte der verbündeten Staaten unsere nukleare Überlegenheit die einzige wirkliche Waffe unserer Bündnisse gewesen. Diese Schwäche aber könnte unseren Untergang bedeuten, sobald die Sowjetunion uns in nuklearer Kraft überholen würde. In einem nuklearen Patt, in dem keine Seite gewillt ist, wegen örtlicher Fragen zum letzten Mittel zu greifen, hat die Partei mit den überlegenen konventionellen Kräften einen offensichtlichen Vorteil. Ferner ist es klar, daß wir nicht darauf hoffen können, die kommunistische Welt an Mannschaftszahl zu übertreffen, und daß wir nicht imstande

sind, die Geschütze und Tanks zu liefern, die notwendig wären, um dreißig Nationen rund um den Erdball zu verteidigen. Die längstfällige Antwort liegt, wie wir später sehen werden, in der Entwicklung einer nuklearen Kapazität für begrenzte Kriege.

Und was schließlich der ernsteste Mangel ist: Das Bündnis ist seiner Natur und seiner Erscheinung nach rein defensiv. Dieser Faktor verurteilt es angesichts der dynamischen und offensiven Strategie der Kommunisten endgültig zum Versagen. Keine kriegführende Nation, die eine ausschließlich defensive Strategie anwendet, kann hoffen, auf die Dauer zu überleben. Wie ein Boxer, der sich weigert, einen Hieb auszuteilen, wird die auf die Verteidigung beschränkte Nation früher oder später niedergeschlagen werden. So lange jede Begegnung mit dem Feinde nach seiner Initiative, auf dem von ihm bestimmten Schauplatz und mit Waffen seiner Wahl ausgefochten wird, werden wir dabei bleiben, den Kalten Krieg zu verlieren.

## AUSLANDSHILFE

Ein anderer Aspekt unserer Politik ist das Programm der Auslandshilfe. Es hat uns in den letzten vierzehn Jahren über achtzig Milliarden amerikanischer Dollar in Form von Anleihen, Material und technischer Hilfe gekostet. Ich will hier nicht ausführlich darstellen, was jeder denkende Amerikaner über diese Mammut-Ausgabe weiß, nämlich, daß sie bittere Konsequenzen nicht nur für den amerikanischen Steuerzahler,

sondern auch für die amerikanische Wirtschaft hat; daß sie durch Verschwendung und Zügellosigkeit sowohl in Übersee als auch zu Hause in der Verwaltung gekennzeichnet ist; und daß sie bei stolzen Völkern eine breite Woge antiamerikanischer Gefühle erregt hat, weil diese Völker aus rational nicht erfaßbaren Gründen eine Abhängigkeit von fremden Almosen ablehnen. Ich will mich hier lieber auf die Frage beschränken: Hat das Auslandshilfe-Programm bei all seinen Fehlschlägen wenigstens einen Beitrag zum Siege im Kalten Krieg geleistet?

Und das ist – beiläufig gesagt – der einzige Grund, der das Auslandshilfe-Programm rechtfertigen könnte. Es kann nicht als Wohltätigkeit vertreten werden. Die amerikanische Regierung hat nicht das Recht, noch viel weniger die Verpflichtung, die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt fremder Völker zu fördern. Selbstverständlich sind wir alle an einer Bekämpfung von Armut und Krankheit interessiert, wo immer sie bestehen mögen. *Aber die Verfassung ermächtigt unsere Regierung nicht, dergleichen in fremden Ländern zu betreiben*, so lohnend es auch sein mag. Daher ist das Auslandshilfe-Programm verfassungswidrig, es sei denn, man weist nach, daß es Amerikas nationalen Interessen dient.

Man kann argumentieren, aber nicht beweisen, daß die amerikanische Hilfe Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg davor bewahrt hätte, kommunistisch zu werden. Es ist beispielsweise wahr, daß die kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien nach der wirtschaftlichen Wiedergesundung etwas schwächer waren als vorher. Aber daraus folgt nicht, daß die Wiedergesundung die Schwächung der kommunistischen Parteien *verursacht* hätte, noch daß die Wiedergesun-

dung durch die amerikanische Hilfe bewirkt worden wäre. Denken wir daran, daß Westdeutschland sich wirtschaftlich viel schneller erholte als Frankreich oder Italien und verhältnismäßig wenig amerikanische Hilfe erhielt.

Man kann auch argumentieren, daß die amerikanische Militärhilfe zwischen solchen uns freundlich gesonnenen Ländern einen Unterschied gemacht habe, die imstande waren, die kommunistische Aggression abzuwehren oder abzuschrecken, und solchen, die dazu nicht imstande waren. Hier müssen wir indessen zwischen befreundeten Ländern unterscheiden, die fähig, und solchen, die nicht fähig waren, ihre eigenen militärischen Kräfte aufzubauen. Griechenland, die Türkei, das freie China, Süd-Korea und Süd-Vietnam brauchten unsere Hilfe. Andere Länder, England und Frankreich beispielsweise, waren imstande, ihre militärischen Kräfte aus eigenen Mitteln zu erhalten. Nun haben viele Jahre lang unsere Verbündeten in Westeuropa einen geringeren Anteil ihres Etats für militärische Zwecke verwendet als wir. Im Endergebnis hat das amerikanische Volk diesen Nationen unter dem Namen *militärischer* Hilfe *wirtschaftliche* Geschenke gegeben.

Wir haben ihnen gestattet, ihrer einheimischen Wirtschaft Mittel zuzuführen, die rechtmäßig für die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen verwendet werden sollten.

Nehmen wir jetzt eine bemerkenswerte Tatsache zur Kenntnis. Alle diese Fälle, die wir bis jetzt erwähnt haben – Fälle, in denen man feststellen könnte, daß die Auslandshilfe amerikanische Interessen gefördert habe – haben einen gemeinsamen Nenner: *In jedem Falle stand die begünstigte Regierung schon vorher auf unserer Seite.* Wir mögen diese Staa-

ten zu stärkeren und verläßlicheren Verbündeten gemacht haben, obgleich auch das noch zu beweisen wäre. Aber wir haben sie nicht veranlaßt, ihre grundsätzlichen politischen Anschauungen zu ändern. Damit kommen wir zu einem Aspekt des Auslandshilfe-Programms, aus dem sich der große Trugschluß ergibt, auf dem sie aufgebaut ist.

In zunehmendem Maße geht unsere Auslandshilfe nicht an unsere Freunde, sondern an erklärte Neutrale – und sogar an erklärte Feinde. Wir liefern diese Hilfe im Glauben, daß wir die Zuneigung fremder Völker kaufen oder sie wenigstens ermuntern könnten, nicht kommunistisch zu werden, indem wir ihr wirtschaftliches Gedeihen fördern. Man hat das die »Magen-Theorie des Kommunismus« genannt und meint damit, daß die politische Haltung eines Menschen durch die Menge der Nahrung bestimmt wird, die er zu sich nimmt.

Alles, was wir aus der Geschichte und aus der Beobachtung der Natur des Menschen gelernt haben, widerspricht dieser Theorie. Die politische Einstellung eines Menschen ist in erster Linie das Ergebnis seines Denkens. Materieller Wohlstand kann ihm helfen, seine politischen Zwecke zu verfolgen, aber er wird diese Ziele nicht ändern. Die Tatsache, daß einige arme, ungebildete Leute zu Kommunisten geworden sind, beweist ebenso wenig, daß Armut sie dazu veranlaßte, wie die Tatsache, daß Alfred K. und Martha D. Stern Kommunisten sind, etwa beweist, daß großes Vermögen und eine gute Erziehung Menschen zu Kommunisten werden ließe. Erinnern wir uns, daß der Kommunismus eine politische Bewegung ist, und daß seine Waffen in erster Linie politische Waffen sind. Die Wirksamkeit der Bewegung beruht auf kleinen Kadern

von politischen Aktivisten, und diese Kader bestehen in der Hauptsache aus gebildeten und gut genährten Leuten. Wir werden die Meinungen solcher politischen Aktivisten nicht ändern und ihre Agitation unter den Massen nicht hindern, indem wir einen »Krieg gegen die Armut« erklären, so wertvoll eine solche Anstrengung aus humanitären Gründen sein mag.

Es ist wenig sinnvoll, Antikommunismus fördern zu wollen, indem man Gelder an Regierungen gibt, die nicht antikommunistisch sind, sondern die weit mehr einer sowjetischen Gesellschaftsart zuneigen als der freien Welt. Und erinnern wir uns, daß die Außenpolitik vieler angeblich neutraler Nationen, die unsere Hilfe erhalten, alles andere als »neutral« ist. Ist Sukarnos Indonesien neutral, wenn es die Aggression Rot-Chinas ermutigt? Oder ist das Indien Nehrus neutral, wenn es den Westen verurteilt, als er den Suez-Kanal wiedergewinnen wollte, aber sich weigerte, die sowjetische Invasion Ungarns zu verurteilen? Oder wie steht es mit Nassers Vereinigter Arabischer Republik, die ihre Truppen mit kommunistischen Waffen und mit kommunistischen Ausbildern ausstattet? Könnte wohl die amerikanische Hilfe diese Völker weniger prokommunistisch machen? Hat sie es getan?

Aber wollen wir einmal die »Magen-Theorie« gelten lassen und eine weitere Frage stellen: Ist unser Auslandshilfe-Programm derart, daß es unterentwickelten Ländern Wohlstand bringen wird? Die Amerikaner glauben daran, – und wir können diesen Glauben auf einhundertfünfzigjährige Erfahrung stützen – daß der Weg zu einer starken Wirtschaft durch

---

*Der amerikanische Senator Barry Goldwater auf seiner Ranch in Arizona 1964*





die Ermutigung des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte gebahnt wird: freies Kapital, freie Arbeitskraft, freier Markt. Aber jeder der neutralen Staaten, denen wir helfen, ist einem System von Staatssozialismus verpflichtet. Unsere gegenwärtige Politik der Hilfe von Regierung zu Regierung stärkt den Sozialismus in jenen Ländern. Wir verewigen nicht nur die Unergiebigkeit und Vergeudung, die stets mit einer regierungskontrollierten Wirtschaft verbunden ist; wir verhindern auch durch die Unterstützung solcher Regierungen, daß es jemals zu einer Privatinitiative kommt. Schon allein aus diesem Grunde sollen wir jede finanzielle Unterstützung von Regierung zu Regierung ausschalten und anstelle dessen amerikanisches Privatkapital zu Investitionen ermuntern.

Unser gegenwärtiges Auslandshilfe-Programm ist also im Endeffekt nicht nur schlecht durchgeführt, sondern auch schlecht geplant. Es hat in der Mehrzahl der Fälle die Freie Welt nicht stärker gemacht; es hat Amerika geschwächt; und es hat in den Augen der Welt das Bild einer Nation geschaffen, die ihre Zuversicht nicht in erster Linie auf geistige und menschliche Werte, sondern auf materielle Dinge stützt, die das Hauptarsenal der kommunistischen Propaganda bilden. In diesem Ausmaß haben wir die kommunistische Doktrin angenommen.

Wenn unsere Methoden in Übereinstimmung mit unseren wahren Zielen stehen sollen, werden wir in Zukunft die Auslandshilfe auf militärischen und technischen Beistand an solche Nationen beschränken, die seiner bedürfen und die sich an das gemeinsame Ziel gebunden haben, den Weltkommunismus niederzuwerfen.

VERHANDLUNGEN

Während ich dies schreibe, wartet die Welt auf eine neue Runde diplomatischer Konferenzen zwischen Ost und West. Ein umfassendes Gipfeltreffen ist für das Frühjahr vorgesehen; später wollen Präsident Eisenhower und Ministerpräsident Chruschtschow weitere Gespräche in der Sowjetunion führen. Und uns wird erklärt, daß das nur der Beginn einer auf weite Sicht geplanten amerikanischen Politik sei, die Probleme der Welt durch »Verhandlungen« zu bereinigen.

Während die Vorbereitungen für das Frühlingstreffen im Gange sind, werde ich durch eine einmalige Tatsache überrascht: Niemand von uns behauptet – geschweige denn, glaubt daran – daß der Westen nach diesen neuen Verhandlungen stärker sein wird, als er es heute ist. Das gleiche galt für den vergangenen Sommer. Wir stimmten »Verhandlungen« über Berlin zu, nicht etwa, weil wir hofften, durch solche Gespräche irgendetwas zu gewinnen, sondern weil die Kommunisten eine »Krisis« geschaffen hatten und wir auf keinen besseren Gedanken kamen, als deswegen an den Konferenztisch zu gehen. Schließlich, so beruhigten wir uns selbst, können Gespräche nichts schaden.

Ich behaupte aber, Gespräche unter den gegenwärtigen Bedingungen *sind* gefährlich. Es gibt mehrere Gründe, warum das so ist. Vor allem deswegen, weil die Kommunisten Verhandlungen nicht wie wir als einen Weg zu einer Übereinkunft betrachten. Für sie sind Verhandlungen einfach ein *Instrument* der politischen Kriegführung. Für sie ist ein Gipfeltreffen eine neue Schlacht im Kampf um die Welt. Eine diplomatische Konferenz ist in ihrer Sprache ein »Propaganda-Forum, von dem

aus man über die Köpfe der Führer zu den Massen sprechen kann.«

Wenn die Kommunisten natürlich eine formale Übereinkunft zu ihren Gunsten erreichen können, so ist es umso besser. Wenn aber nicht, so bieten ihnen die Verhandlungen selbst genügend Erfolg. Als die Sowjets beispielsweise unsere Rechte in West-Berlin bestritten, räumten wir ihnen einen Sieg allein dadurch ein, daß wir uns mit ihnen an den Konferenztisch setzten. Indem wir uns bereitfanden, über diesen Gegenstand zu verhandeln, gestanden wir ein, daß man über unsere Rechte in Berlin verhandeln könne, etwas, was es vorher nie gab. So anerkannten wir tatsächlich die Unzulänglichkeit unserer Position, und die Welt erwartet jetzt von uns, daß wir die Sache als Beweis unseres guten Willens in Ordnung bringen. Unsere Antwort auf Chruschtschows Ultimatum hätte lauten sollen, daß der Status von West-Berlin allein die West-Berliner und die Besatzungsmächte angehe, und daß er daher keine Sache sei, über die wir mit der Sowjetunion verhandeln könnten. Das wäre das Ende der Berliner »Krisis« gewesen.

Die Berliner Situation beleuchtet einen weiteren Grund, warum der Westen bei Verhandlungen mit den Kommunisten in einem immanenten Nachteil ist. Die zentrale strategische Tatsache des Kalten Krieges, wie er gegenwärtig geführt wird, liegt darin, daß die Kommunisten in der Offensive und wir in der Defensive sind. Die Sowjetunion rückt ständig vorwärts, sie versucht ständig von der Freien Welt etwas zu erreichen; der Westen ist bestenfalls bemüht, zu halten, was er besitzt. Darum liegt der Gegenstand von Verhandlungen stets irgendwo in der nichtkommunistischen Welt. Jede Konferenz zwi-

schen Ost und West dreht sich um irgendein Gebiet oder irgendein Recht, das der Freien Welt gehört und nach dem die Kommunisten streben. Umgekehrt ergibt sich nie die Möglichkeit von Konzessionen auf kommunistischer Seite, da die Freie Welt die Befreiung kommunistischer Gebiete nicht anstrebt. Ein einziges Mal versuchte der Westen, eine Konferenz für einen positiven Gewinn auszuwerten. Präsident Eisenhower erklärte den Sowjets 1955 in Genf, daß er die Lage der Satelliten-Staaten in Osteuropa diskutieren wolle. Sofort wurde er dahingehend beschieden, daß die Sowjetunion diese Frage nicht als einen legitimen Verhandlungsgegenstand betrachte, und damit war der Fall erledigt. Da uns nun nicht erlaubt ist, darüber zu sprechen, was wir erreichen könnten, bleibt die allein interessante Frage auf einer Ost-West-Konferenz, was die Kommunisten erreichen können. Unter solchen Bedingungen können wir niemals gewinnen. Bestenfalls können wir auf ein Unentschieden hoffen, womit wir am Ende genau dort sind, wo wir am Anfang schon standen.

Es gibt noch einen anderen Grund für die Fragwürdigkeit des Wertes von Verhandlungen. Setzen wir den Fall, wir könnten irgendwo ein Abkommen erreichen, das nach unserer Meinung unsere Interessen fördert. Besteht auch nur irgendein Grund für die Annahme, daß die Kommunisten sich einen Augenblick länger daran halten werden, als es ihren Zwecken entspricht? Wir unterscheiden uns von ihnen in dieser Hinsicht. Wir halten unser Wort. Die Kommunisten aber halten den Rekord im ständigen und hinterhältigen Bruch von Abkommen und Verträgen und beweisen damit, daß sie keinen Vertrag einhalten werden, dessen Einhaltung nicht zu ihrem Vor-

teil gereicht. Folglich verlohnt es sich nur mit den Sowjets Abkommen zu schließen, die die Sowjets selbst durchsetzen werden, weil sie ihren Interessen entsprechen. Wenn das aber so ist, warum sich dann die Mühe machen, darüber überhaupt zu »verhandeln«? Wenn eine Aktion im Interesse der Sowjetunion liegt, wird der Kreml vorwärtsgehen und sie vollziehen, ohne das Bedürfnis zu empfinden, sie zum Gegenstand eines formalen Vertrages zu machen.

Wenn wir das nächste Mal genötigt werden, zum Konferenztisch zu eilen, um »Weltspannungen zu entspannen«, sollten wir unsere Reaktion durch diese einfache Tatsache bestimmen lassen: Die einzigen »Spannungen«, die zwischen Ost und West bestehen, sind vorsätzlich durch die Kommunisten erzeugt worden. Sie können also auch durch einen einseitigen Akt des Kremls »entspannt« werden. In dem Augenblick, da wir uns entschließen, Spannungen durch einen Kompromiß im Verhandlungswege zu beseitigen, haben wir uns entschlossen, eine wertvolle Position des Westens preiszugeben.

## DAS AUSTAUSCHPROGRAMM

In letzter Zeit steht das sogenannte Austauschprogramm im Vordergrund der amerikanischen Außenpolitik. Es fing recht bescheiden damit an, daß wir bei dem Genfer Gipfeltreffen von 1955 mit den Sowjets einen »Kulturaustausch« zwischen unseren beiden Ländern beschlossen. Seitdem haben wir ausgetauscht, was sich nur austauschen läßt, von Opern-Ensembles und Basketball-Mannschaften bis zu Handelsausstellungen und Regierungschefs. Man belehrt uns, daß solcher Austausch zu den besten Hoffnungen auf den Frieden berech-

tigt, daß das amerikanische und das russische Volk ihre Mißverständnisse werden beheben können, wenn sie nur gelernt haben, einander zu »verstehen«.

Die Behauptung, daß der Konflikt zwischen den Sowjets und uns auf einen »Mangel an Verständnis« zurückzuführen sei, ist eine der großen politischen Fabeln unserer Zeit. *Wessen* Mangel an Verständnis?

Ist das amerikanische Volk schlecht informiert über die Natur des Kommunismus und des Sowjet-Staates? Zugegeben, viele Amerikaner können gar nicht erfassen, wie bösartig das Sowjet-System tatsächlich ist. Aber durch einen Besuch des Bolschoi-Balletts oder durch eine Reise Nikita Chruschtschows durch die Vereinigten Staaten wird dieses Manko gewiß nicht aufgehoben werden können.

Wie ist das mit den Sowjet-Führern? Haben *sie* etwa falsche Vorstellungen über uns? Alles spricht dafür, daß die Männer im Kreml eine größere Kenntnis über Amerika haben als viele unserer eigenen Politiker. Sie kennen unser politisches System, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und unseren Lebensstil – und würden das alles am liebsten vernichten.

Wie ist es mit dem russischen Volk? Man erzählt uns immer wieder, daß der Mann-auf-der-Straße in Rußland bejammernswert ahnungslos über die amerikanische Lebensart sei, und daß beispielsweise unsere Handelsausstellung in Moskau sein Wissen und damit seine Wertschätzung uns gegenüber beträchtlich gefördert habe. Nehmen wir an, das ist wahr. Ist es entscheidend? So lange das russische Volk keinen Einfluß auf seine Regierung hat, macht es wenig aus, ob es gut oder schlecht von uns denkt. Es ist höchste Zeit, daß unsere politischen Füh-

rer endlich aufhören, das russische Volk und die Sowjet-Regierung als eine Einheit zu betrachten. Wir sind gewiß berechtigt anzunehmen, daß das russische Volk im Grunde seines Herzens auf unserer Seite steht (ob sie nun Gelegenheit haben, amerikanische Musiker zu hören oder nicht); doch ihre Sympathie wird uns nicht helfen, den Kalten Krieg zu gewinnen, so lange die gesamte Macht fest in den Händen der kommunistischen herrschenden Klasse ruht.

Für die Sowjets ist das Austausch-Programm einfach eine andere Maßnahme in der politischen Kriegführung der Kommunisten. Die Leute, die der Kreml zu uns herüberschickt, sind alle, Mann für Mann, geschulte Agenten der Sowjet-Politik. Manche von ihnen sind Spione, die hier ihre Aufträge erfüllen; alle sind zuverlässige Propagandisten der kommunistischen Sache. Ihre Mission ist nicht kulturell, sondern politisch. Ihr Ziel ist nicht zu informieren, sondern irrezuführen. Ihre Sendung ist nicht, ein getreues Bild der Sowjetunion zu vermitteln, sondern ein Götzenbild zu zeigen. Der Kreml hofft, sie würden das amerikanische Volk die häßliche Seite des Sowjetlebens und die Gefahr, die das Sowjet-System für die amerikanische Freiheit bedeutet, vergessen lassen.

Es wäre ein Irrtum, den Erfolg dieser kommunistischen Unternehmung daran zu messen, wie weit sie Amerikaner zum Kommunismus bekehrt. Danach wäre natürlich der Austausch ein völliger Fehlschlag. Aber das Ziel des Kreml ist es nicht, die Amerikaner zu bewegen, dem Kommunismus *zuzustimmen,* so sehr sie das schätzen würden; ihr Ziel ist, uns dazu zu bringen, den Kommunismus zu *tolerieren.* Der Kreml weiß, daß unsere Bereitschaft, zur Eindämmung des Kommunismus

Opfer zu bringen, unmittelbar von unserer *feindseligen* Haltung zum Kommunismus abhängt. Sie wissen, daß der Kommunismus die Welt nicht wird erobern können, so lange die Amerikaner die Sowjetunion als einen gefährlichen, unversöhnlichen Widersacher betrachten. Deshalb bemühen sich die Kommunisten zu zeigen, daß Chruschtschow keine Hörner hat, daß er im Grunde ein netter Bursche ist; daß das sowjetische Volk aus »ordentlichen Leuten« besteht, genau so wie wir selbst; daß der Kommunismus eben nur ein anderes politisches System ist.

Es wäre wohl nicht sinnvoll gewesen, hätte man mitten im Zweiten Weltkrieg ein Nazi-Amerika-Austausch-Programm vorgeschlagen oder Hitler zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten eingeladen. Wenn der Wille zum Siege noch der gleiche ist wie damals, so sollte es uns heute ebenso widerstreben, kommunistische Agenten als Freunde und willkommene Gäste zu behandeln. Für die Kommunisten ist das Austausch-Programm Bauernfang. Lassen wir uns nicht übertölpeln. Erinnern wir uns, daß Vertrauen von Amerikanern in die Sowjet-Regierung das Letzte ist, was wir brauchen.

Viele Leute behaupten, daß eine »Normalisierung« der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, wie sie das Austauschprogramm anstrebt, nur eine logische Folge der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu kommunistischen Regierungen sei. Ich stimme zu. Also meine ich, ist es an der Zeit, die Frage der diplomatischen Beziehungen zu kommunistischen Regimen zu überprüfen. Wir hören oft, daß die Anerkennung uns in die Lage versetzt, Informationen in kommunistischen Ländern zu sammeln. Ich kann indessen keinen Vorteil erkennen, den un-

sere diplomatische Vertretung in Moskau in dieser Richtung genießt, der nicht doppelt aufgehoben würde durch den Nutzen, den die Sowjetunion durch ihr diplomatisches Spionage-Corps in Washington und anderen amerikanischen Städten gewinnt. Abgesehen von den Spionage-Möglichkeiten bin ich ganz gewiß, daß unsere gesamte Position im Kalten Kriege, sich zum besseren wenden würde in dem Augenblick, in dem wir erklärten, daß die Vereinigten Staaten Herrn Chruschtschows mörderische Clique nicht als die legitimen Herrscher des russischen oder irgendeines anderen Volkes betrachten. Der Widerruf der Anerkennung würde nicht nur die Haltung des amerikanischen Volkes gegenüber dem Kommunismus festigen, sondern die versklavten Völker ermutigen und ihnen helfen, gegen ihre Tyrannen aufzubegehren. Unsere gegenwärtige Politik der Nichtanerkennung Rot-Chinas ist absolut richtig, und die Gründe, die uns zu dieser Haltung veranlassen, treffen ebenso auf die Sowjetunion und ihre europäischen Satelliten zu. Wenn es unser Ziel ist, den Kalten Krieg zu gewinnen, so werden wir jetzt damit anfangen, den Regimen, die wir überwinden wollen, unsere moralische Unterstützung zu versagen.

## ABRÜSTUNG

Seit Jahren schon legen unsere Politiker Lippenbekenntnisse für die Idee der Abrüstung ab. Das scheint eine der Methoden im modernen diplomatischen Betriebe zu sein, seine Tugend zu beweisen. Neuerdings aber haben wir – unter starkem kommunistischem Propagandadruck – uns so verhalten, als ob wir meinten, es sei ernst damit. Ich verweise auf die

bedeutsame Entscheidung unserer Regierung, die Versuche mit Atombomben einzustellen.

Wer die Geschichte studiert, muß anerkennen, daß Wettrüsten ein Symptom internationaler Spannungen ist, – nicht deren Ursache. Friede wurde nie erlangt und wird auch in unserer Zeit nicht erlangt werden, indem rivalisierende Staaten plötzlich beschließen, ihre Schwerter in Pflüge umzuschmieden. Kein Volk, das bei Verstande ist, wird ernstlich daran denken, die Mittel seiner Verteidigung preiszugeben, ehe es sich nicht vergewissert hat, daß feindliche Mächte nicht länger die Möglichkeit haben, es zu bedrohen.

Die kommunistischen Führer sind natürlich durchaus bei Verstande. Sie würden nicht davon träumen, sich auf eine Politik einzulassen, aus der sie relativ schwächer hervorgehen würden, als sie es vorher waren. Sie mögen allgemeine Abrüstung aus Propagandagründen predigen. Sie mögen auch ernsthaft für gegenseitige Abschaffung bestimmter Waffen eintreten im Bewußtsein, daß ihre überlegene Stärke auf anderen Gebieten sie dem Westen erheblich überlegen machen würde. So mag es angesichts der westlichen Schwäche in konventionellen Waffen für die Kommunisten sinnvoll sein, eine Abrüstung auf dem Gebiet der Atomwaffen zu erstreben; wenn sämtliche nuklearen Waffen plötzlich verschwinden würden, so läge ein großer Teil der Welt ungeschützt vor den Eroberungsgelüsten der russischen und chinesischen Heeresmassen.

Die amerikanischen Führer haben unsere Sicherheitsbedürfnisse nicht mit der gleichen Sorgfalt behandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten eine konventionelle Streitmacht, die der der Sowjetunion ebenbürtig

war, und ein absolutes Monopol in nuklearer Macht. Die erste dieser Waffen haben wir in verantwortungsloser Hast demontiert. Die zweite haben wir politisch nicht auszunutzen gewußt, und dann haben wir unsere führende Überlegenheit allmählich dadurch verspielt, daß wir zu spät an die Wasserstoffbombe und die Fernraketen herangingen. Das Resultat ist bekannt: Wir sind in den konventionellen Mitteln der Kriegführung überrundet worden; hinsichtlich der nuklearen Waffen nähern wir uns dem Punkt, falls wir ihn noch nicht erreicht haben, wo die kommunistischen Kräfte uns ebenbürtig sind.

Zu der drohenden physischen Parität in nuklearen Waffen müssen wir noch einen psychologischen Faktor zufügen, der durch die kommunistische Propaganda emsig kultiviert wird.

Es heißt, die Schrecken eines totalen Krieges seien so groß, daß kein Staat zur Atomwaffe greifen würde, es sei denn als Gegenschlag gegen einen direkten Angriff mit den gleichen Waffen. In dem Augenblick, in dem unsere Politiker diese Auffassung wirklich annehmen, würde das strategische Atomarsenal neutralisiert sein, und die kommunistischen Armeen wären imstande, begrenzte Kriege zu führen, ohne eine Vergeltung durch unsere Strategische Luftwaffe erwarten zu müssen. Ich befürchte, daß unsere Politiker dabei sind, diese Auffassung anzunehmen und daß sich damit rasch eine militärische und psychologische Situation entwickelt, in der aggressive kommunistische Kräfte unter dem Schirm des Atomschreckens frei manövrieren werden.

In diesem Zusammenhang haben wir die kommunistische Propaganda-Kampagne für ein dauerndes Verbot der Versuche mit Atomwaffen und die Neigung unserer eigenen Füh-

rer, sich diesen Vorschlägen anzuschließen, zu betrachten. Es gibt vorderhand zwei Gründe, warum solche Vorschläge schroff zurückgewiesen werden sollten. Erstens gibt es keine verläßlichen Mittel, die Kommunisten an einem heimlichen Bruch eines solchen Abkommens zu hindern. Unsere letzten Versuche bewiesen, daß Atomexplosionen unter der Erde ohne die Möglichkeit einer Entdeckung durchgeführt werden können. Zweitens können wir nicht einmal hoffen, eine wirksame *strategische* Abschreckung aufrechtzuerhalten, wenn wir unser gegenwärtiges nukleares Arsenal nicht auf dem höchsten Stande halten; das bedarf der Versuche. Der wichtigste Grund aber, den ich anzuführen wünsche, ist die Tatsache, daß die Versuche zur Entwicklung von *taktischen* nuklearen Waffen für den eventuellen Gebrauch in begrenzten Kriegen notwendig sind. Unsere militärischen Fachleute haben lange erkannt, daß wir für die Zwecke begrenzter Kriegführung eine waffenmäßige Überlegenheit haben müssen, um die zahlenmäßige Überlegenheit der kommunistischen Armeen zu überwinden. Das heißt, wir müssen eine Anzahl kleiner, sauberer nuklearer Waffen entwickeln und vervollkommnen; und das erfordert wiederum Versuche. Die Entwicklung eines solchen Waffensystems ist die einzige Chance, aus dem Dilemma herauszukommen, das uns auf der einen Seite durch die konventionelle Übermacht der Sowjets, auf der anderen Seite mit der möglichen Neutralisierung der strategischen Atomwaffen bedroht.

Unsere Regierung hatte sich ursprünglich durch die von den Kommunisten angeheizte Hysterie dazu drängen lassen, die Versuche wegen des radioaktiven Ausfalls einzustellen. Wie hoch man auch diese Gefahr bewerten möge, sie hat einfach mit

dem Problem unserer Rüstung nichts zu tun. Tatsächlich ist es so, daß es praktisch kaum einen radioaktiven Ausfall bei Versuchen über der Atmosphäre gibt und überhaupt keinen bei unterirdischen Versuchen. So bleibt als einzige Entschuldigung für das Aussetzen der Versuche die Behauptung, unsere Nachgiebigkeit diene irgendwie dem Frieden. Und meine Antwort lautet, daß ich nicht imstande bin zu sehen, wie der Frieden durch eine Politik gefördert werden könne, die unsere relative militärische Stärke herabsetzt. Solch eine Politik würde nur unter der Voraussetzung einen Sinn haben, daß die kommunistischen Führer ihre weltrevolutionären Ziele aufgegeben hätten und zu einer friedlichen Koexistenz bereit seien, – eine Voraussetzung, mit der wir die Existenz unseres Volkes aufs Spiel setzen.

Wenn unser Ziel der Sieg über den Kommunismus ist, dann müssen wir die Überlegenheit in all den wirtschaftlichen, wie auch politischen und ökonomischen Waffen erreichen, die für die Erreichung dieses Zieles brauchbar sein könnten. Solch ein Programm kostet Geld, aber so lange dieses Geld klug und zweckmäßig verwandt wird, würde ich es ausgeben. Ich bin nicht für »Sparsamkeit«, wenn es um die Sicherheit der Nation geht. Als ein Konservativer bedauere ich die hohe Steuerlast, die die Finanzierung des größten militärischen Apparates in der Welt erfordert. Aber noch mehr bedauere ich die Unterwerfung unter fremde Gewalt, die das Fehlen eines solchen Apparates schnell bewirken würde.

VEREINTE NATIONEN

Die Unterstützung der UNO sei ein Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik, so behaupten unsere Politiker in vollem Ernst. Ich muß gestehen, daß es mich viel mehr interessiert, ob die amerikanische Außenpolitik die Unterstützung der UNO findet.

Hier scheint mir wiederum unsere Haltung zur Außenpolitik an einer Konfusion hinsichtlich der Zielsetzungen zu leiden. Ist die Erhaltung eines internationalen Diskussionsforums schon um seiner selbst willen ein primäres Ziel der amerikanischen Politik? Wenn ja, so wäre manches darüber zu sagen, wie wir in der Vergangenheit unser nationales Interesse dem der Vereinten Nationen untergeordnet haben. Wenn andererseits unser Hauptziel der Sieg über den Kommunismus ist, werden wir natürlich eine solche Organisation wie die UNO als ein eventuell brauchbares Mittel zu diesem Endzweck betrachten. Sobald diese Frage aufgeworfen ist: Hilft oder hindert uns Amerikas Teilnahme an der UNO in unserem Kampf gegen den Weltkommunismus?, so wird es auch klar, daß unsere gegenwärtige Bindung an die UNO einer Überprüfung bedarf.

Wir müssen uns die Tatsache vergegenwärtigen, daß die Vereinten Nationen zu einem Teil eine kommunistische Organisation sind. Die Kommunisten haben stets zumindest einen Sitz in ihrem wichtigsten, politisch entscheidenden Organ, dem Sicherheitsrat; und das ständige Veto-Recht der Sowjetunion in diesem Organ gestattet dem Kreml, jede wesentliche Entscheidung zu blockieren, die seinen Interessen zuwider ist. Die Kommunisten haben ebenfalls eine beträchtliche Mitglieder-

zahl in dem zweiten politisch bedeutenden Organ der UNO, der Generalversammlung. Darüber hinaus ist das Sekretariat, in dem die eigentliche Arbeit der UNO erledigt wird, von Hunderten von kommunistischen Agenten durchsetzt, die häufig in der Lage sind, die wenigen politischen Maßnahmen der UNO, die im Widerspruch zu den kommunistischen Interessen stehen, zu sabotieren. Schließlich sympathisiert eine große Anzahl nichtkommunistischer UNO-Mitglieder mit den Zielen der Sowjets oder sie sind bestenfalls unseren Zielen nicht gewogen. Daher sollten wir nicht überrascht sein, daß viele der politischen Entscheidungen, die aus den Beratungen der Vereinten Nationen hervorgehen, nicht mit den Interessen der Vereinigten Staaten übereinstimmen. Die Politik der UNO ist notwendigerweise das Ergebnis vieler verschiedener Gesichtspunkte, – manche davon mögen uns freundlich gesinnt sein, manche mögen unsere Interessen nicht berühren, manche aber sind uns tödlich feind. Und im Endergebnis werden unsere nationalen Interessen gewöhnlich beeinträchtigt, wenn wir unsere eigene Politik der der UNO unterordnen. Fast immer, wenn wir uns an die Vereinten Nationen gewandt haben, um sie für uns denken und für uns politische Entscheidungen treffen zu lassen – sei es während des Korea-Krieges, sei es in der Suez-Krise oder nach der Revolution im Irak – waren wir weniger wirksam im Kampf gegen den Kommunismus, als wenn es nur nach uns gegangen wäre.

Im Gegensatz zu Amerika achten die Kommunisten die UNO nicht und dulden nicht, daß ihre Politik durch sie beeinflußt wird. Wenn die »Weltmeinung«, wie sie sich in einer UNO-Entschließung kundtut, ihnen zuwider ist, so kümmern

sie sich den Teufel um diese Weltmeinung. Wir sind darin anders; wir suchen eher nach Zustimmung als nach Erfolg und sind eher geneigt, unsere eigenen Anschauungen denen einer UNO-Mehrheit anzupassen. Das ist nicht der Weg, den Kalten Krieg zu gewinnen. Ich wiederhole: Der Kommunismus wird nicht durch eine Politik überwunden werden, die auf den gemeinsamen Nenner der Außenpolitik von 80 oder 90 Nationen gebracht werden kann, von denen einige unsere Feinde sind, von denen fast alle weniger Entschlossenheit als wir zeigen, die Welt vor der kommunistischen Beherrschung zu schützen. Wollen wir also damit aufhören, bedeutendere politische Entscheidungen einem Forum zu überlassen, in dem die Meinungen des Sultans vom Jemen ebensoviel wiegen wie die unseren, wo die Stimme der Vereinigten Staaten überstimmt werden kann durch solche Stimmen wie die von »Weiß-Ruthenien«.

Verschiedene andere Auswirkungen unserer Bindung an die UNO beunruhigen mich. Zunächst bieten die Vereinten Nationen der kommunistischen Propaganda ein einmaliges Forum, eine Tatsache, die uns im Kalten Krieg erheblichen Schaden zufügt. Auch wir können natürlich unsere Ansichten in der UNO zu Gehör bringen; aber der besondere Vorteil der Kommunisten liegt darin, daß ihre Lügen und Entstellungen zum Gegenstand ernsthafter internationaler Diskussionen aufgewertet werden. Indem wir den kommunistischen Regimen das Recht zugestehen, in der UNO als ebenbürtig aufzutreten und indem wir sie offiziell als »Friedensfreunde« anerkennen, verleihen wir der kommunistischen Propaganda einen Anschein von Vernunft und Glaubwürdigkeit, den sie sonst nicht haben würde.

Zweitens lädt die UNO eine unverantwortliche finanzielle Bürde auf die Schultern des amerikanischen Steuerzahlers. Die marxistische Formel »Jeder leistet nach seinen Fähigkeiten ...« – nach der die Beiträge zur UNO und ihren besonderen Zweigorganisationen erhoben werden – stimmt nicht mit dem amerikanischen Begriff von Gerechtigkeit überein. Die Vereinigten Staaten bringen zur Zeit grob genommen ein Drittel der gesamten Ausgaben der Vereinten Nationen auf. Diese Verpflichtung sollte drastisch reduziert werden. Die UNO sollte sich nicht wie ein Wohlfahrtsunternehmen verhalten. Die Beiträge sollten den Vorteilen entsprechen, die die beitragzahlende Nation aus ihrer Mitgliedschaft zieht.

Schließlich fürchte ich, daß unsere Bindung an die Vereinten Nationen zu einer verfassungswidrigen Preisgabe amerikanischer Souveränität führen könnte. Viele Maßnahmen der UNO haben bereits die souveränen Rechte von Mitgliedstaaten stark beeinträchtigt. Es ist hier weder Zeit noch Ort, die Vorteile einer Preisgabe amerikanischer Souveränitätsrechte zu diskutieren, – abgesehen von der Feststellung, daß ich diesen Gedanken unzweideutig ablehne. Es ist indessen Zeit und Ort, darauf zu bestehen, daß jede solche Diskussion nur im Rahmen des Verfahrens für eine Verfassungsänderung Platz greifen darf – und nicht heimlich in dem Hauptquartier irgendeiner UNO-Agentur.

Austritt aus den Vereinten Nationen bringt wahrscheinlich nicht die Lösung dieser Probleme. Aus einer Reihe von Gründen ist dieser Weg nicht gangbar. Wir sollten jedoch klarmachen, daß unsere Verpflichtung an die UNO mit einer Förderung der amerikanischen Interessen verbunden sein muß;

und das verlangt eine Änderung in einigen unserer gegenwärtigen Anschauungen und Maßnahmen hinsichtlich der UNO. Sollen die UNO-Begeisterten – deren wir viele in diesem Lande haben – ihren Enthusiasmus für »internationale Zusammenarbeit« ins rechte Maß bringen. Sollen sie wissen, daß der Sieg über den Kommunismus errungen werden muß, *bevor* ein dauernder Friede erreicht werden kann. Sollen sie, kurz gesagt, ihre Blicke auf das Ziel heften.

## HILFE FÜR KOMMUNISTISCHE REGIERUNGEN

In *einer* Hinsicht ist unsere Politik offensiv gemeint – jedenfalls in den Augen ihrer Erfinder. Unglücklicherweise aber erreichen sie gerade das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen.

Vor einiger Zeit verbreiteten unsere Politiker die Theorie, die kommunistischen Satelliten-Regime würden, mit unserer Hilfe, allmählich ihre Verbindungen mit der Sowjetunion lösen und sich zu politischen Systemen »entwickeln«, die mehr im Einklang mit unseren Anschauungen von Freiheit und Gerechtigkeit stehen. Demgemäß entschloß sich Amerika, jene kommunistischen Regierungen zu unterstützen, deren Verhältnis zu Moskau belastet erschien. Und diese Politik gebahr das Schlagwort: »Amerika erstrebt die Befreiung der versklavten Völker – nicht durch Revolution, sondern durch Evolution«. Unter dieser Parole schicken wir der kommunistischen Regierung Polens hunderte Millionen Dollar, haben wir bereits mehr als eine Milliarde Dollar der kommunistischen Regierung Jugoslawiens gegeben.

Nach meiner Meinung ist dieses Geld nicht nur vergeudet worden, es hat vielmehr die kommunistische Sache gefördert. Es hat die kommunistischen Regierungen *nicht* weniger kommunistisch gemacht. Es hat die kommunistischen Regierungen *nicht* veranlaßt, die Fronten im Kalten Krieg zu wechseln. Es *hat* aber den kommunistischen Regierungen geholfen, ihre Untertanen noch fester zu versklaven. Und keines dieser Ergebnisse sollte uns überraschen.

Man braucht nicht unbedingt der Auffassung zu sein, daß ein kommunistisches Regime sich niemals zu einem nichtkommunistischen »entwickeln« wird (obgleich ich dieser Ansicht zuneige), um zu erkennen, daß eine solche Entwicklung praktisch unmöglich ist, solange die Sowjetunion über die militärische und politische Macht verfügt, sie zu verhindern. Der Kreml mag zu seinen besonderen Zwecken gewisse »Liberalisierungs«-Tendenzen in Satelliten-Staaten zulassen; er mag sogar geringe Abweichungen von der eingeschlagenen sowjetischen Außenpolitik gestatten. Er wird das manchmal tun, um den Westen zu verwirren, manchmal als ein geschicktes Mittel zur Behebung innerer Schwierigkeiten. Aber er wird die Dinge niemals zu weit gehen lassen. Ungarn beweist das. In dem Augenblick, in dem eine kommunistische Regierung sich in eine nichtkommunistische zu verwandeln oder sich auf die Seite des Westens gegen die Sowjetunion zu stellen droht, wird der Kreml Maßnahmen ergreifen, um die abtrünnige Regierung wieder zur Ordnung zu rufen.

Ungarn hat diese Wahrheit erwiesen, und Polen hat gezeigt, daß abweichlerische Kommunisten daraus gelernt haben. Westliche Politiker lernen unglücklicherweise sehr viel lang-

samer. Im Herbst 1956 schien sich ein Bruch zwischen Gomulkas Regierung und dem Kreml anzubahnen. Viele Leute im Westen behaupteten voller Freude, Polen wende sich vom Kommunismus ab, und unsere Regierung begann, dem Gomulka-Regime amerikanische Hilfe zu senden, in der Hoffnung, diese Entwicklung zu beschleunigen. Die folgenden Jahre aber brachten zwei Tatsachen zutage: 1. Unser Geld erleichterte es dem Regime Gomulkas, mit seinen wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden; 2. Gomulka begab sich in eine noch engere Beziehung zur Sowjet-Regierung. Gomulka wußte, was auch die amerikanischen Politiker hätten wissen sollen, daß der Preis einer Abkehr vom Kommunismus ein Blutbad wie in Budapest gewesen wäre. Selbstverständlich könnte das anders sein, wenn Amerika bereit wäre, einem Volk zu Hilfe zu kommen, das in die Freiheit ausbrechen will. Aber solange wir der Sowjet-Armee freie Hand in Osteuropa lassen, solange ist es der Höhepunkt der Narrheit, zu glauben, man könne die Freundschaft von kommunistischen Regierungen durch Bestechung erkaufen.

Wir müssen verstehen, daß die versklavten *Völker* unsere Freunde und potentiellen Verbündeten sind, – aber nicht ihre Herrscher. Eine wahrhaft offensiv gedachte Strategie würde erkennen, daß die unterdrückten Völker unsere stärkste Waffe in dem Krieg gegen den Kommunismus sind, und würde sie ermutigen, ihre Tyrannen zu stürzen. Eine Politik der Stärkung ihrer Tyrannen kann nur jenen Umbruch innerhalb des kommunistischen Imperiums verzögern, der unsere beste Hoffnung für einen Sieg über den Kommunismus ist, ohne daß wir zur nuklearen Waffe greifen müssen.

## ZUM SIEGE

Wenn wir jede Maßnahme unserer Außenpolitik an dem Standard messen: Hilft sie uns, den Feind zu schlagen?, dann können wir begreifen, warum die vergangenen vierzehn Jahre Enttäuschungen und Fehlschläge brachten. Wir sind nicht vorwärtsgekommen, weil wir auf dem falschen Wege gingen.

Es ist nicht so einfach, den richtigen Weg abzustecken. Denn gemessen am Maßstabe unserer eigenen Erfahrung ist es ein neuer Weg, den wir suchen, und daher auch ein Weg, der uns vor andere (wenn auch kaum schwerere) Herausforderungen und Gefahren führen wird, als die, denen wir bisher begegneten. In Wirklichkeit ist der »neue« Weg so alt wie die menschliche Geschichte. Es ist der Weg, dem erfolgreiche politische und militärische Führer immer folgen, wenn sie sich nach einer nüchternen »Lagebeurteilung« an einen Krieg wagen, den sie gewinnen wollen. Aus unserer eigenen Lagebeurteilung kennen wir die *Richtung*, die wir nehmen müssen, und unser Maßstab: Was hilft uns den Kommunismus zu schlagen?, wird uns die Wegweiser für den ganzen Marsch geben.

## UNSER ZIEL MUSS DER SIEG SEIN

1. Der wichtigste Wegweiser zeigt auf unser Ziel, das wir niemals aus dem Auge verlieren dürfen. Wir haben nicht den Kampf gegen den Kommunismus zu führen, sondern ihn zu gewinnen. 2. Unsere Strategie muß ihrem Wesen nach vor allem offensiv sein. Angesichts des dynamischen, revolutionären Charakters der feindlichen Herausforderung können wir nicht gewinnen, indem wir lediglich versuchen, unsere Stellungen zu halten. Wir müssen die Schläge des Feindes nicht nur

parieren, sondern unsere eigenen Schläge austeilen. Wir müssen nicht nur unsere Fronten schützen, sondern wir müssen versuchen, die Fronten des Gegners zu durchbrechen. Wir müssen nicht nur die freie Welt frei halten, sondern wir müssen versuchen, die kommunistische Welt zu befreien. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir ständig bemüht sein, die Zeit und den Ort und die Waffen des Kampfes nach unserer Wahl zu bestimmen. 3. Wir müssen militärische Überlegenheit zu erreichen und zu erhalten suchen. Einfaches Gleichgewicht ist nicht genug. Da wir die Kommunisten an Mannschaftsstärke niemals übertreffen können, muß unsere Rüstung und müssen unsere Waffen ihren zahlenmäßigen Vorteil mehr als ausgleichen. Wir müssen auch die Fähigkeit erreichen, begrenzte Kriege führen zu können. Für diesen Zweck sollten wir jede Anstrengung auf uns nehmen, um eine entschiedene Überlegenheit in kleinen, sauberen Atomwaffen zu erreichen. 4. Wir müssen Amerika wirtschaftlich stark machen. Wir haben schon festgestellt, warum die wirtschaftliche Energie vom Würgegriff der Regierung befreit werden muß, wenn die individuelle Freiheit überleben soll. Wirtschaftliche Freiheit muß ebenso gebieterisch gefordert werden, wenn die Nation überleben soll. Das Höchstmaß amerikanischer Wirtschaftsmacht wird in Freiheit und nicht unter bürokratischer Verwaltung geschmiedet. 5. In all unseren Kontakten mit fremden Völkern müssen wir uns so verhalten, wie es einer Großmacht ansteht. Unsere nationale Haltung muß Kraft und Selbstvertrauen und Zielbewußtsein ausstrahlen ebenso wie guten Willen. Wir brauchen uns nicht kriegslüstern zu geben, aber ebenso wenig sollten wir andere im Glauben ermutigen, amerikanische Rechte könnten unge-

straft verletzt werden. Wir müssen überall auf der Erde amerikanische Staatsbürger und amerikanisches Eigentum und die Ehre Amerikas schützen. Wir können fremde Völker nicht zur Liebe zwingen – keine Nation hat das je erreicht – aber wir können sie dazu veranlassen, *uns zu achten.* Und *Achtung* ist der Stoff, aus dem dauernde Freundschaften und feste Bündnisse gemacht werden.

6. Wir sollten die Politik der Auslandshilfe sorgsam abwägen. Amerikanische Hilfe sollte nur befreundeten, antikommunistischen Völkern gegeben werden, die bereit sind, sich mit uns im Kampf um die Freiheit zu vereinen. Weiterhin sollte die Hilfe in Form von Anleihen oder technischem Beistand gegeben werden, nicht als Geschenk. Und wir sollten ferner darauf bestehen, daß diese Völker einen angemessenen Beitrag zur gemeinsamen Sache leisten.

7. Wir sollten die weltkommunistische Bewegung aus der Gemeinschaft zivilisierter Nationen ausstoßen. Demgemäß sollten wir die diplomatischen Beziehungen zu allen kommunistischen Regierungen einschließlich der der Sowjetunion abbrechen und dadurch der Welt kundtun, daß wir solche Regierungen weder als legitim noch als dauerhaft betrachten.

8. Wir sollten die versklavten Völker zur Auflehnung gegen ihre kommunistischen Herrscher ermutigen. Diese Politik muß mit Geduld und Klugheit, aber auch mit Mut verfolgt werden. Während wir unseren gefangenen Freunden sagen, daß wir bemüht seien, ihnen zu helfen, sollten wir sie zugleich vor übereilten Aufständen warnen, die keine Aussicht auf Erfolg hätten. Die Freiheitskämpfer müssen verstehen, daß eine globale Strategie über Zeit und Ort und Methode ihrer

Erhebungen entscheiden muß. Zu diesem Zweck sollten wir enge Verbindung zu den Führern der Untergrundbewegungen hinter dem Eisernen Vorhang aufnehmen und sie mit Druckereien, Radiogeräten, Waffen, Ausbildern versorgen, kurz, mit allen Erfordernissen einer kompletten Widerstandsarmee.

9. Befreundete Völker, die die Mittel und den Willen haben, zur Wiedereroberung ihrer Heimat offensiv zu handeln, sollten wir ermutigen. Wenn beispielsweise in Rot-China ein Aufstand ausbrechen sollte, so müssen wir Guerilla-Operationen der Freien Chinesen gegen das Festland ermutigen und unterstützen. Würde die Lage sich günstig entwickeln, so sollten wir die Süd-Koreaner und die Süd-Vietnamesen ermuntern, sich den Freien Chinesen in einer gemeinsamen Anstrengung zu verbinden, die versklavten Völker Asiens zu befreien. Wir müssen auch selbst bereit sein, militärische Operationen gegen verwundbare kommunistische Regime zu unternehmen. Nehmen wir an, wir hätten Atomwaffen entwickelt, die im Landkrieg verwendet werden können, und wir hätten damit unsere europäischen Divisionen ausgerüstet. Nehmen wir weiter an, in Osteuropa gäbe es eine größere Erhebung, so wie in Budapest im Jahre 1956. In einer solchen Situation müßten wir dem Kreml ein Ultimatum überreichen, das sowjetische Interventionen verbietet, und wir müssen bereit sein, eine hochmobilisierte Kampfgruppe, ausgestattet mit entsprechenden nuklearen Waffen, an den Ort der Erhebung zu werfen, falls dieses Ultimatum zurückgewiesen wird. Unser Ziel wäre, der Sowjetunion eine überlegene Kampfmacht in unmittelbarer Nähe des Aufstandes entgegenzustellen und sie zum Rückzug zu zwingen. Ein kämpferischer Zusammenstoß zwischen den

amerikanischen und sowjetischen Armeen wäre unwahrscheinlich; die bloße Drohung amerikanischen Eingreifens zusammen mit der Einsicht des Kremls, daß der Kampf inmitten einer feindlichen Bevölkerung auszufechten wäre und leicht auf andere Gebiete übergreifen könnte, würde die Sowjets wahrscheinlich zur Annahme des Ultimatums geneigt machen. Der Kreml würde natürlich ebenfalls davon unterrichtet werden, daß ein Rückgriff auf Atombomber und Atomraketen automatisch zum entsprechenden Gegenschlag führen würde. Auf diese Weise würden wir die kommunistischen Führer vor die Wahl stellen, die totale Zerstörung der Sowjetunion hinzunehmen oder eine örtliche Schlappe einzustecken ... Hätten wir im Jahre 1956 über diese Entschlossenheit und die erforderlichen Mittel verfügt, so hätte eine solche Politik die ungarische Revolution gerettet.

Es ist ein harter Rat. Aber ich denke, hart ist nicht, was er besagt, sondern daß er offen ausgesprochen wird. Umfängt eine solche Politik das Risiko des Krieges? Natürlich; aber jede Politik tut das, die eine Kapitulation vermeiden will. Jede Politik, die das kommunistische Ziel der Weltherrschaft erfolgreich vereitelt, läuft das Risiko, daß der Kreml angesichts seiner Niederlage ein Kamikaze-Ende sucht. Es ist ein harter Rat, weil er offen anerkennt, daß der Krieg der Preis der Freiheit sein kann, und weil er unsere allgemeine Selbstzufriedenheit empfindlich stört. Aber ist es wirklich so hart, wenn es darum geht, die bestmöglichen Mittel zu suchen, mit denen man beides, Leben *und* Freiheit, gewährleistet? Ist es so hart, wenn wir daran denken, welche Gefahren bei der Schaffung unseres Landes überwunden werden mußten, welches

Risiko unsere Ahnen offen und stolz auf sich genommen haben, als es um »ihr Leben, ihr Gut und ihre heilige Ehre« ging? Wollen wir weniger tun, um unser Land zu *retten?*

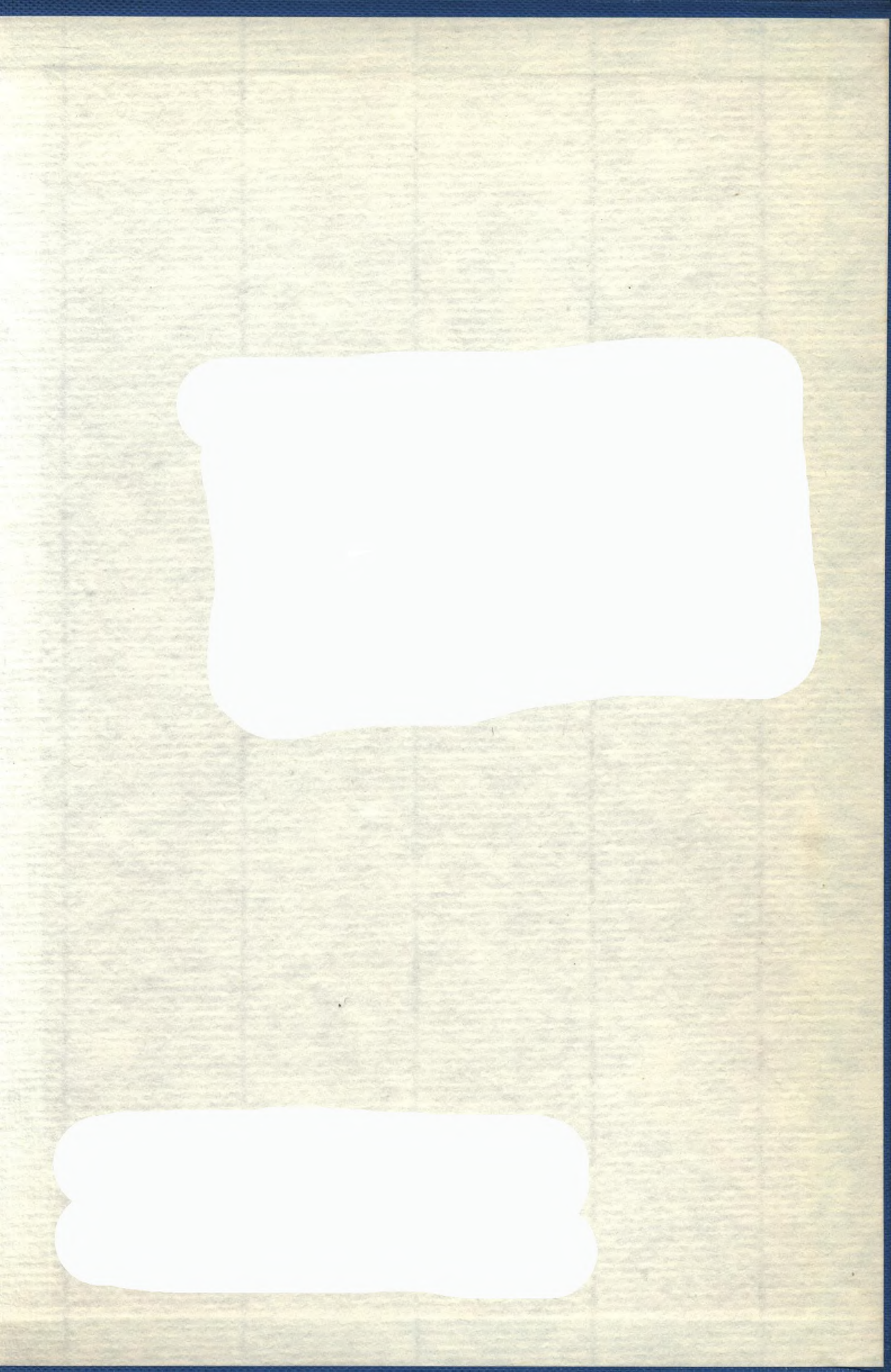
Das Risiko, von dem ich spreche, ist ein Risiko, das wir bestimmen und das nicht von den Kommunisten bestimmt wird. *Wir,* nicht sie, würden Zeit und Ort für eine Machtprobe bestimmen. *Wir,* nicht sie, hätten die Gelegenheit, das Höchstmaß an Kraft bei dieser Probe aufzubringen. *Sie,* nicht wir, würden sich entschließen müssen, unter ungünstigen Umständen für begrenzte Ziele zu kämpfen oder zurückzuweichen. Und das sind enorme Vorteile.

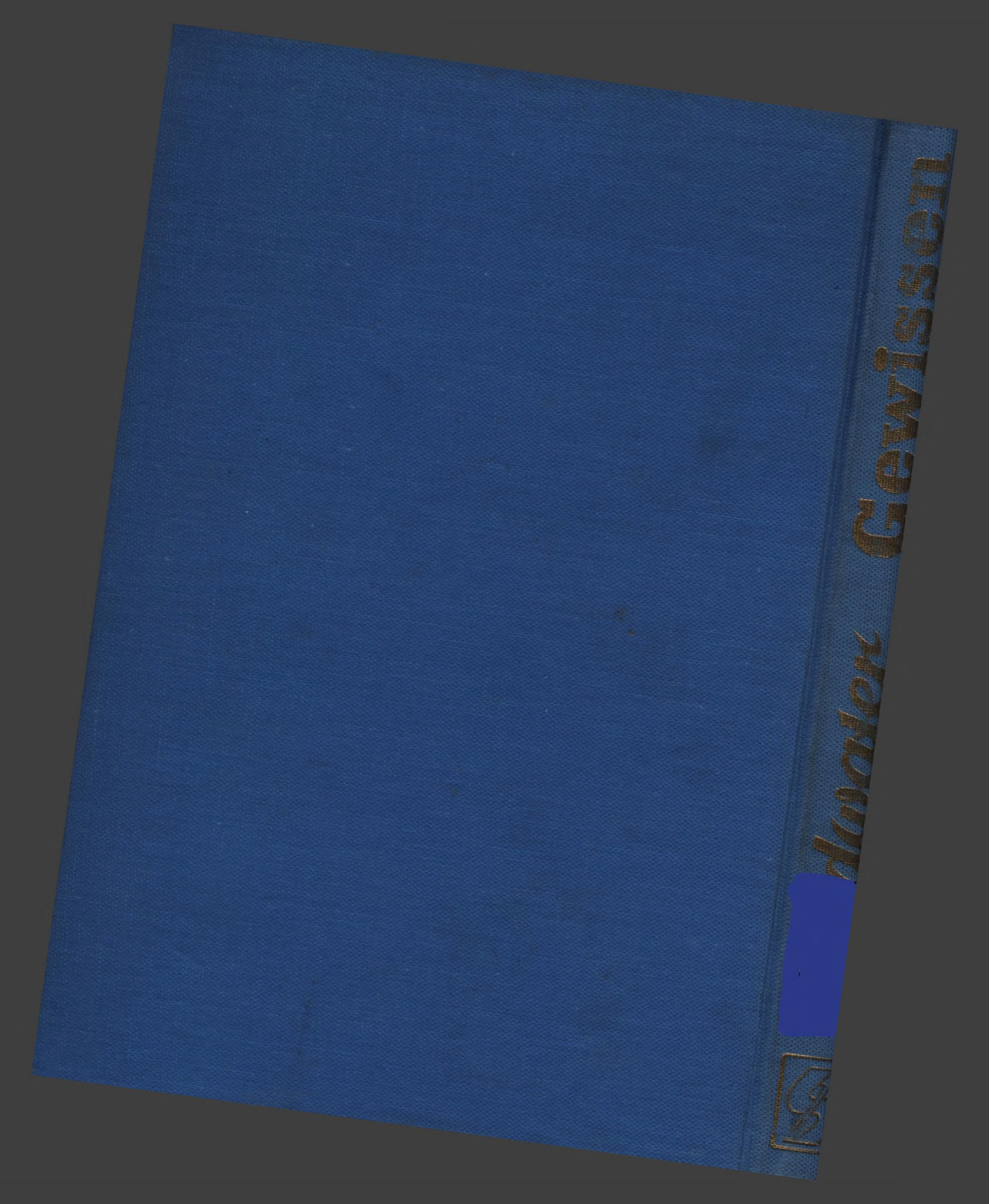
Die Zukunft, wie ich sie sehe, wird einen dieser beiden Wege nehmen. Entweder behalten die Kommunisten die Initiative; sie werden eine Herausforderung der anderen folgen lassen. Sie werden uns in einer örtlichen Krise nach der anderen die Wahl lassen zwischen totalem Krieg und begrenztem Rückzug; und sie werden uns am Ende zwingen, zu kapitulieren oder einen Krieg unter den ungünstigsten Umständen zu kämpfen. Oder aber *wir* bringen den Willen und die Mittel auf, die Initiative in die Hand zu nehmen und den Kalten Krieg der Zermürbung gegen sie zu führen – in der Hoffnung, dadurch die innere Zersetzung des kommunistischen Imperiums zu bewirken. Der eine Weg enthält das Risiko des Krieges und führt in jedem Fall zur wahrscheinlichen Niederlage. Der andere Weg enthält das Risiko des Krieges und verspricht uns den Sieg. Für Amerikaner, die ihr Leben, aber noch mehr ihre Freiheit lieben, kann die Wahl nicht schwer sein.

# NAMEN-VERZEICHNIS








Gewissen